

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



3/2004

Buchensee 1 ■ 82323 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Leben zwischen Grenzen



Faten Mukarker schilderte in einem eindringlichen Vortrag ihren Alltag in Palästina. Die christliche Palästinenserin ist in Deutschland geboren und aufgewachsen. Auf einer Deutschlandreise machte sie Station in der Tutzinger Akademie.

Siehe Seite 11

Zeitungszukunft – Zukunftszeitung



Stimmt die Dinosaurierthese vom aussterbenden Medium Tageszeitung oder haben Zeitungen noch eine Zukunft? Journalisten, Verlagsmanager und Wissenschaftler versuchten, Wege aus der Krise aufzuzeigen. Auf dem Podium von links die Chefredakteure Rainer Bonhorst, Malte Buschbeck und Gernot Sittner.

Siehe Seite 14-16

Passauer Tetralog: Reden über Gott und die Welt

„Gott und die Welt“ lautete das Thema des 7. Passauer Tetralogs, den die Akademie für Politische Bildung jährlich im Rahmen der Europäischen Wochen veranstaltet. Ein Thema, das nicht zuletzt durch die Diskussion um eine Verankerung des Gottesbegriffs in der Europäischen Verfassung aktuell ist. Teilnehmer waren Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, Paul Michael Zulehner, Hans Maier sowie Obiora Francis Ike aus Nigeria. Akademiedirektor Heinrich Oberreuter moderierte.

Siehe Seite 12-13

Neue Unübersichtlichkeit



Die Europäische Union als ein internationaler Machtfaktor? Wolfgang Schäuble wollte eher ein Fragezeichen hinter sein Referatsthema gesetzt wissen. Noch sei Europas Rolle auf der Weltbühne zu schwach, um in Augenhöhe mit den USA treten zu können. Scharf kritisierte der ehemalige CDU-Vorsitzende, dass sich Europa während des Irak-Kriegs ungewöhnlich gespalten und damit wenig handlungsfähig präsentiert habe.

Siehe Seite 5-6

Weitere Themen im Heft:

Hättich-Gedenksymposium

Freunde und Weggefährten würdigen das Werk des früheren Akademiedirektors.

Seite 17

Impressionen aus Polen

Eine Reisegruppe der Akademie besucht den neuen EU-Nachbarn.

Seite 27-29

Filme als Politikum

Ex-DEFA-Chefdramaturg Jürschik erzählt die Geschichte der „Kaninchenfilme“.

Seite 37

Inhaltsverzeichnis

Die neue Unübersichtlichkeit in der internationalen Ordnung	3
Wolfgang Schäuble: „Unilaterale Strukturen taugen nichts“	5
Die Europäische Union – Demokratie ohne Volk?	7
Europapolitik im Dialog	9
Leben zwischen Grenzen	11
Reden über Gott und die Welt	12
Zeitgeschichte im Film – verfilmte Zeitgeschichte	13
Zeitungszukunft – Zukunftszeitung	14
Funktion und Gefährdungen der Demokratie	17
Zwischen Machbarkeit und Menschenwürde	18
Persönliche Entscheidung in sittlichen Fragen	21
Die Zerstörung des Menschen	23
Wie die SZ von morgen entsteht	25
„Beschweigen“ als Therapie?	26
Zwischen „Dominsel“ und „Wawel“ ...	27
Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft?	30
Gewalt und Tod – ein Trauma für die Polizei	32
Kontroverse Lebendigkeit	34
 <u>Hochschulen:</u>	
Sparen und Strukturen reformieren	35
Ungeschminkte Bestandsaufnahme	35
Wie Film zum Politikum wird	37
Alltag im „Osmanischen Reich“	38
 Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	40
Zeitungsecho – Medienstimmen – Pressesplitter	43
Themen – Tagungen – Termine	48
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	52

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans Maier

Vorsitzender des Beirats:

Siegfried Kett

Kollegium:

Prof. Dr. Peter Hampe, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Saskia Hieber

Internationale Politik

PD Dr. Michael Piazolo, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Michael Schröder, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen Weber, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz Willenborg

Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Miriam Wolf

Ethik und Politik

Organisationsreferat:

Elke Leisching

Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82323 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Die neue Unübersichtlichkeit in der internationalen Ordnung

Ist die internationale Politik unübersichtlicher geworden oder einfach zu einer jahrhundertealten normalen Ordnung zurückgekehrt? Wie stellen sich die internationalen Machtkonstellationen, Allianzen und Interessen dar? Wie wird die Zukunft der internationalen Ordnung zwischen Konflikt und Kooperation aussehen? Diese Fragen standen im Zentrum der Tagung „Die neue Unübersichtlichkeit. Zur Multipolarität der internationalen Ordnung“. Ziel der Veranstaltung war es, die internationalen und regionalen Machtzentren vorzustellen und zu untersuchen, zu welchen Konstellationen sich außenpolitische Interessen in der internationalen Ordnung zusammenfügen bzw. gegeneinander stellen.

Tagungsleiter Michael Piazolo setzte zu Beginn den Rahmen der Tagung und identifizierte als Konstanten im internationalen System die unveränderte, von den USA dominierte Sicherheitsordnung, das nicht gelöste Nord-Süd-Dilemma und die weiter bestehenden Konflikte im Nahen Osten, in Tschetschenien, auf der koreanischen Halbinsel und in einigen Staaten Afrikas. Gleichzeitig aber verändert sich das internationale System, da die Ausmaße terroristischer Gewalt, die asymmetrische Struktur und die geographische Ausbreitung von Konflikten gewachsen sind.

Neue Akteure

Auf unterschiedliche Ordnungsmodelle und neue Akteure in der internationalen Politik wies Stefan Schirm (Universität Bochum) hin. Neu sind neben den internationalen Handelskonflikten die Dimensionen von Armut, Staatszerfall und terroristischer Zerstörung. Allerdings gibt es noch funktionierende Institutionen der „alten“ Ordnung, wie z.B. internationale Organisationen. Viel versprechend scheint eine Neuorientierung am Nationalstaatsmodell, in dem sich insbesondere große Schwellenländer entwickeln können. Potentiale politischer Instabilität können durch regionale Organisationen teilweise aufgefangen werden. Eine wesentliche Strukturveränderung wird sich durch die Machtzunahme großer privater Akteure, wie z.B. internationaler Wirtschaftskonglomerate ergeben.

Sonderfall Japan

Ein spezielles Ordnungsproblem hat Japan durch die in der Verfassung festgeschriebene Verpflichtung zum Frieden. Narufumi Kadomatsu (Universität Kyushu) erläuterte den Einfluss des Koreakriegs und amerikanischer Interessen auf die verteidigungspolitische Interpretation der Verfassung und die Entwicklung der japanischen „Selbstverteidigungskräfte“. Knackpunkt der Diskussion ist Artikel 9 der Verfassung, der die Anwendung von Kriegsmitteln verbietet. Inzwischen ist Japans Militärbudget jedoch erheblich gewachsen und das japanische Militär engagiert sich begrenzt in Überseeinsätzen. 2001 wurden erstmals Notstandsgesetze eingeführt. Die öffentliche Meinung allerdings ist immer noch sehr pazifistisch geprägt.

Die regionalen Großmächte Indien und China haben durch ihre geographische Ausdehnung, ihre hohe Bevölkerungszahl, die großen militärischen Verbände und den Status als Atomwaffe internationales Gewicht. Darauf wies Tagungsleiterin Saskia Hieber hin. Beide verfügen aber auch über ein erhebliches Destabilisierungspotential durch die mangelnde strukturelle Entwicklung in abgelegenen Gebieten und das dadurch resultierende soziale und interprovinzielle Gefälle. China und Indien haben zwar ihre Interessensgebiete im Himalaya abgesehen von alten Grenzstreitigkeiten abgesteckt, erheben jedoch gelegentlich kollidierende Ansprüche auf politischen Einfluss in Südostasien.

Großmacht Russland

Margareta Mommsen attestierte Russland trotz seiner wirtschaftlichen Schwäche den Status einer Großmacht, stellte aber die Frage nach den außenpolitischen Richtlinien, an denen Russland im internationalen System verortet werden kann. Eine Grundkonstante scheint die Ambivalenz zu sein, einerseits eine internationale Dominanz der USA abzulehnen, andererseits aber an guten Beziehungen zu den USA interessiert und davon auch abhängig zu sein. Hier ist es wichtig, den Paradigmenwechsel zwischen der Regierung Jelzin und der Regierung Putin zu verstehen. Jelzins West- und Europaorientierung wurde enttäuscht – Konservatismus und Patriotismus wuchsen. Putin dagegen diversifizierte



Margareta Mommsen: „Großmacht Russland trotz wirtschaftlicher Schwäche.“

und richtet die außenpolitischen Vektoren nach Europa genauso wie nach Asien, aber auch in die USA. Langfristig sei für die internationale Ordnung entscheidend, eine Isolierung Russlands zu verhindern.

Der ehemalige CDU-Vorsitzende und außenpolitische Sprecher seiner Fraktion Wolfgang Schäuble stellte die Rolle des internationalen Machtfaktors

Europa erst kritisch dar in Bezug auf die instabile Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien und die Unsicherheiten in Bezug auf das Engagement in Afghanistan. Anschließend aber beleuchtete er die Erfolgsgeschichte anhaltender Wirtschafts- und Währungsstabilität. In der internationalen Sicherheitspolitik ließ er keinen Zweifel an der europäischen Pflicht an Aufgaben der Stabilitätssicherung zu partizipieren (siehe den anschließenden Beitrag).

Europäische Defizite

Das Auseinanderdriften von Amerika und Europa themisierte Howard Wiarda, (Universität Georgia, USA). Die Vereinigten Staaten und Westeuropa hätten insbesondere seit Ende des Kalten Krieges unterschiedliche Kulturen und gesellschaftliche Ausprägungen entwickelt. Dies sei nicht notwendigerweise eine beunruhigende Entwicklung, sondern es verdeutlicht auch die zunehmende Wahrnehmung eines in-



Den Abschluß der Tagung bildete eine Podiumsdiskussion. Von links: PD Dr. Daniel-Erasmus Khan, Prof. Dr. Michael Staack, General a.D. Klaus Reinhart, Tagungsleiter Dr. Michael Piazolo, Dr. Jochen Thies (DeutschlandRadio, Berlin) und Dr. Günther Schmid.

die außenpolitischen Planer auf diese veränderten Realitäten einstellen. Für die Europäer gibt es viel zu verstehen: Politik wird in den USA zu über 90 Prozent von der Innenpolitik bestimmt. Das verstärkt im Präsidentschaftswahljahr 2004 die Beeinflussung auch der Außenpolitik durch innenpolitisches Kalkül.

Bei der abschließenden Podiumsdiskussion stellte sich die Frage, wie Washington trotz der Machtfülle des Präsidenten und der langen Erfahrung seiner Berater, die teilweise schon seinem Vater dienten, dennoch in eine derart angespannte internationale Situation kommen konnte. Im Fall Irak liegt nahe, dass der Präsident sich nicht ausreichend beraten ließ und das Beraterteam von neokonservativen Einflüssen dominiert ist.



Howard Wiarda: „Die USA werden ihre Interessen verteidigen und – falls notwendig – unilateral handeln.“ (links Tagungsleiterin Saskia Hieber)

Fotos: Winckler

ternationalen Aufgabenspektrums durch die USA. Die Vereinigten Staaten werden ihre Interessen verteidigen und – falls notwendig – unilateral handeln. Sicherlich gäbe es nach wie vor gemeinsame „westliche Wurzeln“, doch die USA werden Allianzen neu gestalten und schrecken vor Handelskonflikten mit Europa nicht zurück. Entscheidend ist nach den Worten des amerikanischen Professors, dass sich

Ein weiteres Merkmal im europäischen Verständnisdefizit ist die Perzeption außenpolitischer Akteure und Institutionen. Das State Department ist wesentlich enger an die Regierung gebunden und politisierter als in Deutschland das Auswärtige Amt. Dagegen nehmen in Europa Forschungs- und Beratungsinstitute sowie die Medien einen erheblich geringeren Einfluss als in der amerikanischen Politik.

Unabhängig von einem konkreten Krisengebiet oder einem kritischen Konflikt – so die einhellige Meinung der Podiumsteilnehmer – ist die internationale Gemeinschaft gefordert, gemeinsam an der Stabilität der internationalen Ordnung zu arbeiten. Dies wird am ehesten gelingen, wenn sich multilaterale Ansätze verbinden lassen mit Notwendigkeiten, die durch die amerikanische Sicherheitsordnung entstehen. Ein Beispiel: Die Pazifik-Anrainer konferieren und kooperieren gemeinsam in der „Asia Pacific Economic Cooperation (APEC)“, Sicherheit und Frieden im Pazifik werden aber allein garantiert durch die „pax americana“, die überragende militärische Dominanz der USA in der Region. ■

Saskia Hieber

Wolfgang Schäuble: „Unilaterale Strukturen taugen nichts“

Die Europäische Union als ein internationaler Machtfaktor? Wolfgang Schäuble wollte eher ein Fragezeichen hinter sein Referatsthema gesetzt wissen. Noch sei Europas Rolle auf der Weltbühne zu schwach, um in Augenhöhe mit den USA treten zu können. Scharf kritisierte der ehemalige CDU-Vorsitzende, dass sich Europa während des Irakkriegs ungewöhnlich gespalten und damit wenig handlungsfähig präsentierte. Zwar würden viele der Beteiligten heute behaupten, aus den Fehlern rund um den Irak-Krieg gelernt zu haben. Manche seien sogar so optimistisch, als positive Konsequenz eine neue, gesamteuropäisch orientierte Sicherheitspolitik zu erwarten. Doch betrachte man die faktische Außenpolitik der EU und ihr Verhältnis zur NATO, dann, so Schäuble, werde man „aus der großen Welt der hehren Absichtserklärungen in eine eher triste Realität“ zurückgeworfen: Der Alltag europäischen Handelns zeichne sich durch eine fortdauernde Abhängigkeit von den USA aus. Selbst auf dem Balkan oder in Afghanistan sei Europa zwingend auf amerikanische Unterstützung angewiesen. Zwischen Realität und Ab-

weiter entfernt als damals im Jahr 2000. Aber auch auf Gebieten wie Forschung und Entwicklung gebe es gravierende Divergenzen.

Trotz Zweifel eine Erfolgsgeschichte

Trotz aller Probleme und Krisen aber sei Europa zweifelsohne eine „unglaubliche Erfolgsgeschichte“. Schäuble verwies auf die anhaltende Attraktivität der EU, die sich nicht



Wolfgang Schäuble: „Wer mitentscheiden will, der muss auch seinen Anteil übernehmen.“
Foto: Winckler

Diese Erfolgsgeschichte Europas gelte es unbedingt fortzusetzen. Schäubles Fazit: „Die Welt braucht Europa“. Stabilität in der Welt sei nur mittels multilateraler Strukturen zu erreichen – das habe die Geschichte gezeigt: „Unilaterale Strukturen taugen nichts“, so Schäuble. In diesem Sinne müssten sich Europa und die USA ihrer engen Verbundenheit bewusst werden. Ohne das amerikanische Engagement nach dem Zweiten Weltkrieg wäre die Europäische Einigung nie auf den Weg gekommen. Bei allen Unterschieden vertreten Europäer und Amerikaner die gleichen Werte, die auf ein gemeinsames historisches und zivilisatorisches Erbe zurückgehen: Schäuble nannte die Amerikaner „Kinder Europas“. Dass einem die Kinder manchmal über den Kopf wachsen, sei nur natürlich. Darüber hinaus sorgten die weltweiten Spannungen auch für ein knallhartes gemeinsames Interesse der privilegierten, westlichen Minderheit (USA und Europa) – etwa in Form von wirtschaftlichem Wohlstand, hohem Ressourcenverbrauch und der Verursachung von Schadstoff-Emissionen. Der Großteil der Weltbevölkerung müsse mit viel geringeren materiellen Möglichkeiten auskommen: „Diejenigen aber, die wohlhabend sind, haben mehr zu verlieren in einer Welt, in der Armut und Reichtum so ungleich verteilt sind“.

„Wer versucht, Europa gegen die USA zu einen, der wird nur Europa spalten.“

sichtserklärung gebe es nicht nur auf militärischer, sondern auch auf zahlreichen anderen Feldern signifikante Missverhältnisse: Von den in Lissabon formulierten Zielen etwa, die EU bis 2010 zum dynamischsten Wirtschaftsraum auszubauen, sei Europa heute

zuletzt am Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten zum 1. Mai 2004 gezeigt. Die Erweiterung sei zweifellos ein „Ereignis von historischer Bedeutung“, wenngleich sie bei vielen Menschen neben Begeisterung auch Ängste und Sorgen hervorrufe. Als entscheidenden Erfolgsfaktor wertete Schäuble das Zustandekommen der gemeinsamen Währung. Sie zeige ihre Stabilitätsfunktion – verglichen mit den 70er Jahren – insbesondere angesichts der aktuellen Ölpreisentwicklung.

Kontroverses zum Irak-Krieg

„Wer versucht, Europa gegen die USA zu einen, der wird nur Europa spalten.“ Was im Irak zu besichtigen war, werde sich wiederholen, prophezeite Schäuble. Dabei sparte er nicht mit Kritik an der Bundesregierung: „Selbst jene, die der Bush-Administration gegenüber kritisch eingestellt waren, haben Schröder nicht mehr verstanden.“ Es sei schlicht falsch gewesen, zu sagen, was immer die UNO auch entscheidet: Wir beteiligen uns nicht dar-

an. „Schröder war isoliert. Erst dann ist ihm die deutsch-französische Freundschaft eingefallen, von der er in den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft nur wenig gehalten hat. Da stand meist Blair an erster Stelle“, äußerte der Fraktionsvize der Union im Bundestag. Die zentrale Frage sei jetzt: Warum kam es überhaupt zu einer unilateralen Entscheidung? Was haben wir falsch gemacht? „Das Verrückte war ja: Der Weltsicherheitsrat war handlungsunfähig – nicht aber wegen Russland und China – sondern weil die Partner der NATO sich blockierten.“ Wenngleich nach Schäubles Ansicht die Politik der Regierung Schröder nicht dazu beigetragen habe, den Krieg zu verhindern, räumte er doch ein: „Ich bin heute skeptischer als damals, ob das überhaupt zu schaffen war.“ Heute wisse man, dass es bereits frühzeitig starke Kräfte in den USA gab, die den Irakkrieg von vornherein wollten. Die Frage, ob die Entscheidung für den Irak-Krieg aus heutiger Sicht richtig war, beantwortete Schäuble eher ausweichend. „Ich habe die Entscheidung der Regierung Bush für den Krieg nie kommentiert.“ Zwar sage heute die Mehrzahl der Iraker, die Situation sei jetzt besser als früher. „Aber ich habe immer gesagt: Die Amerikaner können vielleicht den Krieg alleine gewinnen, den Frieden aber nicht.“ Die für Inter-

notwendig. Durch Arbeitsteilung und Zusammenarbeit könne und müsse die Wirksamkeit stark verbessert werden. Am Beispiel der Krisenherde Afrikas – dem Kongo, Ruanda und Sudan – verwies der Referent auf die „kläglichen“ Versuche Europas, sich um Stabilisierung und Frieden in der Welt zu bemühen. Trotz der offenkundigen Bereitschaft zur Tat würden konkrete Handlungen ausbleiben. Vehement kritisierte Schäuble die Diskrepanz zwis-

Grenzen nicht überschreiten

Wenn die Menschen für Europa als „Projekt einer sich entwickelnden politischen Einheit“ gewonnen werden sollen, dann gehe das nur mittels klarer Grenzziehung: Kohärenz, Zustimmung und Identität könnten laut Schäuble nur entstehen, wenn die Grenzen des europäischen Kontinents nicht überschritten würden. Für Länder wie Russland oder die Türkei müssten andere Formen der Zugehörigkeit gefunden werden: „Nicht jede

Demokratie kann Mitglied der Europäischen Union sein.“ Darüber hinaus dürften die Probleme innerhalb Europas keinesfalls unterschätzt werden. Europa müsse endlich seine wirtschaftliche Stagnation überwinden. „Introvertiertheit hat mit Stagnation zu tun.“ Wer nicht über sich hinaus denken könne, dem sei das Vorankommen unmöglich. Der internationale Wettbewerb werde uns aber zwingen, diese Probleme zu lösen. Die Erweiterung schaffe möglicherweise mittelfristig mehr Schwierigkeiten, letztlich werde sie die europäische Dynamik befördern und die einzelnen Länder zu dringend nötigen Veränderungen animieren. Europa könne nur gelingen, resümierte Schäuble, wenn Einheit und Vielfalt, kultureller Reichtum und politische Handlungsfähigkeit richtig kombiniert würden: „Ein Brüsseler Einheitsmatsch wird nicht funktionieren.“

„Ein Brüsseler Einheitsmatsch wird nicht funktionieren.“

schen Wort und Tat: „Es ist ein Maß an Heuchelei in unserer Rhetorik, dass wir am Ende noch Schaden an unserer Seele nehmen.“

Will Europa seiner Rolle als internationaler Machtfaktor gerecht werden, so müsse genau an diesen Punkten ange setzt werden. Über die atlantische Partnerschaft hinaus habe Europa ein ganz eigenes Interesse am künftigen Welt geschehen: „Wir sind in Chancen und Risiken mit allen Teilen der Welt verflochten“, so Schäuble. Zudem sei der heutige Zustand der Welt in erheblichem Maße Ergebnis europäischer Ge-

„Den Krieg im Irak können die USA alleine gewinnen, den Frieden nicht.“

ventionen notwendige Legitimität könnten in aller Regel nur die Europäer – ihre Bereitschaft vorausgesetzt – den USA verschaffen.

Europäische Einheit und transatlantische Partnerschaft seien daher nicht Alternativen, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Allerdings müssten europäische Erfahrungen und amerikanische Entschlusskraft stärker kombiniert und richtig ausbalanciert werden: Militärische Stärke sollte mit politischer Überzeugungskraft und moralischer Legitimation einhergehen. Dazu sei ein stärkerer europäischer Pfeiler

schichte und Politik. Daraus leite sich auch eine besondere Verantwortung der Europäer ab. Schäuble forderte deshalb vor allem ein gesteigertes europäisches Engagement bei außen- und sicherheitspolitischen Themen: „Wer mitentscheiden will, der muss auch seinen Anteil übernehmen.“ Nur ein selbstbewusstes und einiges Europa sei hinreichend relevant, um in der Welt – und auch in Washington – gehört zu werden.

Abschließend plädierte Schäuble – bei aller Skepsis was eine baldige Realisierung betrifft – für einen europäischen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Der Fraktionsvize der Union räumte in dieser Frage sogar Dissens mit seiner Parteichefin ein: „Das Streben nach einem deutschen Sitz ist der falsche Weg: Er wird den europäischen unwahrscheinlicher machen.“ ■

Subine Dick/Thomas Schölderle

(siehe Presse Schau Seite 47)

Die Europäische Union – Demokratie ohne Volk?

In der größer gewordenen Europäischen Union wurde Mitte Juni das Europäische Parlament neu gewählt. Zum ersten Mal waren die Bürgerinnen und Bürger der zehn neuen Mitgliedsstaaten dabei und machten in zum Teil erschreckend niedrigen Ausmaß von ihrem demokratischen Recht Gebrauch. Im Vorfeld dieser Wahl und im Umfeld der Diskussion um die Europäische Verfassung stellte eine europapolitische Tagung die Frage, ob in der nun erweiterten Union von einer Bürgergesellschaft gesprochen werden kann. Dabei wurden zivilgesellschaftliche Bausteine wie Pluralität, Solidarität und Öffentlichkeit sowie Subsidiarität und die Beteiligung des Bürgers genauer untersucht. Hieraus entwickelte sich eine Vorstellung hinsichtlich der Standfestigkeit des Gebäudes EU, das schließlich ein persönliches Urteil zuließ. Das Programm wurde in Zusammenarbeit mit der Europa-Union München e.V. vorbereitet und durchgeführt.

Gelebte Autonomie durch Grundrechts-schutz

Als „kontinuierliches Element der deutschen Vertretung“ bezeichnete er sich selbst ein wenig scherhaft: Jürgen Meyer, ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter und Hochschullehrer, war Mitglied in beiden EU-Konventen und vertrat dort jeweils den Deutschen Bundestag. Der Herausgeber eines Kommentars zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union präsentierte sich in Tutzing als großer Europa-Enthusiast. Im Zentrum seines Beitrages stand die Arbeit der beiden EU-Konvente.

Der Erfolg des ersten Konvents war Legitimationsgrundlage für die Durchführung des zweiten: Im Auftrag des Europäischen Gipfels von Köln 1999 hatte der erste Konvent, der schon bald nach seinem Vorsitzenden „Herzog“-Konvent benannt wurde, eine europäische Charta der Grundrechte erarbeitet. In Nizza wurde diese feierlich genehmigt. Über die Rechtsverbindlichkeit der Charta konnte man sich auf dem EU-Gipfel allerdings noch nicht verständigen. Dies blieb unter anderem Aufgabe des folgenden Verfassungskonvents („Giscard-Konvent“) zur Zukunft Europas. Anders als beim ersten Konvent nahmen an den Verhandlungen nun auch Vertreter der neuen Mitgliedsländer teil. Zeitgleich wurde

ein mit 105 Teilnehmern besetzter Jugendkonvent veranstaltet, bei dem Jürgen Meyer vor allem die Europabegeisterung und Kompetenz der jungen Menschen (18–25 Jahre) imponierte. Eine „kleine Revolution für Europa“



Jürgen Meyer: Grundrechte-Charta als „Herzstück der europäischen Verfassung“.

nannte Meyer die Verfahrensmethode der Konvente: Alle Sitzungen, alle Anträge, alle Aussagen waren öffentlich. Dies entsprach der Forderung nach einem Höchstmaß an Transparenz. Die angestrebte Bürgerintegration wurde unter anderem durch Internetaktionen realisiert. Jederzeit konnten dort Stellungnahmen und persönliche Meinungsausserungen abgegeben werden.

Die Berücksichtigung der bestehenden Verfassungstraditionen der Mitglieds- und Kandidatenländer war eine we-

sentliche Vorgabe bei der Ausarbeitung einer Europäischen Verfassung. Ihre Zusammenführung bildete die Grundlage des Kompromisses. Daneben galt es, Fragen der Legitimität und Machtverteilung zu klären. Mit dem Modell einer europäischen (Werte-) Ordnung war letztlich der Gedanke der europäischen Identität berührt. In diesem Sinne ist die EU für Meyer deutlich mehr als nur eine Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft. Die Grundrechte-Charta als zweiter und damit integrativer Bestandteil des Verfassungsentwurfs entspreche einer Art gesamteuropäischem Wertemodell: Sie gilt Meyer daher als „Herzstück der europäischen Verfassung“.

In der sieben Absätze umfassenden Präambel der Charta werden die Grundideen der Verfassung aufgezeigt. Sie enthält Aussagen über das Wesen der Union, benennt Prinzipien, und kann als Quintessenz der Europäischen Werteordnung gelten (siehe Kasten nächste Seite). In ihr wird das Bekenntnis zur Friedensmacht Europa, zu Demokratie, Rechtstaatlichkeit und Solidarität bekundet. Der gemeinsame Wertekanon darf jedoch nicht als Wunsch nach Gleichmacherei fehlinterpretiert werden. Vielmehr gelte es nationale Identität und kulturelle Vielfalt zu erhalten, und den Reichtum der Unterschiede zu würdigen. Schließlich soll das ebenfalls bereits in der Präambel erwähnte Subsidiaritätsprinzip (längstmögliche Zuständigkeit der unteren organisatorischen Ebene) die Autonomie der kleineren Einheiten schützen und somit Überregulierungen verhindern helfen.

Die Charta der Grundrechte der Union beginnt bei der Würde des Menschen (Kapitel 1: Artikel 1 bis 5). In den Kapiteln zwei bis vier werden Freiheits- (Artikel 6 bis 19) und Gleichheitsrechte (Artikel 20 bis 26) behandelt, und erstmalig ein Recht auf Solidarität (Artikel 27 bis 38) eingeführt, das zwölf soziale Grundrechte benennt, die es künftig zu respektieren, schützen und fördern gelte. Kapitel fünf befasst sich mit den Bürgerrech-

ten (Artikel 39 bis 46), die nur für Angehörige der Staaten Gültigkeit haben. Darüber hinaus werden in Kapitel sechs Justitielle Rechte (Artikel 47 bis 50) formuliert. Die abschließenden Allgemeinen Bestimmungen (Artikel 51 bis 54) komplettieren die Grundrechte-Charta durch Bestimmung des Anwendungsbereichs und ihrer Tragweite.

Nun gilt es auch die Begeisterung der Bürger zu wecken, um aus ihr lebendiges Recht werden zu lassen. Die europäische Vielfalt (historisch, kulturell, etc.) muss dabei als Chance begriffen werden, auf der künftige Gemeinsamkeiten entstehen können. Diesen Prozess in Gang zu bringen, sollte Anliegen jedes Unionsbürgers sein. Jürgen Meyer hofft auf eine „gelebte Autonomie durch Grundrechtsschutz“.

Sabine Dick/Thomas Schölderle

Referenten:

Dr. Hartmut MARHOLD, Generaldirektor des CIFE – Centre International de Formation Européenne, Nizza

Jochen KUBOSCH, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München

Prof. Dr. Miklos TOMKA, Budapest

Felipe BASABE LLORÉNS, Instituto Cervantes, München

Prof. Dr. Jürgen MEYER, ehem. MdB, Mitglied des EU-Grundrechte- und Verfassungskonvents, Freiburg

Emilia MÜLLER, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz, München

Tagungsleitung:
PD Dr. Michael PIAZOLO

(siehe Pressemappe S. 43)

DIE CHARTA DER GRUNDRECHTE DER UNION PRÄAMBEL

Die Völker Europas sind entschlossen, auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden.

In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt den Mensch in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.

Die Union trägt zur Erhaltung und zur Entwicklung dieser gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei. Sie ist bestrebt, eine ausgewogene und

nachhaltige Entwicklung zu fördern und stellt den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit sicher.

Zu diesem Zweck ist es notwendig, angesichts der Weiterentwicklung der Gesellschaft, des sozialen Fortschritts und der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen den Schutz der Grundrechte zu stärken, indem sie in einer Charta sichtbarer gemacht werden.

Diese Charta bekräftigt unter Achtung der Zuständigkeiten und Aufgaben der Union und des Subsidiaritätsprinzips die Rechte, die sich vor allem aus den gemeinsamen Verfassungstraditionen und den gemeinsamen internationalen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten, aus der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, aus den von der Union und dem Europarat beschlossenen

Sozialchartas sowie aus der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ergeben. In diesem Zusammenhang wird die Charta von den Gerichten der Union und der Mitgliedstaaten unter gebührender Beachtung der Erläuterungen, die auf Veranlassung und in eigener Verantwortung des Präsidiums des Konvents zur Ausarbeitung der Charta formuliert wurden, ausgelegt werden.

Die Ausübung dieser Rechte ist mit Verantwortlichkeiten und Pflichten sowohl gegenüber den Mitmenschen als auch gegenüber der menschlichen Gemeinschaft und den künftigen Generationen verbunden.

Daher erkennt die Union die nachstehend aufgeführten Rechte, Freiheiten und Grundsätze an.

Link-Tipp: Der Verfassungsentwurf im Internet:
http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/aktuelles/zukunft/konvent/dokumente_html

Europapolitik im Dialog

Von Emilia Müller, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz, München*

Die Aktivitäten und Instrumente der europäischen Institutionen reichen offensichtlich nicht aus, dem Bürger Europa näher zu bringen. In Analogie zur Debatte um den vermeintlichen Preisauftrieb durch den Euro könnte man bei der Meinung des Bürgers zu Europa von einem „tatsächlichen“ und einem „gefühlt“ Europa sprechen. Die Frage ist: Wer sollte in welcher Form, mit welchen Inhalten oder mit welchen konkreten Aktionen den Bürger ansprechen, damit das gefühlte Europa stärker mit dem tatsächlichen Europa übereinstimmt?

Zuerst ist es Aufgabe der europäischen Institutionen Europa zu vermitteln, insbesondere vor dem Hintergrund, dass nur die Mitglieder des Europäischen Parlaments vom Volk gewählt werden. Der europäische Abgeordnete muss also eine dominierende Rolle übernehmen. Meiner Meinung nach haben jedenfalls die EU-Institutionen noch kein richtiges Verständnis und Verhältnis zur Gesamtheit der EU-Bürger und ihren Erwartungen und Befürchtungen gefunden.

Noch kein europäisches Volk

Damit eng verbunden ist die Frage, ob es überhaupt ein „europäisches Volk“ gibt? Bei der Beantwortung dieser Frage müssen wir nicht nur die rechtliche Situation, sondern auch den gesellschaftlichen Hintergrund, die kulturelle, geschichtliche und traditionelle Verbindung betrachten. Das Fehlen einer territorialen Abgrenzungsmöglichkeit ist ein Grund, die Frage mit einem klaren „Nein“ zu beantworten. Darüber hinaus liefert das Völkerrecht einen zusätzlichen Grund: Rechtlich gesehen gibt es in der Europäischen Union Staatsbürger der Mitgliedstaaten und es gibt Unionsbürger. Unionsbürgerschaft beschreibt einen Status, der jedem Bürger, der in den Mitglied-

staaten der europäischen Union lebt, neben seinen staatsbürgerlichen Rechten innerhalb seines Mitgliedstaates eine Reihe von zusätzlichen Rechten innerhalb der Europäischen Union verleiht. Ziel hat es jedenfalls zu sein, eine engere Verbindung zwischen dem Bürger und Europa zu schaffen, indem die Entwicklung einer europäischen öffentlichen Meinung und einer politischen Identität Europas gefördert wird.

terung der Union zu sensibilisieren. So soll ein stärkeres Interesse an EU-Angelegenheiten gefördert werden. All diese Ansätze gehen von der Vorstellung aus, dass sich der Bürger die Informationen abholen will und muss, doch dies trifft nur für eine Minderheit der Unionsbürger zu. An der breiten Masse geht dieses Angebot aber leider vorbei.

Persönlicher Nutzen

Wie könnte der noch nicht ausreichende europapolitische Dialog verbessert werden? Aus meiner Sicht ist für eine Akzeptanzsteigerung für europäische Themen zwingende Voraussetzung, dass der Bürger aus dem geeinigten Europa bewusst einen Nutzen für sich ganz persönlich mitnehmen kann. Es kann sich hierbei um einen wirtschaftlichen Vorteil (Wegfall von Bankgebühren bei Auslandsüberweisungen in Euro) oder um die Erleichterung der Mobilität (Wegfall der Grenzkontrollen) handeln. Unter sozio-kulturellem Nutzen ist die Bereicherung des persönlichen Lebensumfeldes durch Erlernen von Sprache, persönlichem Kennenlernen von Bürgern anderer EU-Länder, Entdecken von Kunst, Architektur, etc. zu verstehen. Es mag sich banal anhören, aber auch der „Italiener ums Eck“ erzeugt einen sehr individuellen Zusatznutzen.

Hier muss schlichtweg praktische Politik für den Bürger gemacht werden und bei allen Politikentscheidungen oder bei der Ausstattung der Finanzinstrumente der Union muss auf die spezifischen regionalen Bedürfnisse Rücksicht genommen werden.

Regionale Interessen dürfen nicht für übergeordnete europäische Interessen geopfert werden. Wir müssen besonders da angreifen, wo der Zusatznutzen zwar gegeben, aber noch nicht erkannt ist. In allen Fällen sehe ich eine große Verantwortung der in der Europapolitik engagierten Akteure. Analog zu internationalen Unternehmen



Emilia Müller: Europa der Regionen stärker betonen

Fotos: Winckler

Dafür ist es sehr hilfreich gewesen, dass die Möglichkeiten zur Information des Bürgers über die Organisationen und die Arbeit der EU erheblich ausgebaut wurden. Inzwischen gibt es kaum eine Frage, zu der man auf den Internetseiten der EU keine Antwort bekommt. Mit einem Quiz hat das Europaparlament die Bürger der erweiterten EU für die Wahlen im Juni zu erwärmen versucht. Auf der Internetseite www.europaquiz.org konnte das eigene Wissen rund um die künftig 25 EU-Staaten getestet werden. Die Initiative der irischen Ratspräsidentschaft hat zum Thema „Europa vermitteln“ mittel- und längerfristige Strategien festgelegt. Es sollen Inhalte vermittelt werden, um den Bürger für die Erwei-

gilt es für jeden Bürger die sogenannte „interkulturelle Kompetenz“ zu erwerben. Ohne persönlichen Einsatz hat man es schwer, Erfolg in bilateralen Verhandlungen zu erzielen oder Missverständnisse zu vermeiden.

Diese interkulturelle Kompetenz kann weder eine Broschüre noch das Internet vermitteln. Aus diesem Grund muss unser politisches Streben in den Ländern auf persönlichen Austausch mit den Bürgern anderer EU-Länder ausgerichtet sein.

Es ist wie beim Italiener ums Eck: In der Zeitungsanzeige zu lesen, wie etwas schmeckt, ist das eine - es selbst schmecken ist das andere. Das Europäische Parlament spielt bei der Vermittlung zwischen Bürger und EU eine zentrale Rolle. Aus meiner Sicht kann die Schlussfolgerung nur lauten, dass

die EU-Abgeordneten gezielt in die Region gehen, um Politik zu vertreten und auch um Stimmungen aufzunehmen, die wiederum in die parlamentarische Arbeit einfließen. Nicht „Bürger goes Europe“, sondern „Europe goes Bürger“, sollte die Devise in diesem Fall lauten. Bei dieser Gelegenheit muss Solidarität, Toleranz und Akzeptanz für Geschehnisse auf Europäischer Ebene erzeugt werden.

Identitätsstifter

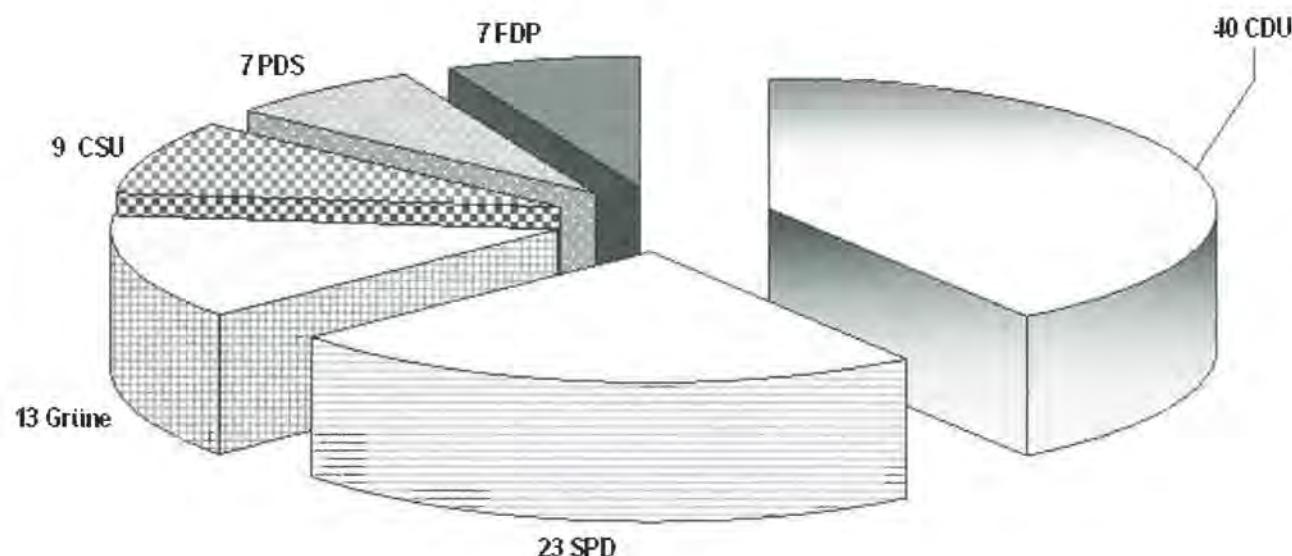
Eine europäische Verfassung würde mit Sicherheit einen weiteren Schritt zu einem Zusammenwachsen der Mitgliedstaaten bedeuten. Ich bin auch davon überzeugt, dass eine Volksabstimmung über diese Verfassung eine ganz andere Beziehung des Unions-

bürgers zur EU erzeugen würde und kann daher die Widerstände des Bundeskanzlers in diesem Punkt zwar taktisch, aber nicht inhaltlich nachvollziehen.

Aber auch hier heißt es, auf das persönliche Lebensgefühl der Menschen Rücksicht zu nehmen. Konkret heißt dies, dass im Verfassungsentwurf das regionale Element, das Europa der Regionen, noch stärker betont werden sollte. Es macht die eigentliche identitätsstiftende Klammer aus. ■

* gekürzte Fassung

Ergebnis der deutschen Europawahl Juni 2004 Sitzverteilung der deutschen Abgeordneten nach Parteien



Leben zwischen Grenzen

„Sicherheit in Israel wird es nur durch Frieden in Palästina geben.“ Faten Mukarker weiß, wovon sie spricht, wenn sie über Terror und Gewalt im Nahen Osten redet. Die christliche Palästinenserin ist in Deutschland geboren und aufgewachsen. Seit 28 Jahren ist sie in Palästina verheiratet und lebt in einem Nachbarort von Bethlehem mit ihrem Mann und vier Kindern. Mit ihnen durchlebte sie die Schrecken der ersten Intifada und des Golfkriegs. Palästina steht seit dem Jahr 2000 wieder im Brennpunkt einer Intifada. Die Medien informieren über Anschläge und Gegenreaktionen. Faten Mukarker spricht in ihren Vorträgen über den Alltag in diesem unerklärten Krieg. Auf einer Deutschlandreise machte sie auch Station in der Tutzinger Akademie.

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter hatte in seiner Begrüßung davon gesprochen, dass diese Welt angesichts aktueller Exzesse offenbar auf dem Weg zurück ins Mittelalter sei. Menschenrechte seien global bedroht, augenscheinlich auch durch Verantwortliche in der US-Armee. Mukarker bot einen sehr subjektiven und eindringlichen Einblick in die Alltäglichkeit des „normalen Wahnsinns“ und des „Teufelskreises von Hass, Rache, Vergeltung und wieder Hass“. Die Ursachen für die Gewalt sieht Mukarker in der ungelösten Palästinafrage. Es sei Aufgabe der freien Welt, die Gründe für den Extremismus auszurotten. „Wir allein schaffen es nicht.“

Plastisch schilderte sie das „menschenunwürdige Leben“ auf der Westbank und im Gazastreifen: „Die israelischen Bulldozer haben bisher 420 palästinensische Dörfer plattgemacht. Darüber wurde Wald gepflanzt.“ Der Gaza-Streifen ist das am dichtesten besiedelte Gebiet der Erde: 3500 Menschen

auf der Westbank und 8 im Gaza-Streifen. Auch dies ist ein Grund für die Angst der Besatzer.



Faten Mukarker: „Wir müssen laut aufschreien, wenn Menschenrechte verletzt werden, egal von welcher Seite!“

Foto: ms

Nach dem Friedensabkommen von Oslo sah das Land aus „wie Schweizer Käse. Aber wir haben nur die Löcher bekommen“, sagt Mukarker. Hart ins Gericht geht sie mit der Gewalt- und Siedlungspolitik der jetzigen und früherer israelischer Regierungen: „Siedlungen bauen und Friedenspolitik machen geht nicht zusammen.“

„Siedlungen bauen und Friedenspolitik machen geht nicht zusammen.“

Faten Mukarker

leben auf einem Quadratkilometer. Das palästinensische Volk ist jung und kinderreich: über 60 Prozent der Bevölkerung sind unter 18 Jahre alt. Die durchschnittliche Kinderzahl beträgt 6

Wenn sie Kinderzeichnungen von den Zerstörungen der Dörfer zeigt, auf denen Panzer und Gewehre vorherrschen und das dominierende Schwarz nur durch das Rot für Blut ergänzt wird,

hat die Palästinenserin die zahlreichen Zuhörer ganz in ihren Bann gezogen. Doch sie gibt auch zu, dass es ein anderes Israel gibt, das nicht die Gewaltpolitik Scharons unterstützt. Ihre beste Freundin ist Jüdin.

Demütigung ist Alltag

Eindringlich schildert sie die Schikanen an den von israelischen Soldaten kontrollierten Checkpoints: „Sie teilen Dörfer und Straßen. Sie behindern Kinder auf dem Weg zur Schule.“ Stundenlanges Warten in glühender Hitze sei die Regel für Schüler, Arbeiter und Alte. „Demütigung ist Alltag“. Dieser Alltag wird beherrscht von Wasserknappheit: „Wir kriegen nur 20 Prozent unseres Wassers, der Rest läuft nach Israel. Und während wir nicht genug Wasser zum Waschen und Zahneputzen haben, sehen wir auf der anderen Seite der Grenze grüne Rasenflächen und Swimmingpools.“

Äußeres Merkmal der Teilung und Abgrenzung ist die Mauer – ein Sperrwerk, das in Optik und Wirkung der Berliner Mauer vergleichbar ist. Eine Million Dollar soll jeder Kilometer kosten, Passierscheine gibt es nur für einen Monat. Die Öffnungszeiten sind willkürlich, die Wartezeiten lang und quälend. Viele der jungen Palästinenser sind der Drangsalierung überdrüssig und werden zu Steinewerfern oder gar Bombenlegern. Ein vermeintlicher Ausweg, von dem sich Mukarker heftig distanziert: „Sie treffen unschuldige Zivilisten und nutzen nur Scharon. Und unser Image wird immer schlechter.“ Aber: „Wir müssen laut aufschreien, wenn Menschenrechte verletzt werden, egal von welcher Seite!“ Faten Mukarker macht nicht den Eindruck, als wolle ihre Stimme so schnell verstummen. ■

Michael Schröder

Faten Mukarker:

Leben zwischen Grenzen: Eine christliche Palästinenserin berichtet. 6. Aufl., Karlsruhe: Hans-Thoma-Verl., 2002 (Edition Zeitzeugen) 15,25 Euro E-Mail-Kontakt:
Krueger-Kunstgeschichte@t-online.de

Reden über Gott und die Welt

7. Passauer Tetralog bringt europäisches und afrikanisches Religionsverständnis zueinander

„Gott und die Welt“ lautete das Thema des 7. Passauer Tetralogs, den die Akademie für Politische Bildung jährlich im Rahmen der Europäischen Wochen veranstaltet. Ein Thema, das nicht zuletzt durch die Diskussion um eine Verankerung des Gottesbegriffs in der Europäischen Verfassung aktuell ist. Podiumsteilnehmer waren die Dresdner Religionsphilosophin Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, der Pastoraltheologe Paul Michael Zulehner aus Wien, der Bayerische Staatsminister a. D. und Kuratoriumsvorsitzende der Akademie Hans Maier sowie Obiora Francis Ike, Generalvikar der Diözese Enugu (Nigeria). Moderiert wurde das Podiumsgespräch im vollbesetzten Hörsaal der Universität Passau von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter.



Diskutierten über Gott und die Welt: Hans Maier, Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, Moderator Heinrich Oberreuter, Obiora Francis Ike und Paul Michael Zulehner (von links).

Fotos: Nolte

Francis Ike sprach über das Religionsverständnis seiner Landsleute: „In Afrika machen wir keinen Unterschied zwischen Göttlichem und Weltlichem. Gott ist in allem.“ Das habe der abendländische Mensch nicht erkannt und versucht, die Afrikaner zu bekehren. „Sie nannten uns Heiden und Afrika den dunklen Kontinent. Je dunkler um so teuflischer, dachten sie. Das ist immer noch ein großes Problem in der interkulturellen Verständigung“, sagte Ike.

Der „schwarze Prophet“, wie Oberreuter ihn nannte, kritisierte auch die Ich-Bezogenheit der Europäer. Sie

müssten „endlich aufhören zu motzen und beginnen, sich über das zu freuen, was sie haben“. Weniger „ich“ und mehr „wir“, das sei Afrikas Tipp für ein erfülltes Leben, sagte Ike und ernste dafür starken Beifall.

Säkularisierte Zeit

Staatsminister a. D. Maier stellte dem einen europäischen Blickwinkel gegenüber. In Europa greife man eben lieber zum Blitzableiter als bei Unwetter zu beten. Die Natur sehe man nicht mehr als etwas Göttliches, sondern als etwas zu Gestaltendes. Auch die Zeit

sei vom Christentum neu definiert worden, obwohl sich heute immer mehr Menschen nach ewiger Wiedergekehr des Gleichen sehnten. „Wir nehmen Zeit in die Pflicht unter dem Begriff der Verantwortung, gliedern sie zum Beispiel nach Wahlperioden. Zeit ist durch das Christentum säkularisiert worden.“

Als Antwort auf Ikes Aussage „Gott ist in allem“ sagte Maier: „Das Christentum macht Gott welttranszendent. Er ist nicht in den Dingen, sondern er ist als Schöpfer über den Dingen.“ Wird Gott also immer unsichtbarer, immer weltenseitiger und die Welt immer säkularer? Maier sprach in diesem Zusammenhang seine Erfahrungen im osteuropäischen Raum an. Dort hat seiner Meinung nach die Volksfrömmigkeit dazu geführt, dass Religion die Jahre von verordnetem Atheismus im Kommunismus überlebt hat.

„Megatrend der Respiritualisierung“

Der Wiener Priester und Pastoraltheologe Zulehner verneinte die Frage mit Hinweis auf einen „Megatrend der Respiritualisierung“. Ein Trend, der nicht aus der Kirche komme, sondern „aus den realen, täglichen Lebenserfahrungen der Menschen“. Zugleich warnte Zulehner davor, sich zu früh zu freuen. „Wir sind noch nicht postsäkular“, sagte er. „Die Säkularität verschwindet nicht so schnell wie Kirchenverantwortliche es gern hätten.“ Deswegen sei es an der Zeit, Gottesbilder zu überprüfen. „Verkünden wir nicht einen Gott, den es Gott sei Dank nicht gibt?“ Schließlich sei es offensichtlich, dass viele Leute zwar Gotteserfahrung suchen, aber Gottesdienste meiden.

Als weitere Kritikpunkte an der katholischen Kirche führte Zulehner die „unbotmäßige Verbündung des Christentums mit der Macht“ an sowie eine neue Art von Klerikalismus. Das Gefährlichste sei, wenn das Christentum

für etwas nützlich sein müsse: „Nur ein machtloses Reden von Gott ist ein mögliches Reden von Gott.“

Gleichgültig gegenüber Religion

Einen philosophischen Ansatz brachte die Religionsphilosophin Gerl-Falkovitz in die Diskussion ein. Sie sprach von einem „Verbrennungsprozess“, in dem kulturelles Erbe in Schaffensenergie umgesetzt wird – ein Reservoir, das nicht unerschöpflich ist. „Noch



Dialog am Rande des Tetralogs: Der nigerianische Generalvikar Obiora Francis Ike (links) und der Wiener Pastoraltheologe Paul Michael Zulehner.

zehren wir von dem, was da ist. Aber in der nächsten oder übernächsten Generation könnte der Strom abbrechen“, befürchtete sie. Mit der Zeit entstehe durch diesen Prozess ein neuer Typus von Europäer. Einer, der weder Zustimmung noch Aversion gegenüber Religion empfindet, sondern schlichtweg Gleichgültigkeit. „Dem müssen wir eine neue Grammatik der anthropologischen Auseinandersetzung entgegensetzen.“

Es sei gut möglich, fügte Maier hinzu, dass die Europäer den Glauben erst wieder lernen müssten: „Wir sollten in die Erfindungskraft des Glaubens vertrauen.“ Doch die Frage des Gesprächsleiters, was das Christentum denen zu bieten habe, die nicht glauben, blieb unbeantwortet. „Wir sind uns hier alle viel zu einig“, beanstandete Oberreuter denn auch mehrmals.

■ Julia Nolte

(Siehe Presseschau Seite 47)

Zeitgeschichte im Film – verfilmte Zeitgeschichte

Thomas Schreiber hatte es nicht leicht, die versammelten Geschichtslehrer von der Richtigkeit seiner Art der Vermittlung historischer Inhalte zu überzeugen. Er ist Kulturchef des NDR-Fernsehens und verantwortlich für am TV-Markt sehr erfolgreiche Geschichtsfilme wie „Die Pyramide“ (4,8 Mill. Zuschauer) und „Pompeji“ (3,7 Mill. Zuschauer). Aber auch der Vierteiler „Die alten Ägypter“ lief unter seiner Regie und jüngst die mehrteiligen Dokumentationen „Der Bombenkrieg“ und „Offiziere gegen Hitler“. Alle zu besten Sendezeiten im Abendprogramm der ARD und nicht in den Arte- und 3sat-Nischen. Schreiber arbeitet mit allen Tricks des Hollywoodfilms, um Publikum – vor allem junges – für Geschichtsthemen zu begeistern: Personalisierung, fiktive Spielhandlungen,



Thomas Schreiber ist als Kulturchef des NDR-Fernsehens verantwortlich für historische Themen.

gelten: „Die Fakten stimmen.“ Man müsse sich an moderne Sehgewohnheiten anpassen, wenn man in der Hauptsendezeit mit diesen Themen erfolgreich sein wolle. Ihm sei es lieber, junge Leute schauen seine Filme, als dass sie sich überhaupt nicht historischen Themen zuwenden. Wissenschaftler beraten die Projekte und stehen mit ihrem Namen für den korrekten Umgang mit erforschten und belegbaren Tatsachen.

Anders sei es bei zeitgeschichtlichen Themen wie dem Zweiten Weltkrieg und Nationalsozialismus. Hier wird auf nachgestellte Szenen weitgehend verzichtet,

Archivfilme und Interviews mit Zeitzeugen stehen im Vordergrund.

Einen ganz anderen Einblick in die Praxis des Filmemachens bot der zweitägige workshop, in dem drei dokumentarische Kurzfilme entstanden: die Vorgeschichte des Buchheim-Museums in Bernried wurde recherchiert und in Bildern erzählt. Mit dabei als Zeitzeugen: die damaligen und jetzigen Bürgermeister von Feldafing und Bernried sowie Gegner und Befürworter des Projekts in den Gemeinden. Ein solcher Blick in die Werkstatt der Regisseure ist die beste Medienerziehung und Begriffe wie „Objektivität“ und „Manipulation“



Drehort Buchheim-Museum: ein Filmteam bei der Arbeit mit Regisseur Wolfram Weiße

Fotos: Dick

drastische, nachgestellte Kriegs- und Schlachtszenen mit schnellen Schnittfolgen sind seine Zutaten, wenn es naturgemäß kein historisches Bildmaterial geben kann. Den Vorwurf, sich der Bildersprache des kommerziellen Historienfilms zu bedienen, lässt er nicht

kriegen einen neuen Stellenwert und Inhalt. Solche Medienprojekte sollten deshalb auch in den Schulen einen festen Platz bekommen. Ein Lehrer meinte am Schluss: „Nach diesen Erfahrungen kann ich keinen Film mehr normal anschauen.“ ■

ms

Zeitungszukunft – Zukunftszeitung

Die Dinosaurier-These fand keinen Zuspruch. Keiner der anwesenden Chefredakteure glaubte an das Aussterben der Tageszeitung. Aber die Nachrichtenlage ist bedrohlich: Der Gesamtumsatz der Zeitungsverlage geht zurück. Die verkauften Auflagen schrumpfen. Die Reichweiten sinken. Der Anteil der Zeitung an der Mediennutzung geht zurück. Viele Journalisten sind bereits arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht. Das trifft nicht nur, aber auch besonders den Nachwuchs.

Die medienpolitische Fachtagung in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie und dem Passauer Journalistik-Institut fiel in eine Zeit des Umbruchs: Die Novellierung der Pressefusionskontrolle stand kurz vor der Entscheidung. Die SPD-Medien-Holding hatte gerade die „Frankfurter Rundschau“ gekauft. Ein anderes Flaggenschiff im überregionalen Markt der Qualitätszeitungen, die „Süddeutsche Zeitung“, wurde von außen aus einer bedrohlichen finanziellen Schieflage gerettet.

Erfolgreich in eine unsichere Zukunft

Uwe Zimmer ist Optimist. Der Chefredakteur der „Neuen Westfälischen“ in Bielefeld (früher Münchner „Abendzeitung“) arbeitet mit seiner Redaktion an der Modernisierung einer Regionalzeitung. Er ist überzeugt, dass nur so das Überleben eines 354 Jahre alten Massenmediums gesichert werden kann: „Im Lokalen sind wir konkurrenzlos!“ Er sieht die Gefahr der Zukunft nicht im bröckelnden Anzeigengeschäft und im Wegbrechen der jüngeren Leser. Für ihn ist die entscheidende Frage: „Stehen Zahlen oder Inhalte im Vordergrund?“ Längst seien die Redaktionen im Griff der Controller und Betriebswirte. Aber Qualität braucht nun einmal gut ausgebildetes und qualifiziertes Personal. Die Krise biete auch eine Chance: „Wir haben gelernt, die Zeitung emotionaler zu machen. Kooperationen mit anderen Redaktionen und Verlagen bringen höhere Reichweiten und so mehr Anzeigen. Und wir bauen die sublokale Berichterstattung aus. So gehen wir erfolgreich in eine unsichere Zukunft.“

Manchmal kann dieser Weg auch auf eine medienethisch schiefe Bahn führen. Die Trennung von redaktionellem Text und Anzeigen wird in Bielefeld beim wöchentlichen Veranstaltungsmagazin „Erwin“ nicht so eng gesehen.



Uwe Zimmer fragt: „Stehen Zahlen oder Inhalte im Vordergrund?“

Veranstalter, die inserieren, bestimmen auf den „Promotionsseiten“ den Text der Hinweise. Kritisches zum Lokal, zum Programm der Kleinkunstbühne oder zum Kinofilm darf da keiner erwarten. Zimmer ficht das nicht an: „Die ehrliche Kritik machen wir im Feuilleton.“ Für Werner Neumann von der „Frankfurter Rundschau“ ist dies ein klarer Verstoß gegen den Ehrenkodex des Presserats.

Bedrohte Vielfalt

Die geplanten Aufweichungen der Pressefusionskontrolle durch Reformvorschläge des Bundeswirtschaftsministers Wolfgang Clement (SPD) geben den Ausführungen des Dortmunder

der Konzentrations-Experten Horst Röper einen aktuellen Hintergrund.

Clements Ziel, mit größeren Unternehmen sicheres Fahrwasser zu erreichen, sieht Röper skeptisch: „In der bisherigen Praxis trägt dieses Modell nicht immer. Nach seiner Beobachtung geht die Vielfalt im Zeitungsmarkt ständig zurück: „Die Monopolisierung schreitet voran.“ Immer mehr Menschen leben in den „Ein-Zeitung-Kreisen“



Horst Röper: „Kleine Verlage müssen finanziell besser gestellt werden.“ Fotos: ms / Winckler

Die Informationsfreiheit im lokalen Bereich sei gefährdet. So ist in Nordrhein-Westfalen der Monopolisierungsgrad, gemessen an der Einwohnerzahl zwischen 1982 und 2002, um vier Prozentpunkte gestiegen, in den letzten anderthalb Jahren um sechs Prozent. Röpers Vorschlag zur Behebung der Misere: „Kleine Verlage müssen finanziell besser gestellt werden.“ Nachrangige Zeitungen könnten in Anzeigenkombinationen mit den Marktführern gebracht werden. Bei der Übernahme von Konkurrenten wurde dieser „Belegungzwang“ bereits erfolgreich eingeführt. Die Märkte in Köln und Stuttgart beweisen dies. Neu wäre dieses Modell bei selbständigen, konkurrierenden Verlagen. Rechtlich sei es möglich und letztinstanzlich entschieden. „Das Ziel heißt: Zeitungsvielfalt auch im regionalen Markt“.

Stefan Ruß-Mohl betonte den Wert einer guten Ausbildung für die innerredaktionelle Qualitätssicherung im zukünftigen Journalismus. Er setzt dabei auch weiterhin auf den Wettbewerb zwischen dem klassischen Volontariat mit oder ohne Studium, der Ausbildung an Journalistenschulen oder einem Journalistikstudium. Die weitere Reduzierung von Ausbildungsplätzen und niedrige Übernahmequoten in den Redaktionen lässt den Journalistikprofessor von der Universität Lugano, der selbst einmal Journalismus gelernt hat, allerdings skeptisch werden: „Wildwuchs und Intransparenz kennzeichnen die Ausbildungsszene.“ Einen praktikablen Ausweg erkennt er in einer freiwilligen Zertifizierung der Institute, die der Deutsche Journalistenverband gerade vorbereitet. Die beste Qualifikation für den Journalismus der Zukunft sieht Ruß-Mohl in einer breit angelegten, möglichst vielen Medien umfassenden Ausbildung. Dem stimmte Uwe Zimmer zu, der sich für Austauschprogramme zwischen Medien und Redaktionen aussprach.

Harald Kuppek brachte keine guten Nachrichten mit nach Tutzing. Der Chefredakteur von „Computer-Bild“ sieht Auflagenrückgänge bei Tageszeitungen bis zurück auf das Niveau von 1991, immer mehr Internetnutzer (nicht nur in der jüngeren Generation) und immer kürzere Verweildauer bei Zeitungen – zuletzt wurden 22 Minuten pro Tag im Durchschnitt erhoben. Für das Internet sind es bereits 49 Minuten. Den Verlagen und Redaktionen brechen die jüngeren, nachwachsenden Lesergenerationen scharenweise weg. Angesichts knapper werdender privater Haushaltssachen überlegt sich mancher das Zeitungsabonnement zweimal und nutzt lieber das weitgehend – bis auf die Leitungskosten – kostenlose Internetangebot. Die Gründe für diese hohe Attraktivität liegen für Kuppek auf der Hand: Kosten, Bequemlichkeit, Informationsbreite und -tiefe sowie Aktualität. Allerdings sieht er für die Verlage langfristig auch keine großen Verdienstmöglichkeiten: „Die Umsatzentwicklung für bezahlte Inhalte im Internet ist bescheiden. Ich will, dass die Leute unser Print-Produkt kaufen. Das Internet kann mein Gehalt nicht

Kernpunkte der geplanten Pressefusionskontrolle

Die so genannte Aufgreifschwelle – das ist die Schwelle, ab der die Kartellbehörden eingreifen müssen – wird gelockert. Außerdem sollen die Zeitungen im Anzeigenbereich stärker kooperieren dürfen. Die wichtigste Änderung betrifft den Zusammenschluss von wirtschaftlich angeschlagenen Zeitungen. Diese sollen künftig fusionieren dürfen – auch dann, wenn sie dadurch eine marktbeherrschende Stellung erreichen. Als angeschlagen sollen Zeitungen gelten, die seit wenigstens drei Jahren unter einem Anzeigenrückgang leiden. Allerdings soll die Fusion nur dann erlaubt sein, wenn die beteiligten Blätter mit eigenständigen Redaktionen erhalten bleiben. Altverleger oder unabhängige Dritte sollen zudem mehr als 25 Prozent des Kapitals behalten und Vetorechte ausüben dürfen. Blätter, die sich in Zukunft zusammenschließen, sollen außerdem selbst einschätzen, ob ihr Zusammengehen rechtskonform ist. Im Gegenzug sollen die Ermittlungsbefugnisse der Kartellbehörde gestärkt werden. ms



Harald Kuppek: Keine Chancen für „e-paper“.

bezahlen.“ Auch dem „e-paper“, der Zeitung aus dem Internet im Original-Layout, gibt Kuppek keine Chance. Wege aus der Krise sieht er vielmehr in moderneren Zeitungen: kleiner, kostengünstiger und schneller lesbar als die klassische Zeitung. Formate etwa, wie sie „Welt kompakt“ derzeit auf dem Berliner Testmarkt ausprobiert. Denn die gedruckte Zeitung hat nach Kuppeks Ansicht einen unschätzbar Konkurrenzvorteil: „Ich muss sie im Flieger nicht ausschalten.“

Unterschiedlich dramatisch sahen fünf Chefredakteure bayerischer Tageszeitungen die aktuelle Situation. Während Ernst Hebecker vom „Münchner Mer-

kur“ die Lage eher positiv einschätzte, sieht Malte Buschbeck (Frankenpost, Hof) den „Zusammenbruch des Anzeigengeschäfts in einer ohnehin strukturschwachen und gebeutelten Region“. Gernot Sittner (Süddeutsche Zeitung) sprach vom täglichen Spagat: „Vernünftig Sparen ohne Qualitätsverlust“. Michael Backhaus von der „Passauer Neuen Presse“ lenkte den Blick eher auf das „Riesenproblem“ des Leseverhaltens der nachwachsenden Generation. Dem will Sittner mit einem neuen Format für junge Leute begegnen, das in der SZ-Werkstatt ausgebrütet wird. Auch Rainer Bonhorst (Augsburger Allgemeine) sieht in der Gruppe der 20-30Jährigen eine „kritische Gruppe“. Hebecker prognostizierte, dass der Unterhaltungsanteil in Tageszeitungen zunehmen werde. Backhaus sieht in Zukunft einen gespaltenen Zeitungsmarkt: Gratiszeitungen hier und Qualitätszeitungen dort: „Das ist wie mit Aldi und den Feinkostläden – beide behalten ihren Markt und ihre Kunden. Aber Edeka hat Probleme. Und Regionalzeitungen sind wie Edeka.“ Einig war sich die Chefredakteursrunde darin, Fusionen und Kooperationen – zum Beispiel bei Druck, Anzeigen und Vertrieb – als Chance der Zukunft zu sehen. Buschbeck: „Kosten müssen reduziert werden, ohne Individualität und Qualität zu verlieren“. Auch könnten durchaus teure, exklusive journalistische Arbeiten wie Reportagen mit

Redaktionen aus anderen Regionen getauscht werden. Emotionalisierung und Boulevardisierung der Inhalte werden zunehmen. Bonhorst: „Wir müssen noch näher ran an den Leser und die großen Themen der Politik regional vertiefen.“ Defizite in der Aus- und Weiterbildung wurden eingeräumt: die immer dünnere Personaldecke mache es häufig unmöglich, Redakteure auf Fortbildungen zu schicken: „Die lassen ihre Leute aus Pflichtbewusstsein nicht mehr weg“. Buschbeck ergänzte: „Wir testen doch jeden Tag aus, mit wie wenigen Leuten wir noch eine Zeitung produzieren können.“

Die Analyse der Verleger und Verlagsgeschäftsführer unterschied sich nicht wesentlich von der der Chefredakteure. Anzeigenverluste und das Wegbrechen jüngerer Leserschichten waren auch hier die Stichworte. Kooperationen und die Fähigkeit dazu gelten als möglicher Weg aus der Krise. Klaus J. Lutz vom Süddeutschen Verlag sieht „einfach zu viele Tageszeitungen“ am Markt: „Beruhigungsspillen sind in dieser Lage hochdramatisch und hochgefährlich.“ Joachim Meinhold vom Berliner „Tagesspiegel“ widersprach der These vom „Zu-Tode-Sparen“: „Wir optimieren den Einsatz unserer Ressourcen.“ Und Claus Detjen, Kleinverleger vom „Tagblatt“ in Schwäbisch-Hall stellte schlicht fest: „Zeitungen sind für viele nicht mehr das tägliche Nahrungsmittel.“ Lutz hat erkannt, dass die „SZ“ eine wertvolle Marke ist und will sie entsprechend vermarkten: mit Büchern („SZ-Bibliothek“) fing es an, andere Produkte sollen folgen: „Anzeigen und Lesermarkt reichen nicht mehr. Die Marke muss kapitalisiert werden.“ Und er sieht auch völlig neue Methoden und Techniken der Analyse des Leserverhaltens, zum Beispiel die „Readers Cam“. Eine Brille zeichnet auf, was der Leser wahrnimmt und was nicht. „Wessen Text nicht gelesen wird, hat dann ein Legitimationsproblem.“

Manche Zuhörer fühlten sich wohl nicht zu Unrecht an die Macht der Einschaltquoten beim Fernsehen erinnert. Und sie dachten dabei sicher auch an die Folgen einer solchen Quotenfixierung für die Zeitungslandschaft. ■

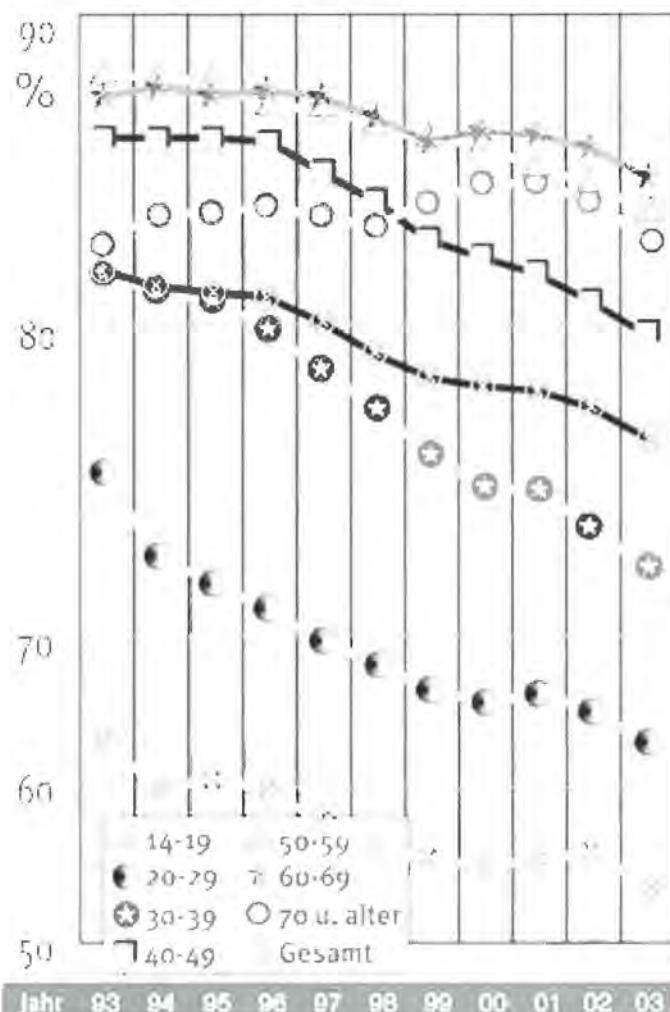
Michael Schröder

(siehe *Medienecho* Seite 43-46)



Gute Zeiten, schlechte Zeiten: die Chefredakteure Rainer Bonhorst, Malte Buschbeck und Gernot Sittner (v.l.)

Reichweitenentwicklung deutscher Tageszeitungen nach Altersgruppen



Quelle: BDZV

Funktion und Gefährdungen der Demokratie

Symposion zum Gedenken an Manfred Hättich

Manfred Hättich war ein Denker, dem seine viele Disziplinen übergreifende Ausbildung und nicht zuletzt seine philosophisch-theologische Schulung zugute kamen. Sein politikwissenschaftliches Oeuvre kreiste um die Demokratie, ihre Theorie, ihre institutionelle Ausprägung und ihre Gefährdungen. Zuletzt bewegte ihn die Frage, ob „die Ordnungsformen, die wir demokratisch nennen, für alle Ewigkeit die Garanten für die Gewähr von Freiheit“ seien. Auch die heute so gern absolut gesetzte Demokratie war für ihn nur ein Mittel zum Zweck der Freiheit. Diese charakteristischen Merkmale hob Heinrich Oberreuter in seiner Einführung hervor. Am 31. März jährte sich Manfred Hättichs erster Todestag. Die Akademie ehrte aus diesem Anlass ihren langjährigen Direktor mit einem Symposium, in dessen Mittelpunkt die Bedingungen und Herausforderungen freiheitlicher Ordnung standen.

Hans Maier führte einfühlsam, aber gleichsam umfassend in Leben und Werk Manfred Hättichs ein. Vieles davon, was Hans Maier sagte, bedurfte keiner großen Erklärungen, denn das Publikum setzte sich überwiegend aus

wandte er sich der Volkswirtschaft und der neu gegründeten Disziplin der Politikwissenschaft zu. Bereits während des Studiums arbeitete er für die UNESCO in Deutschland als Referent für politische Bildung.

1957 promovierte er bei Arnold Bergstraesser und 1965 folgte, ebenfalls in Freiburg, die Habilitation. Bis zur Stellung des Direktors der Akademie für politische Bildung Tutzing führten ihn Berufungen für politikwissenschaftliche Lehrstühle nach Mainz und München. Am 31. März 2003 starb Manfred Hättich nach langer Krankheit. Sein umfangreiches Werk stellt nicht nur ein zeitgeschichtliches Dokument dar, sondern bietet auch Einblick in das Leben eines Mannes, dem die politische Bildung ganz besonders am Herzen lag. Seine Ideen und Vorstellungen leben noch heute in der Akademie fort. Sie in Ehren und Erinnerung zu halten, ist auch Aufgabe dieser Institution.

Hans Maier erläuterte Hättichs Thesen, die sein Werk bestimmten. Die zentrale These, so Maier, ist folgende: „Ordnung nicht als Begrenzung, sondern als Voraussetzung von Freiheit“.

Über die Ziele und Vorstellungen Hättichs zur politischen Bildung sprach Bernhard Sutor, selbst ein bedeutender Theoretiker der politischen Bildung. Demnach lag Hättichs Ziel primär in der Ausbildung von Urteilskraft und Rationalität. Sie sollten insbesondere bei jungen Menschen gefördert und gefordert werden.

Die Gefährdungen der Demokratie und ihre Herausforderungen, mit welchen sich Hättich bis ans Ende seines Lebens beschäftigt hatte, waren ebenfalls auf dem Symposium vertreten. Hans-Otto Mühlleisen referierte über den „Wandel und Erosion des Wertekonsenses“. Besonderen Wert legte Mühlleisen dabei auf die Kritik Hättichs an den Studentenprotesten der späten 60er und 70er Jahre. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand daher auch Hättichs 1984 erschienene Monographie „Zornige Bürger. Vom Sinn und Unsinn des Demonstrierens“.



Manfred Hättich: Akademiedirektor von 1970 bis 1993

Fotos: Schröder/Archiv



Hans Maier präsentierte einfühlsam und kenntnisreich Manfred Hättichs Leben und Werk.

ausgesprochenen Hättich-Kennern, Freunden und Weggefährten zusammen. Hans Maier gab einen kurzen Abriss der Biographie Manfred Hättichs. Besonderen Wert legte er dabei auf die Bedeutung des geschichtlichen Kontextes in Hättichs Leben.

Manfred Hättich wurde 1925 in Owingen geboren und gehörte der Kriegsgeneration an. Nach Krieg und Gefangenschaft nahm er 1947 das Studium der katholischen Theologie an der Universität Freiburg auf. Doch schon bald

Die weiteren Referate beschäftigten sich mit den „Defiziten politischer Kultur und Verfassungsbewusstseins“ (Jürgen Gebhardt), der „Überforderung des Sozialstaates“ (Heinz Lampert) und „Entwicklung und Globalisierung“ (Manfred Mols). So unterschiedlich ihre thematischen Ansätze auch waren: immer wieder tauchte die Frage auf, was Manfred Hättich wohl zu den vorgebrachten Analysen gesagt hätte.

Dieses Gedenk-Symposion war eine Plattform, die das Lebenswerk Hättichs sowohl mit höchster Anerkennung ehrte, als auch eine kritische Auseinandersetzung mit den Ideen eines großen Denkers und Menschen möglich machte. ■

Dorothea Winckler

Zwischen Machbarkeit und Menschenwürde

Probleme und Positionen der Bioethik

Von Miriam Wolf*

„Wiegt die Würde eines Embryos schwerer als die eines kranken Menschen?“ – eine von vielen Fragen, die sich Bürger im Rahmen der Kampagne „1000Fragen“ der Aktion Mensch stellen und online (<http://www.1000Fragen.de>) diskutiert werden. Sie vermitteln eindrücklich, dass die Bio- und Gentechnologien der Gesellschaft und vielen Menschen offenbar davonlaufen, dass die Forschungsfortschritte uns ohnmächtig überrollen. Von der Reproduktionsmedizin, der Forschung mit embryonalen Stammzellen, den Versuchen, menschliches und tierisches Erbgut zu klonen, und von den Erfolgen bei der Entzifferung des menschlichen Genoms wurde die Gesellschaft – oft aber auch die Wissenschaftler selbst – überrascht. Immer wieder tun sich neue Techniken und Anwendungsgebiete auf und so ist es schwer – als naturwissenschaftlicher Laie allemal – den Überblick zu behalten und Stellung zu beziehen.

Sicherlich ist die reine Neugier, ohne die ja keine Forschung denkbar wäre, für manchen rasanten Fortschritt verantwortlich. Ein Großteil der Forschungen aber, und das sollte man sich bei Betrachtung der gesamten bioethischen Debatte vor Augen führen, ist eine Reaktion auf gesellschaftliche Bedürfnisse: Wir alle wünschen uns gesunde Kinder, möchten möglichst lange gesund bleiben, wollen anderen nicht durch lange Pflegebedürftigkeit zur Last zufallen. So betrachtet ist die Wissenschaft – nicht nur, aber auch – ein Spiegel der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Das gilt insbesondere dann, wenn sie es mit einer säkularen Gesellschaft zu tun hat, die ihre Vorstellungen im Diesseits lebt und in die Zukunft investiert.

Tragfähiger Kompromiss? Trugschluss!

Nach dem Stammzellen-Beschluss des Bundestags vom Januar 2002, wonach in Deutschland keine embryonalen Stammzellen „hergestellt“, aber an vor einem Stichtag erzeugten importierten Stammzellen geforscht werden darf, war schnell klar, dass dieser Kompromiss das Problem nicht lösen, sondern höchstens aufschieben würde. Man hoffte einfach, dass die drängendsten

biopolitischen Fragen damit erst einmal vom Tisch seien und der Beschluss eine Weile unangetastet bleiben würde. Doch weit gefehlt. Keine der beiden Hoffnungen erfüllte sich. Allerdings führte die intensive und sachliche Debatte, die diesem Beschluss vorausging, vor Augen, was sich viele Bürger und etliche Politiker wünschen: Ernsthaftigkeit, Nachdenklichkeit, das Bewusstsein über die Tragweite der zu treffenden Entscheidungen und Respekt für abweichende Haltungen. (vgl. das Plenarprotokoll unter <http://dip.bundestag.de/btp/14/14214.pdf>). Insofern war es notwendig, diese Diskussion zu führen, auch wenn der erzielte Kompromiss nur von begrenzter Tragfähigkeit ist.

Heilung durch Gentechnik?

Auch wenn kaum ein Laie die Methoden der Bio- und Gentechnologie ohne Zögern zu erklären vermag, so ahnen doch die meisten, dass die Fortschritte in diesem Forschungsbereich tief greifende Auswirkungen haben. Die Bewertung dieser Auswirkungen klaffen allerdings weit auseinander. Mancher denkt an die lange ersehnten Heilungschancen, die sich z.B. aus der Forschung mit Stammzellen ergeben könnten – immerhin leidet in Deutsch-



Miriam Wolf: Politische Bildung kann keine endgültigen Antworten geben.

Foto: Marquardt

land einer von 1000 Menschen an Parkinson, ca. 5 Millionen Menschen sind an Diabetes und um die 1,5 Millionen an Demenz und Alzheimer erkrankt – alles Krankheiten, bei denen man sich Heilung durch gentechnische Forschung erhofft. Ein anderer aber sieht in diesem dynamischen Forschungszweig möglicherweise die endgültige Abkehr von den fundamentalen Prinzipien der Menschenwürde und des Lebensschutzes, die von kühlen Nützlichkeitserwägungen, den Forderungen nach Forschungsfreiheit und den Bemühungen um Wettbewerbsfähigkeit in der internationalen Forschung bedrängt werden.

Was kann nun die Ethik hier tun? Ethik als das systematische Nachdenken über moralische Fragen kommt offenbar immer dann ins Spiel, wenn es keine eindeutigen, selbstverständlichen Kriterien gibt, mit deren Hilfe Entscheidungen getroffen werden können. Der Ruf nach Ethik ist deshalb m.E. immer

*Vortrag vor dem Beirat der Akademie im Mai 2004

Ausdruck davon, dass eine funktionsfähige Sittlichkeit verloren gegangen ist; dass also erst diskutiert werden muss, was erlaubt sein soll und was nicht.

Die Zwangsläufigkeit des Machbaren

Dreh- und Angelpunkt aller Forschungs- und Anwendungsmethoden im Bereich der Human-Gentechnologie ist der Konflikt zwischen der Menschenwürde und dem damit verbundenen Lebensschutz einerseits, sowie dem berechtigten Forschungsinteresse bzw. den Hoffnungen und Wünschen einer Gesellschaft andererseits. Die verschiedenen Argumentationsstränge der Diskussion lassen sich exemplarisch anhand der embryonalen Stammzellenforschung verdeutlichen. Embryonale Stammzellen sind sog. totipotente Zellen, die nur wenige Tage nach der Befruchtung bestehen. Sie gelten als enorm wandelbar, aus ihnen können verschiedene Zelltypen erwachsen. Das erwünschte Ziel und die wissenschaftlichen Interessen an diesen Zellen sind klar formuliert: Man nimmt an, dass die Stammzellenforschung zu einer Therapie führt, die enorme Chancen und Perspektiven für die „Heilung“ von Krankheiten enthält, bei denen Gewebe zerstört wird. Diese Visionen sind vom Standpunkt der Forscher aus keineswegs abwegig, denn einige der Anwendungstechniken (Nachbildung verletzten Gewebes, Heranzüchtung von Organen) sind bereits heute mit Labortieren durchführbar, andere zumindest prinzipiell denkbar. Die dazu notwendigen Forschungen im Vorfeld verstößen allerdings gegen das deutsche Embryonenschutzgesetz von 1991, das von der Achtung der Menschenwürde sowie vom unbedingten Lebensschutz des Menschen vom Moment der „Kernverschmelzung“ – genauer: der Vereinigung des Erbguts – ausgeht. Dementsprechend sind verbrauchende Experimente mit Embryonen, ihre Verwendung zu anderen Zwecken als zur Herbeiführung einer Schwangerschaft, sowie Klonen und Keimbahntherapie verboten und werden mit Strafe bedroht, so das Embryonenschutzgesetz.

Das unmittelbare Problem erwächst nun aus der Zwangsläufigkeit des Machbaren, denn es gehört offenbar zur immanenten Logik der Technik, dass der Verzicht auf die Umsetzung des Möglichen ausgeschlossen ist. Was machbar ist, wird gemacht. Für gewöhnlich bleiben Ausnahmeregelungen nicht auf Ausnahmen beschränkt, sondern ziehen weitere Kreise. Der Tübinger Bioethiker Dietmar Mieth hat das als „die normative Kraft des Fiktiven“ bezeichnet. Bisher hat man von der normativen Kraft des Faktischen gesprochen, um auszudrücken, dass es gegen Fakten offenbar keine wirksamen ethischen Argumente gibt. Heute aber sind es weniger die Fakten, die uns drängen: „Eher handelt es sich um Optionen, die durch neue Erkenntnisse und Erfolg versprechende Experimente in den Köpfen wach werden, obwohl ihre Erreichbarkeit durch die Fakten des Fortschritts keineswegs garantiert wird.“ (Dietmar Mieth: Die Diktatur der Gene. Freiburg i. Br., 2001. S.19)

Güterabwägung

Wie könnte man also in der Frage der Forschung mit embryonalen Stammzellen argumentieren? Das unmittelbarste Argument zugunsten der Forschung mit embryonalen Stammzellen, das auch der eingangs zitierten Frage zugrunde liegt, besteht meistens aus einer Güterabwägung, deren Ausgang vielen auf den ersten Blick äußerst plausibel und eindeutig erscheint. Der großen Zahl jener, denen mit dieser Forschung potentiell geholfen werden könnte, wird dabei die als geradezu vernachlässigbar erscheinende Zahl der nötigen Embryonen entgegengehalten. Die Abwägung scheint damit klar zugunsten der Forschung auszufallen – mehr noch, man könnte sich sogar fragen, ob man nicht nur berechtigt, sondern vielleicht sogar dazu verpflichtet sein könnte, die Forschung mit embryonalen Stammzellen zu fördern. Aller scheinbaren Plausibilität zum Trotz wird man doch schnell einräumen müssen, dass trotz aller Heilsversprechen keine Forschung auf Kosten des Lebens anderer Menschen gemacht werden darf. Und dass es sich selbst bei diesen wenigen frühen Zel-

len um wenigstens *theoretisch* lebensfähige menschliche Zellen handelt, ist selbst unter den Verfechtern der embryonalen Stammzellenforschung unstrittig. Der entscheidende Punkt ist, dass für sie der frühe Embryo eben noch nicht *tatsächlicher* Träger einer unbedingten Würde ist, zumindest nicht in dem Maße, das wir ohne Zweifel einem Erwachsenen oder auch jedem Neugeborenen zuschreiben.

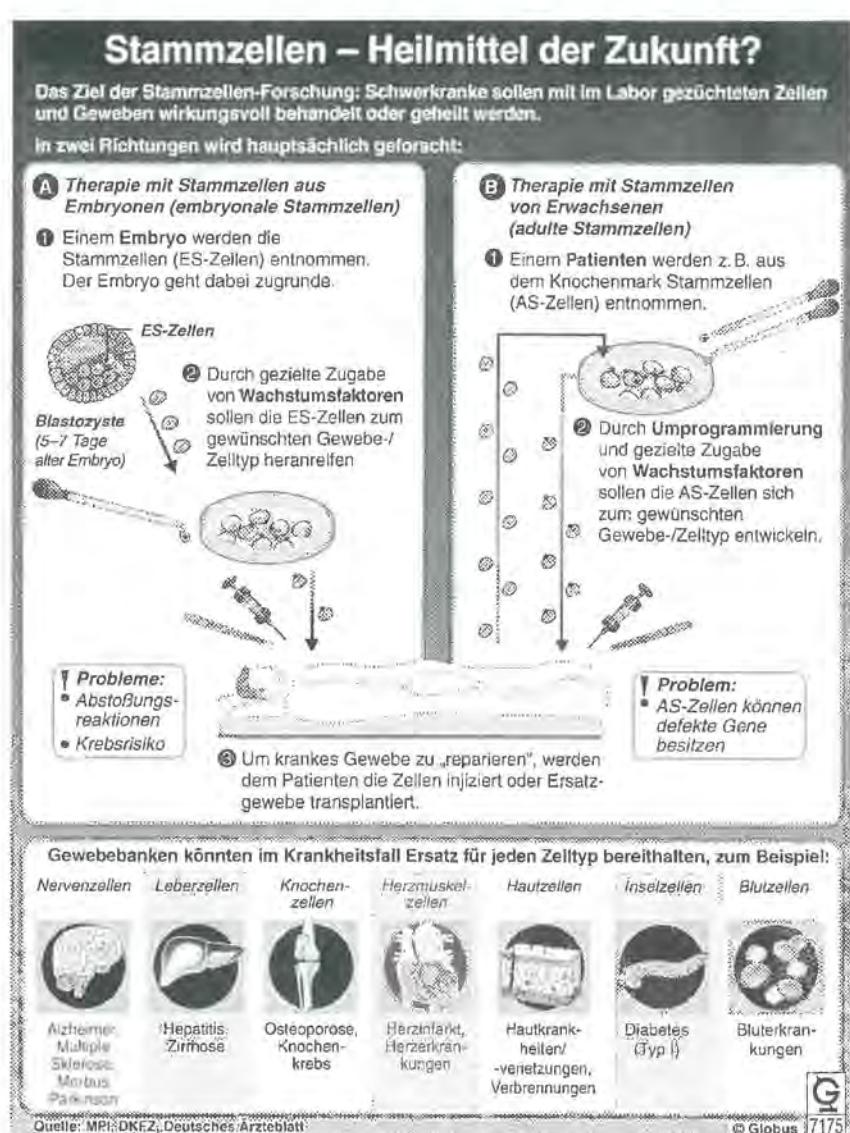
Wann beginnt der Schutz?

Wenn also der frühe Embryo noch nicht dem vollen Schutz der Menschenwürde unterliegt, dann ist es umgänglich, einen Zeitpunkt für das Einsetzen der Schutzgarantie festzulegen. Deshalb geht eine weitere Argumentationslinie davon aus, dass die Frage des Personstatus und der entsprechenden Schutzwürdigkeit ein zugeschriebener Status ist. Doch man irrt, wenn man meint, dass sich dafür sicher mithilfe biologischer Erkenntnisse ein exakter Zeitpunkt festlegen ließe. Und auch die Verbindung mit anderen, nicht-biologischen Kriterien ist wenig hilfreich. Knüpft man nämlich die Zuerkennung des Personstatus an das Vorliegen sog. personaler Vollzüge – Qualitäten also wie Selbstbewusstsein, Selbstbestimmung und Interessen –, dann ist es nach wie vor schwierig zu entscheiden, wann dieser Fall vorliegt. Der australische Bioethiker Peter Singer etwa sieht diese Anforderungen erst etwa einen Monat nach der Geburt eines Säuglings erfüllt (Peter Singer: Praktische Ethik. Stuttgart, 1994. S. 222f). Allerdings, und hierin liegt die wohl größte praktische Schwierigkeit, kann man die geforderten Kriterien weder eindeutig benennen, noch ist ihre Erfüllung empirisch überprüfbar. Zudem führt diese Argumentation zu weiteren folgenschweren Fragen, die man dann konsequent beantworten müsste: Was ist mit der menschlichen Würde am Lebensende, wenn diese Kriterien vielleicht nicht mehr voll erfüllt werden? Wie geht man mit Koma-Patienten um? Wie geht man mit behinderten Menschen um, deren Ausdrucksfähigkeit stark beeinträchtigt ist?

Sieht man einmal von diesen Folgefragen ab, könnte man den Schwierigkeiten Rechnung tragen, indem man von einer *graduellen* Schutzwürdigkeit des Embryos ausgeht, die an seine biologischen Entwicklungsstufen geknüpft ist, also etwa ab dem Zeitpunkt, von dem ab die Mehrlingsbildung ausgeschlossen ist, oder dann, wenn die ersten Hirnzellen ausgebildet werden. Oft wird auch der Zeitpunkt der Einnistung (Nidation) genannt. Doch auch solche Positionen können nicht überzeugend vernünftig begründen, warum gerade dieser eine Zeitpunkt der entscheidende sein soll. Etlichen erscheint jedoch der Zeitpunkt der Einnistung aus praktischen Gründen als der einzige vertretbare Kompromiss.

Doch festhalten am Embryonenschutzgesetz?

Es scheint, als bleibe schließlich nur noch die Position des Embryonenschutzgesetzes – die im übrigen auch die beiden großen christlichen Kirchen vertreten – wonach dem Embryo bereits mit der Vereinigung des Erbguts ein personaler Status und damit der uneingeschränkte Schutz seines Lebens zuerkannt werden muss. Grundlage für diese Position sind dabei die drei Argumente der Potentialität, der Identität und der Kontinuität: Bereits nach der Neukombination der DNA-Stränge ist demnach mehr als nur die grundsätzliche Möglichkeit zur Entwicklung eines vollständigen Menschen mit der Anlage zu personalen Vollzügen gegeben. Außerdem bleibe das Genom unverändert und damit sei bereits eine neue genetische Identität gegeben. Schließlich entfalte sich die Embryonalentwicklung in einem kontinuierlichen Prozess, wenn man nicht von außen eingreift. (vgl. Ernst Schöckenhoff: Ethik des Lebens. Mainz 1993. S. 304ff). Deshalb bleibe keine andere Position als die Anerkennung der vollen Schutzwürdigkeit ab der so genannten „Kernverschmelzung“, dementsprechend müsse die Forschung an embryonalen Stammzellen trotz aller denkbaren Heilungschancen verboten bleiben. Doch auch diese Argumentation gerät durch internationale Forschungsvorhaben weiter unter Druck.



Grafik: Globus

Ein dauerhaft tragfähiger Konsens scheint deshalb nach wie vor in weiter Ferne.

Um die festgefaßte Diskussion wieder in Gang zu bringen, scheint richtungweisend zu sein, worauf der Ethiker Nikolaus Knoepffler oder der Moraltheologe Stephan Ernst aufmerksam gemacht haben. Die Frage, so Ernst, ob wann wir dem Embryo Personstatus und damit vollen Lebensschutz zuschreiben, sei letztlich keine Frage des logischen Beweises, sondern eine Frage der Deutung und des Verstehens: „Ob wir in einem menschlichen Acht-Zeller lediglich einen Zellhaufen sehen oder ob wir in ihm einen Menschen im Werden wahrnehmen und ihm entsprechend Personstatus zuschreiben, das ist eine Frage, die sich

grundlegend nicht an den rein biologischen Fakten ablesen und aus diesen unwiderleglich ableiten und beweisen lässt. Es ist eine Frage der Deutung der Fakten.“ (Stephan Ernst: Mensch oder Material?, in: ders. (Hrsg.): Machbarkeit des Menschen? Theologie angesichts der Macht der Biomedizin. Münster 2002, S. 36).

Neutralisierung des Gegenstandes

Diese Vor-Verständnisse müssen, so die wichtige Forderung Ernsts, in der gesellschaftlichen Diskussion bewusst gemacht und diskutiert werden, denn letztlich habe man es hier mit zwei unterschiedlichen Blickwinkeln auf die Wirklichkeit zu tun. Jürgen Habermas

unterscheidet dabei die *beobachtende* Sichtweise des Redens über etwas von der *teilnehmenden* Sichtweise des Redens mit jemandem. Gerade in der Diskussion um das Embryonenschutzgesetz wird immer wieder argumentiert, es handle sich bei dem frühen menschlichen Keim ausschließlich um ein Gebilde aus Zellen, das weder Bewusstsein noch irgendwelche Empfindungen habe.

Demgegenüber erscheinen dann alle anderen Auffassungen, die in dem frühen Embryo bereits ein menschliches Gegenüber sehen, als „willkürlich hineingelesene Deutung und metaphorische Rede“ (Ernst, 2002, 37). Damit schwinge sich die naturwissenschaftliche Perspektive jedoch zur allein objektiven, neutralen Sichtweise auf, und man müsse sich fragen, ob die beobachtende Zugangsweise zur Wirklichkeit weniger neutral als vielmehr neutralisierend sei. Indem der Embryo nämlich unter dem Mikroskop beobachtet wird, entreiße man ihn seines

eigentlichen Zusammenhangs und er werde zum bloßen Gegenstand, so Ernst weiter. Wenn dann aber zugleich die teilnehmende Sichtweise für ethisch irrelevant erklärt wird, ist die naturwissenschaftliche Sicht nicht mehr neutral, so Ernst, sondern neutralisiert ihren Gegenstand. Diese Überlegungen erscheinen mir als unverzichtbar für die weitere Diskussion.

Aufgaben der politischen Bildung

Und gerade hieraus erwachsen wichtige Aufgaben für die politische Bildung. Denn was kann Ethik im Praxisfeld der politischen Bildung tun? Sie kann sicherlich keine endgültigen Antworten geben, auch wenn Teilnehmerinnen und Teilnehmern dies oft wünschen. Aber sie kann sicherlich dazu anregen die richtigen Fragen zu stellen, um nicht vor einem scheinbar rein technisch-naturwissenschaftlichen, un-

durchdringlichen Thema zu kapitulieren. Denn die meisten Menschen wollen trotz aller Komplexität Zusammenhänge verstehen und ihren Standpunkt in den Meinungsbildungs- und Gestaltungsprozess einbringen. Angesichts der Eingriffstiefe und der Geschwindigkeit der biotechnologischen Forschung haben aber viele das (nachvollziehbare) Gefühl, diese Möglichkeiten schon nicht mehr zu haben. Politische Bildung kann dazu anregen, einen ethischen Standpunkt jenseits der gerade diskutierten Anwendung einzunehmen, von dem aus dann die einzelnen diagnostischen, therapeutischen und planerischen Optionen der Gentechnik zu beurteilen sind. Politische Bildung kann außerdem den unverzichtbaren Diskurs zwischen den Natur- und den Geistes- und Sozialwissenschaften ermöglichen. Und nicht zuletzt kann sie dabei helfen, mit den Ambivalenzen zu leben und trotzdem Entscheidungen zu treffen. ■

Persönliche Entscheidung in sittlichen Fragen

Gesprächsbeitrag von Prälat Dr. Valentin Doering, Leiter des Katholischen Büros Bayern und Mitglied des Beirats der Akademie*

Das eben gehörte, meiner Meinung nach sehr sachkundig vorgetragene Referat macht deutlich, wie vielschichtig die Materie der Biomedizin bzw. Gentechnik und der damit gegebenen ethischen Fragestellungen ist. Die naturwissenschaftlich-medizinischen Fragestellungen sind mit einem durchschnittlichen biologischen Schulwissen allein nicht mehr zu verstehen. Somit ergibt sich als erstes die Frage nach dem Sachstand wissenschaftlicher Kenntnisse und Möglichkeiten: Was bedeuten sie für den jetzt lebenden Menschen und die Möglichkeit, ihn positiv oder negativ zu beeinflussen sowie für die

demnächst geborenen Menschen, die einer immer größeren Auslese-Praxis und biologisch-psychologischen Änderbarkeit ausgesetzt sind? Die zweite Frage ergibt sich aus diesem Befund: Was darf der Mensch mit sich selbst und mit der Natur bewerkstelligen? Gibt es positive Ziele, die er anstreben und negative Entwicklungslinien, die er unbedingt wieder verlassen muss? Wenn man also keinem reinen Positivismus folgen will, der das Gegebene als solches schon als legitim ansieht oder wenn man sich keinem reinen Utilitarismus anschließen möchte, der das Nützliche für berechtigt hält, müssen Wege gefunden werden, wie man sich als Mensch den biomedizinischen Tatsachen und Entwicklungen gegenüber „verhält“.

Da ich persönlich wie beruflich immer wieder mit diesen Fragen konfrontiert werde und eine Antwort geben muss – und auch finden und geben will –, habe ich für mich folgende Einsichten gefunden. Es sind wahrlich keine Bau- steine eines „Lösungsmodells“ – wenn man in diesen Fragen überhaupt von Lösungen sprechen kann –, sondern eher Überlegungen, die zu einem realistischen Blick verhelfen können und zugleich die in der Entwicklung selbst liegende ethische Dimension wach halten wollen.

Aus Erfahrung wohnt dem Menschen ein Erkenntnisdrang inne, der ihn unablässig vorantreibt, mit wissenschaftlichen Methoden gleichsam die größten Größen und die kleinsten Bestand-

*Beitrag in der Beiratssitzung

teile von Welt und Mensch in ihrem Bestehen und Funktionieren zu erforschen. Dieser Erkenntnisdrang fragt zunächst nicht danach, wie das Ergebnis der Erkenntnis genutzt wird, ob es in einem ethischen Sinn gebraucht oder missbraucht wird. Diese expansive Kraft der Erkenntnis kann nicht geboten, und schon gar nicht verboten werden. Das Ergebnis, nämlich Wissen, ist – ich weiß nicht, wer es gesagt hat – das Einzige, was nicht rückgängig gemacht werden kann.

Erkenntnis und Macht

Eng mit dem Erkenntnisdrang verbindet sich ein Experimentierdrang, dem vermutlich der Machtdrang des Menschen zu Grunde liegt. Meines Wissens nach – vielleicht können Sie ein Gegenbeispiel anführen – gibt es keine entscheidende wissenschaftliche Erkenntnis hinsichtlich des Menschen und der Welt, die der Mensch nicht an irgendeinem Ort zu irgendeiner Zeit in einem Experiment umgesetzt hätte. Ich wage die Aussage: Der Mensch – nicht der Einzelne, aber die Gattung – tut, was er kann.

In unserem Fall – wir sprechen von Gentechnik und Stammzellenforschung – kommt ein Moment hinzu, das diese Haltung im Menschen nachdrücklich verstärkt und dem Menschen nicht sofort bewusst werden lässt, dass er mit dem Menschen forscht und experimentiert. Gemeint ist die Unanschaulichkeit der materiellen Größen und Vorgänge, mit denen es die Stammzellenforschung zu tun hat. Kleinste Quantitäten lassen nicht den Eindruck entstehen, dass in ihnen größte (menschliche) Qualitäten im Kern enthalten sind.

Es gibt – so sehe ich es – eine einzige naturwissenschaftlich-medizinische Wirklichkeit und in ihr liegt eine einzige sittliche Forderung. Oder sagen wir es anders: Der einen Wahrheit der Erkenntnis sollte die eine Wahrheit des Handelns folgen. Diese Forderung hat sich aber im persönlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben noch nie in reiner Form durchgehalten. Sie scheint unter den gegenwärtigen Bedingungen der unterschiedli-

chen Anschauungen des Menschen und der Welt weithin unmöglich geworden zu sein. Zudem ändern sich wissenschaftliche Einsichten. Es darf daran erinnert werden, dass auch in der Kirche die Anschauung einer sukzessiven Beseelung, also Mensch-Werdung, anhand bestimmter naturwissenschaftlicher Einsichten ihren Platz hatte. Was tun? Wenn der Mensch sich wirklich dadurch auszeichnet, dass er ein „sittliches“ Wesen ist, also zwischen gut und böse zu unterscheiden vermag und das Gute tun soll, so scheint mir eine unausweichliche Folgerung zu sein: Jeder einzelne Mensch muss – im Rah-



Prälat Valentin Doering: „Der Mensch tut, was er kann.“

men seiner individuellen Möglichkeiten – in wesentlichen sittlichen Fragen zu einer persönlichen Entscheidung finden. Es bleibt dann immer noch genügend zu tun, bestimmte Entscheidungen positiv im Leben umzusetzen. So wird sich jemand möglicherweise deutlich gegen die Forschung an embryonalen Stammzellen entscheiden und doch gegebenenfalls bei schwerer Krankheit Medikamente annehmen, die aus solchen Forschungsprozessen gewonnen wurden. Mancher Mensch wird zu keinen persönlichen Entscheidungen finden und dankbar die Orientierungslinie von „Autoritäten“ – etwa der Kirche – annehmen. Welch eine große Verantwortung für Meinungsbildner und Meinungsvermittler (z.B. die Medien)!

Nicht wenige Menschen sind auf Grund ihrer beruflichen Verantwortung genötigt, in den Fragen der Biomedizin und Gentechnik ihre Meinung zu äußern, beratend auf Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen und gar selber – etwa in Parlamenten an gesetzgeberischen Entscheidungen mitzuwirken. Diese Menschen können – sofern sie eine bestimmte eigenständige Meinung gewonnen haben – in tiefgreifende Konflikte mit ihrem öffentlichen Auftrag geraten. Obwohl in den letztgültigen Fragen menschlichen Lebens nicht Leben gegen Leben abgewogen werden kann, stehen sie doch oft vor der tatsächlichen Entscheidung, durch ihre Mitwirkung an öffentlicher Meinung und politischer Gesetzgebung etwas, das an sich nicht sein sollte, zu regeln (z.B. Abtreibung) bzw. durch Abwägen den Schutz menschlichen Lebens und menschlicher Würde bestmöglich zu leisten. Das bedeutet u.a., hinter der eigenen, gewissenhaft gefundenen Position möglicherweise zurück zu bleiben. In den entscheidenden Fragen menschlichen Lebens und menschlicher Würde sach- und personengerecht zu entscheiden, ist nur auf Grund einer vorausgehenden persönlichen sittlichen Entscheidungsfindung möglich. In den Grundfragen menschlicher Biomedizin, dort also, wo es um Leben und Tod geht, gibt es kein Werteabwagen, aber den – manchmal verzweifelten Versuch – sich dem unantastbaren Wert weitestgehend zu nähern.

Ich will nicht verschweigen, dass ich manchmal Gott danke, keine politischen oder gesetzgeberischen Entscheidungen in diesen Fragen treffen zu müssen. Bei näherem Zusehen ist dies aber nur ein schwacher Trost, wenn nicht gar ein „frommer Selbstbetrug“; sobald ich um meine Meinung gefragt werde, bin ich genötigt, verantwortlich zu reden, in welcher gesellschaftlichen Funktion auch immer. Eine der großen Orientierungsnoten dieser Zeit scheint mir in der Aussage von Friedrich Kardinal Wetter gebündelt zu sein: Der Mensch weiß nicht mehr, was der Mensch ist. ■

Die Zerstörung des Menschen

Psychiatrie im Dienste totalitärer Herrschaft

Bereits einige Male war das Thema „Diktaturvergleich“ Gegenstand von Akademietagungen. Dabei stand bisher vor allem die Analyse der Gleichschaltungs- und Repressionsmechanismen und -apparate in ihrer vielfältigen Ausgestaltung im Vordergrund. Diese Perspektive wurde nun wesentlich erweitert: wie wurde die Psychiatrie als „Magd der Macht“ durch Nationalsozialismus und SED-Diktatur ge- bzw. missbraucht? Die Antworten der Experten zeigten drei Dinge. Erstens: der Aufarbeitungsprozess ist noch keineswegs abgeschlossen; zweitens: die Antworten müssen sehr differenziert ausfallen; und drittens: es erscheint dringend notwendig, „die medizinhistorische Forschungsdiskussion mit der allgemeinhistorischen stärker zu vernetzen“, wie Tagungsleiter Heinrich Oberreuter betonte.

Sehr pointiert griff der Berliner Historiker Götz Aly die Frage auf, wie „die Deutschen zur Zwangssterilisierung und Euthanasie standen“. Seine Antwort ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Die Deutschen ha-

um „unwertes“ Leben nicht erst 1933 begann, sondern schon erheblich früher den Zeitgeist prägte. Die NS-Bewegung, die ein „Jugendprojekt“ war, trieb das Denken in „wert-unwert“-Dichotomien auf die Spitze. Insgesamt,

so Aly, sei durchaus von einer „stillschweigenden Übereinkunft zwischen der Gesellschaft und dem, was wir als Diktatur bezeichnen“, auszugehen. Zum anderen wirkte ein psychologischer Mechanismus: Die „Volksgenossen“ mussten, obwohl die Euthanasieaktion allgemein bekannt war, „dadurch, dass sie es nicht wissen durften, nicht Rechenschaft ablegen. Sie mussten einfach nur nichts tun.“



Götz Aly: „NS-Euthanasie: Stillschweigende Übereinkunft zwischen Gesellschaft und Diktatur.“

ben der Ermordung ihrer Angehörigen im Wesentlichen zugestimmt.“ Ein Urteil, das in der Diskussion nicht unwidersprochen blieb. Als Hauptindiz führte Aly ins Feld, dass es z.B. bei der Erwachseneneuthanasie durchaus möglich gewesen wäre, Familienangehörige vor dem Tod in der Gaskammer oder der Giftspritze zu bewahren. Die Fälle massiver Intervention blieben allerdings vereinzelt. Die Gründe für dieses Verhalten lagen Aly zufolge zum einen darin, dass die Diskussion

Der letzte Schritt

Der Düsseldorfer Historiker Uwe Kaminsky wies ebenfalls darauf hin, wie sehr doch Sozialdarwinismus und Rasse-Gedanken in den Köpfen vieler Wissenschaftler verankert waren. Bereits 1895 betonte Adolf Jost in seinem Buch „Das Recht auf den Tod“: „Der Wert eines Menschen kann auch negativ werden!“ Die Erschütterung und Relativierung der Werte infolge

des Ersten Weltkrieges sowie die wirtschaftliche Krise der Weimarer Republik trugen zu weiteren Tabubrüchen im Denken der Menschen bei. Während des Nationalsozialismus wurde schließlich der letzte Schritt vom „Ausschluss aus der Fortpflanzungsgemeinschaft“ (Eugenik) zum „Ausschluss aus der Lebensgemeinschaft“ (Euthanasie) gemacht.

Die psychiatrische Forschung im NS-Staat war darauf ausgerichtet, die schwindenden Mittel auf die „heilbar“



Gerrit Hohendorf: „Forschung jenseits ethischer Grenzen.“

Kranken zu konzentrieren und die „Unheilbaren“ zu eliminieren. Im Zentrum der damaligen Forschung, so der Dachauer Psychiater Gerrit Hohendorf, stand die Frage: „Vererbung oder Erkrankung?“ Der Irrglaube, die Antwort auf diese Frage in den Gehirnen der Betroffenen finden zu können, führte dazu, dass vereinzelt Patienten „auf Bestellung“ der Pathologen getötet wurden. Ethische Grenzen waren hierbei nicht mehr zu erkennen. Die Opfer der NS-Euthanasie haben der Einschätzung Hohendorfs zufolge bisher keinen angemessenen Platz in der deutschen Erinnerungskultur gefunden. In den Familien wird kaum über dieses Thema gesprochen, rechtlich wurden sie bisher anderen Opfergruppen nicht gleich gestellt.

5000 Opfer der Kindereuthanasie

Dem Thema „Auslese und Ausmerzung: Kindereuthanasie“ widmete sich der Kinder- und Jugendpsychiater Jan Nedoschill (Erlangen). 1939 begann die Kindereuthanasie, die bis 1945 etwa 5000 Säuglinge, Kinder und Jugendliche zum Opfer fielen. Von 1939 an waren Hebammen und Ärzte verpflichtet, behinderte Kinder dem „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und krankheitsbedingter schwerer Leiden“ zu melden. Auch durch Androhung des Sorgerechtsentzugs wurden die Kinder in eine der 30 „Kinderfachabteilungen“, die dem Zweck ihrer Beobachtung und schließlich Tötung dienten, eingewiesen. Gemordet wurde mit Luminaltabatten, die einen Dauerschlaf mit Lungenentzündung verursachten. Die Eltern wurden über den „natürlichen Tod“ ihrer Kinder unterrichtet, allerdings erfolgte deren Einäscherung so schnell, dass sie nicht mehr Abschied nehmen konnten.

„Entmenschlichung“ der Patienten

Am Beispiel der bayerischen „Heil- und Pflegeanstalten“ demonstrierte Hans-Ludwig Siemen (Erlangen) Ausmaß und Wirkungsweise nationalsozialistischer Euthanasie. Auch er ging historisch einen Schritt zurück in die Zeit ab 1914. Die Anstalten dieser Zeit waren nichts anderes als „Verwahranstalten“ ohne therapeutische Perspektive. Auf einen Arzt kamen im Schnitt 150 bis 200 Patienten, Ruhigstellung war an der Tagesordnung. Der Anspruch des Arztes, den Patienten zu helfen, wurde durch die Realität des „Kerkermeisters für Kranke“ kontrahiert. Auch aus dieser Frustrationssquelle speiste sich eine gewisse „Anfälligkeit für Heilsversprechen“ in dieser Berufsgruppe. Ab 1933 wurden die Zustände in den Anstalten immer bedrückender: immer mehr Patienten wurden zwangseingewiesen, Ernährungs- und Pflegesituation wurden indes immer schlechter. Mit Beginn des Krieges setzte dann eine „Radikalisierungswelle“ ein, die in der T4-Tötungsaktion gipfelte, die in Bayern

etwa 7700 Menschen das Leben kostete. Welche Patienten in den Anstalten wurden von den Ärzten vor allem für die Gaskammer und die Giftsspritzte ausgewählt? Es waren die „Nichtarbeitsfähigen, die Aufmüpfigen, die ohne soziale Kontakte und die Pflegefälle.“ Weitere 11000 starben an gezielter Unterernährung („Hungererlass“). Die Euthanasie – so Siemen re-



Hans-Ludwig Siemen: „Euthanasie: Mord durch wohl-funktionierenden bürokratischen Apparat.“

sümierend – war nur möglich auf der Grundlage der schon lange vor 1933 einsetzenden „Entmenschlichung“ von Patienten. Die Tötungen, die durch einen „wohl-funktionierenden bürokratischen Apparat“ organisiert wurden, wurden als das Beste für die deutsche Volksgemeinschaft dargestellt, weil so Kosten eingespart werden konnten.

Nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in der SBZ und späteren DDR wurden die Täter der NS-Euthanasie unterschiedlich stark zur Rechenschaft gezogen. Die Berliner Historikerin Annette Weinke hat mit ihren Forschungen verschiedene Phasen herausgearbeitet: Nach der Periode der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ 1945-47 mit dem Euthanasieprozess in Dresden als Höhepunkt des „justiziellen Antifaschismus“, wurde ab 1948 die Strafverfolgung zunehmend in den Dienst der Systemauseinandersetzung gestellt. Von da an stand die Skandalisierung der westdeutschen Aufarbeitungsgeschichte im Vordergrund. Die Waldheimer Schnellprozes-

se markierten, abgesehen von einigen Prozessen in den 60er Jahren, das Ende der Aufarbeitung.

Umstrittene Rolle der DDR-Psychiatrie

Wurde die Psychiatrie in der DDR politisch missbraucht? Diese Frage nahm sich die Berliner Psychiaterin Sonja Süss vor. „Missbrauch“, so Süss, „fand nicht in dem Sinne statt, dass Dissidenten und sonstige Regimegegner wie in der Sowjetunion systematisch ‚psychiatrisiert‘ wurden.“ Ihre Untersuchungen zeigen, dass die Gutachten der Ärzte über eingelieferte Patienten in der Regel nicht politisch-ideologisch gefärbt waren. Dass sich das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) natürlich psychologischer Zersetzungsmethoden im Sinne der „operativen Psychologie“ bediente, steht außer Zweifel. Auch kam es regelmäßig vor, dass ohne geltende Rechtsgrundlage „potentielle Störer zur Verwahrung in psychiatrische Anstalten“ gebracht wurden. Wofür die Stasi of-



Sonja Süss: „In der DDR kein Psychiatriemissbrauch à la Sowjetunion.“

Fotos: Winckler

fensichtlich Psychologen für besonders geeignet hielt, war ihr Einsatz als Inoffizielle Mitarbeiter (IM). Etwa ein Drittel bis die Hälfte dieser Fachrichtung waren IMs, die insbesondere Fluchtabseiten von Kollegen ins westliche Ausland aufklären sollten. Auch Reinhard Nehring (Magdeburg), Mitglied der „Gutachterkommission zu Verstößen in der Psychiatrie in den

Landeskrankenhäusern des Landes Sachsen-Anhalt“ (1991/92), sah den Vorwurf des systematischen Psychiatriemissbrauchs als nicht erwiesen an. Was es gegeben habe, so betonte er, waren Verletzungen der ärztlichen Schweigepflicht.

Der Diplomphysiker Dietrich Koch (Essen) kam in der abschließenden Diskussionsrunde „Zersetzung der Seele“: Auf der Suche nach der Wirklichkeit“ anhand seines eigenen Schicksals zu einer anderen Einschätzung der DDR-Psychiatrie. Als Mitglied einer Gruppe zum Wiederaufbau der 1968 gesprengten Leipziger Universitätskirche verhaftet, wurde er wegen staatsfeindlicher Gruppenbil-



Dietrich Koch: „Direkter Psychiatriemissbrauch in der DDR.“

dung angeklagt und 23 Monate lang verhört. Die Verhöre wurden nicht nur mittels Androhung von Gehirnwäsche, sondern auch durch die Gabe von Psychopharmaka durchgeführt. Diese Mittel wurden verabreicht, um ihn ständig in Unruhe zu halten, die Nachwirkungen sind heute noch spürbar. Schon deshalb sprach Koch von „direktem Psychiatriemissbrauch“. Verurteilt zu lebenslänglicher Unterbringung in einer geschlossenen Anstalt, wurde er schließlich nach Waldheim verlegt. Seiner Beobachtung nach war „der größte Teil der im dortigen Haftkrankenhaus Einsitzenden psychiatrisiert.“ Kochs Einschätzung fand Zustimmung beim Vorsitzenden der „Walter-von-Baeyer-Gesellschaft für Ethik in der Psychiatrie“, Friedrich Weinberger

(Starnberg). Er erinnerte besonders an die subtilen Formen der systematischen Zersetzung, die auch ohne direk-

Die Frage, ob es in der DDR systematischen Psychiatriemissbrauch gab oder nicht, konnte nicht abschließend beantwortet werden. Die umstrittene Klärung, was unter „Psychiatrie“ und „systematisch“ zu verstehen ist, machte deutlich, dass

sich die Erforschung dieser Themen noch im Anfangsstadium befindet. ■

Manfred Schwarzmeier

Günther Heydemann / Heinrich Oberreuter (Hrsg.):
Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen.
Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2003.

te Beteiligung von Psychiatern ihre oftmals verheerende Wirkung bis hin zum Selbstmord entfalteten.

Wie die SZ von morgen entsteht

Wie wird aus einem Ereignis eine Zeitungsnachricht und wie kommt sie zum Leser? Eine alltägliche Frage, für deren Beantwortung sich 50 Seminarlehrer für Sozialkunde aus ganz Bayern in die Druckerei des Süddeutschen Verlags begaben. Sie wurden Zeugen des komplizierten Wegs vom unbedruckten Papier zur fertigen Zeitung.

Peter Blechschmidt – als Geschäftsführender Redakteur der „Süddeutschen“ einer der hauptverantwortlichen Blattmacher – gab bereitwillig Auskunft zu grundsätzlichen Fragen der Pressefreiheit in Zeiten größer werdenden ökonomischen Drucks. Nach seinen Worten wird der Süddeutsche Verlag und die Redaktion der „Süddeutschen Zeitung“ dem seit Monaten andauernden Anzeigenboykott durch den ALDI-Konzern standhalten. Die ALDI-Führung fühlte sich durch die SZ-Berichterstattung über die Be-

hinderung der Betriebsratswahlen bei ALDI ungerecht behandelt und stornierte millionenschwere Anzeigenaufträge. Aber auch Fragen der Nachrichtenauswahl und -gewichtung wurden diskutiert. Besonders interessierten sich die Lehrer für die Bemühungen der SZ-Redaktion, wieder mehr jüngere Leser zu gewinnen. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang die Einstellung der Jugendbeilage „jetzt“. Wenig Verständnis zeigten die Pädagogen für die steigende Zahl von Rechtschreibfehlern und falschem Deutsch auch in Qualitätszeitungen. So sehen sie ihre alltäglichen Bemühungen in der Schule konterkariert. Zum Abschluss verfolgten die Sozialkundelehrer den Andruck der neuen Ausgabe und den weitgehend automatisierten Weg vom Einhängen der Papierrolle über die Rotation bis hin zur Verladung der Zeitungen in die LKWs. ms



Weitgehend automatisiert ist der Weg des Zeitungspapiers durch die Rotation hin zum Versand.

Foto: Winckler

„Beschweigen“ als Therapie?

Zur schwierigen Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Deutschland

„Das ‚Beschweigen‘ (Hermann Lübbe) der Vergangenheit“, so Tagungsleiter Rolf Castell (München), stand nicht nur am Anfang des Aufbruchs der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu einem eigenständigen Fachgebiet im Nachkriegsdeutschland. Der zuständige Fachverband hatte sich vielmehr 44 Jahre – bis 1989 – Zeit gelassen, das Thema Kindereuthanasie im Nationalsozialismus und die Rolle der Psychiatrie dabei offiziell zu diskutieren. Seitdem legten Medizinhistoriker und interessierte Psychiater eine Reihe von Untersuchungen vor, die Licht ins Dunkel von Schweigen und Geschichtsklitterung brachten. In einer Fachtagung der Akademie wurden diese Forschungsergebnisse vorgestellt und diskutiert.

Natürlich, so Rolf Castell in seiner Einführung, habe es den Nürnberger Ärzteprozess und einige weitere Verhandlungen in den 60er Jahren gegeben, die auch Euthanasieverbrechen zum Gegenstand hatten. Deren Resonanz blieb aber begrenzt. Ansonsten dominierte im Kopf die Schere der Selbstzensur. Castells Resümee: „Man musste in den 40 Jahren nichts unterdrücken, aber aktiviert wurde seitens des Fachverbandes auch nichts!“

Als Zeuge sprach der Stuttgarter Psychiatrieprofessor Reinhart Lempp, Jahrgang 1923. „Dachau“, so Lempp, der 1942 das Abitur ablegte und nach dem Krieg Medizin studierte, „war uns ein Begriff. Auch Grafeneck war uns ein Begriff als ein Ort, an dem unheilbar Kranke ‚erlöst‘ wurden.“ Wiederholte er auf den alle Gesellschaftsschichten durchdringenden Zeitgeist hin. Das damals alles überlagernde Gebot „Du bist nichts, das Volk ist alles!“ ist heute, da der Wert des Lebens des Individuums der bestimmende Maßstab ist, schwer nachzuvollziehen. Daraus ergab sich eine Anfälligkeit, „wie auch heute die Menschen anfällig sind, wenn man ihnen sagt, dass sie besser seien als andere, dass sie bedroht seien, dass sie einem ‚Führer‘ folgen sollten, der dies alles weiß und der die Lösungen kennt“, mahnte Lempp. Im Übrigen sei die Art der Menschen zu denken und zu reden mit der Kapitulation nicht sofort verschwunden. Er zeigte dies am Beispiel

psychiatrischer Fachbegriffe: So sprachen und schrieben Fachleute beispielsweise noch lange nach 1945 von „minderwertig“ und „Menschenmaterial“.



Rolf Castell: „Schwieriger Umgang mit der Vergangenheit“

Foto: Winckler

Durch die Auswertung der Krankenakten der Charité hat Thomas Beddies (Berlin) zusammen mit Kolleginnen und Kollegen versucht, die Rolle dieser Vorzeigeklinik nachzuzeichnen. Dabei wurde deutlich, dass aus den Patientenakten der „Kinder-, Kranken- und Beobachtungsstation“ der Charité „keine Hinweise auf systematische Tötungen, auf die T4-Aktion“ zu finden waren. Nicht ausgeschlossen werden können Überstellungen von Kindern, bei denen keine Aussicht auf Besserung ihres psychischen Zustandes diagnostiziert wurde, in die sogenannten „Kinderfachabteilungen“ von landespsychiatrischen Einrichtungen. Diese waren zur Beobachtung und Tötung von als „minderwertig“ und

„unheilbar“ klassifizierten Kindern und Säuglingen eingerichtet worden. Die Vorzeige-Universitätsklinik, so Beddies, sollte sich vor allem um die „heilbaren“ Patienten kümmern.

Wie schwierig der Grad der persönlichen Schuld einzelner Ärzte einzuschätzen ist, machte Dagmar Bussiek (Kassel) am Beispiel Hermann Stuttes (1909-1982) deutlich. Stutte, ab 1954 erster Lehrstuhlinhaber für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Deutschland, hatte im Nationalsozialismus Karriere gemacht. Als Parteimitglied der NSDAP – wie übrigens 45 Prozent aller Mediziner – galt er als angepasster Zeitgenosse. „Insgesamt“, so Bussiek, „war er sicherlich kein Held im weißen Kittel, er war eher unpolitisch, ein fleißiger Arbeiter“. Die Einstufung als „Mitläufer“ ermöglichte ihm die Fortsetzung seiner Karriere nach dem Krieg.

Es waren vor allem persönliche Kontakte unter Kollegen, die ab etwa 1950 die Basis schufen für die Reintegration der deutschen Kinder- und Jugendpsychiatrie in das internationale Umfeld. Medizinern wie dem französischen Psychiater Georges Heuyer oder dem Schweizer Moritz Tramer kam hierbei zentrale Bedeutung nicht nur als Türöffner, sondern auch als „Identifikationspersonen für das Fach insgesamt“ (Rolf Castell) zu. Wie Oliver Kratz (Erlangen) hervorhob, vollzog sich die Annäherung der bundesdeutschen Kinder- und Jugendpsychiatrie vor allem an die französischen Kollegen parallel zur politischen Annäherung der beiden Staaten. Großen Anteil daran hatte auch der „Altmäister“ der deutschen Kinder- und Jugendpsychiatrie, Werner Villinger, der Jan Nedoschill (Erlangen) zufolge 1940 in Wien maßgeblich bei der Gründung der deutschen Fachgesellschaft beteiligt war. Nach dem Krieg als „entlassen“ eingestuft, leitete er zwischen 1949 und 1961 den Fachverband, die „Deutsche Vereinigung für Jugendpsychiatrie“. ■

Manfred Schwarzmeier

Zwischen „Dominsel“ und „Wawel“ ...

Impressionen einer Informationsreise des Kollegiums durch Südwest-Polen

„Historisch“ – ein oft überstrapazierter Begriff, in diesem Fall aber sicherlich keine Übertreibung: Am 1. Mai 2004 trat Polen, das größte und bevölkerungsreichste Land der Erweiterungszone, der Europäischen Union bei. Für Polen wie Deutsche zweifellos ein historisch herausragendes Ereignis, ist die gemeinsame Geschichte doch eher von leidvollen Erfahrungen überlagert. Auch aus diesem Grund, vor allem aber, weil Polen die postkommunistische Transformation beispielhaft be-

wältigte, entwickelte sich das Land zwischen Oder, Neiße und Bug in den vergangenen Jahren zu einem regionalen Schwerpunkt der Akademiearbeit. Wirtschaftsumstellung, Parteiensystem, Medienfreiheit, Sicherheitspolitik – nur wenige Stichworte, die zeigen, dass nahezu alle Assistenten und Dozenten der Akademie schon mal mit Polen zu tun hatten. Grund und Anlass genug für das Kollegium, die im Hörsaal gewonnenen Eindrücke einer „Realitätsprüfung“ vor Ort zu unterziehen. Während einer

fünftägigen Informationsfahrt von Breslau, Kreisau, über Oppeln und Tschenstochau nach Auschwitz und Krakau, mit einer Reihe von Hintergrundgesprächen, wurden dabei so manche Eindrücke bestätigt, Vorurteile korrigiert sowie Kontakte für zukünftige Projekte geknüpft. Alle Teilnehmer, darunter als Verstärkung des Akademieteams auch Vorstandsmitglieder des Förderkreises, waren sich darin einig, dass die Reise für die zukünftige Akademiearbeit sehr gewinnbringend war.

Entscheidenden Anteil daran, dass die Reise zum Erfolg wurde, hatte Tomasz Budnikowski, der polnische Reiseleiter. Budnikowski, Wirtschaftsprofessor am West Institut in Posen, führte mit sicherer Hand durch Geschichte und Politik, Wirtschaft und Kultur des Landes. Dass er sich als Posener („Das sind die Preußen Polens“) zuweilen etwas von den Breslauern und den Krakauern („Das sind die polnischen Bayern“) distanzierte, trug ihm niemand nach und für die Einhaltung der straffen Zeitplanung war das „Preußische“ in ihm wohl genau richtig.

Die erste Station der Reise führte nach Kreisau, 60 Kilometer südlich von Breslau. Ehemals Gutshof derer von Moltke, lebten hier auch der Hitlergegner Helmuth James Graf von Moltke und seine Familie. Von Moltke, 1945 im Zusammenhang mit dem Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 von den NS-Schergen ermordet, hatte wiederholt Oppositionelle nach Kreisau („Kreisauer Kreis“) eingeladen, um Konzepte für Staat und Gesellschaft für die Zeit nach Hitler zu diskutieren. An diesem symbolträchtigen Ort wurde 1990 von Polen, Deutschen, Holländern und Amerikanern die „Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung“ ins Leben gerufen. Wie die Leiterin der Stiftung,

Annemarie Franke, hervorhob, hat diese drei Programmsäulen: Internationales Jugendbegegnungszentrum, Europäische Akademie und Gedenkstätte. Sie fühle sich vor allem als Managerin, so Franke, die dafür zu sorgen



Heinrich Oberreuter, Tadeusz Zurawski (r.): „Politische Bildung in Polen scheitert an fehlendem Geld!“

Fotos: Schwarzmeier

habe, dass sich die Stiftung, die keinerlei staatliche Zuschüsse bekommt, selbst trage. Dies werde zunehmend schwieriger, da sich insbesondere die polnischen Teilnehmer die Tagungsgebühren nicht leisten könnten. Doch das Motto der seit drei Jahren in Kreisau arbeitenden Politologin ist zuversichtlich: „Wir leben zwar auf dem Land, aber die Welt kommt zu uns!“

Wie sehr die politische Bildung in Polen noch in den Kinderschuhen steckt, zeigte Tadeusz Zurawski, Kreisbeauftragter für Bildung, auf. In einem Umfeld, in dem angesichts der hohen Arbeitslosigkeit das Credo der beruflichen Weiterqualifikation gepredigt werde, habe die politische Bildung einen sehr schweren Stand. Politische Bildung („Wissen über die Kultur“) werde allenfalls am Rande in der Schule durchgeführt, frei werdende Stunden lieber mit Sprachen belegt. Die Kirchen bieten lediglich religiöse Bildung an, Parteien fallen als politische Bildner total aus. „So lange wir kein Geld

haben, wird sich daran auch nichts ändern!“, bilanzierte Zurawski abschließend.

Ein Großteil des historischen Zentrums von Breslau, das von den Deutschen im Januar 1945 zur Festung erklärt und danach zum Großteil zerstört worden war, wurde zwischenzeitlich wieder restauriert. Insbesondere die sakralen Bauten auf der Dominsel, das Rathaus

und die Universität („Aula Leopoldina“) sind beeindruckende steinerne Zeugen des Wiederaufbaus. Deutsche findet man in Breslau nur mehr wenige, vielmehr wohnen dort von den Sowjets (zwangs-)umgesiedelte Polen aus den Gebieten östlich des Bug. Vertreibung und Umsiedelung sind somit geschichtliche Erfahrungen, die beide Völker machen mussten – eine Tatsache, die bei der aktuellen Debatte um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ manchmal zu kurz kommt.

Über die Situation der Deutschen in Schlesien informierte Richard Donica, der Geschäftsführer der „Sozial-kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien“. „Bis 1989“, so Donica, „gab es offiziell keine Deutschen in Polen.“ Heutzutage gehe man davon aus – genaue Zählungen existierten nicht –, dass in ganz Polen ca. 500.000 Deutsche leben, davon ca. 330.000 in der Woiwodschaft Oppeln. Inzwischen sei es kein Problem mehr, so Donica, Deutschlehrer auszubilden; Deutschunterricht werde als zusätzliche Muttersprache angeboten. Ein Bereich, der in den letzten Jahren zu Spannungen mit den Polen führte, war die Möglichkeit der deutschen Minderheit, mit dem bundesrepublikanischen Pass in Deutschland zu arbeiten. Diese Einschränkung der polnischen Mitbewerber auf dem Arbeitsmarkt durfte sich jedoch mit dem EU-Beitritt schrittweise aufheben. Existenzbedrohend für die organisierte deutsche Minderheit seien Donica zufolge weniger die Konflikte mit Polen, sondern vielmehr Nachwuchsprobleme. So werde es immer schwieriger, eigenständiges kulturelles Profil zu bewahren. Der Bewertung Heinrich Oberreuters, der Weg der deutschen Minderheit in Polen von 1945 bis heute war der von der „Diskriminierung zur Privilegierung“, mochte sich der Referent dann aber doch nicht so ganz widerspruchslos anschließen.

Über das Franziskanerkloster auf dem Annaberg ging die Fahrt nach Tschestochau mit dem weltberühmten Bild

der Schwarzen Madonna. Wohl an keinem anderen Ort ist die tiefe Verwurzelung des Katholizismus in der polnischen Gesellschaft und Politik intensiver zu spüren als in diesem Wallfahrtsort, den jährlich sechs Millionen Pilger besuchen. Vorbei an Kattowitz erreichte die Reisegruppe schließlich die alte Königsstadt Krakau. Mit ihrem italienisch anmutenden Flair und der imposanten Königsburg „Wawel“ ist sie sicherlich eine der schönsten, wenn nicht die schönste Stadt Polens. Weitere architektonische Höhepunkte sind die Marienbasilika mit dem Hoch-

altar von Veit Stoß, die Universität („Kollegium Maius“) sowie der Stadtplatz, mit 200 Metern Seitenlänge einer der größten Europas. Die Erhaltung des Bildungssystems, Verkehrsinfrastruktur und soziale Hilfe bilden die größten Ausgabenposten. Die Investitionsquote beträgt 15 Prozent – ein Wert, den so manche deutsche Stadtkämmerer als paradiesisch bezeichnen würden, wie Gernot Abendt, der Vorsitzende des Förderkreises, bemerkte. Der gezielten Wirtschaftsförderung, so Steinjek, sei es zu verdanken, dass Krakau eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten des Landes (acht Prozent gegenüber 20 Prozent landesweit) habe. Massive Verschuldung sei die Schattenseite davon. Mit dem EU-Beitritt verspreche man sich vor allem Unterstützung bei Abfallwirtschaftsprojekten und beim Bau einer Kläranlage.

Auf die immense Belastung durch die sehr hohe Arbeitslosigkeit ging auch Tomasz Budnikowski in seiner Analyse der wirtschaftlichen Situation Polens am Vorabend des EU-Beitritts ein. Diese und die schnelle Umstellung des Finanzsystems belasteten die polnische Wirtschaft massiv. Nach jetzigen Stand werde es 63 Jahre dauern, bis Polen das Durchschnittseinkommensniveau der EU-Staaten erreicht haben werde. Dennoch, im Gegensatz zu den Neuen Bundesländern, deren Probleme von Westdeutschland finanziell entschärft wurden, die jetzt bei der Produktivität etc. aber schlechter dastünden als Polen, sei der harte Schnitt ökonomisch gesehen wohl besser gewesen. Die Kehrseite seien soziale Verwerfungen. Im Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft sei „das wohl massivste Problem die Struktur der polnischen Landwirtschaft“. In dieser seien 19 Prozent der Arbeitnehmer beschäftigt, es werden aber nur 3,3 Prozent des Bruttosozialprodukts in diesem Sektor erwirtschaftet.

Eine Kennerin der Akademie aus ihrer Zeit als polnische Generalkonsulin in München, Jolanta Koslowska, sprach über die politische Gesamtsituation in Polen. Nach dem angekündigten Rück-



Die Akademiegruppe vor dem Kloster Annaberg, rechts vorne Reiseleiter Tomasz Budnikowski

altar von Veit Stoß, die Universität („Kollegium Maius“) sowie der Stadtplatz, mit 200 Metern Seitenlänge einer der größten Europas.

Pavel Steinjek, Sekretär des Stadtrates von Krakau, erläuterte die Situation der Stadt an der Weichsel. Neben parteipolitischen Problemen – der Bürgermeister regiert ohne eigene Mehrheit – sind es vor allem finanzielle Themen, die die Stadtverwaltung beschäftigen. Der größte Teil des Haushalts wird von Warschau aus zugewie-

tritt von Premier Leszek Miller zum 2. Mai, stellt sich die Situation alles andere als übersichtlich dar. Die polnische Linke (SLD) hat sich durch Korruptionsaffären marginalisiert und am rechten Rand gewinnt der Populist Andrzej Lepper mit seiner Partei „Selbstverteidigung“ mit einfachen Anti-EU-Parolen beängstigend an Zulauf. In dieser Situation werde auch der EU-Beitritt nicht von Empathie getragen, sondern von zunehmender Skepsis begleitet. Was nicht nur wirtschaftlich fehle, so Koslowska, sei der stabilisierende Mittelstand. Außerdem sei die mentalitätsbasierte, „historisch erlernte Fähigkeit der Polen, zu lavieren und Gesetze zu umgehen, in der heutigen Demokratie eher hinderlich.“



Brennpunkt der Geschichte: Königsburg Wawel, Krakau

„Grundsätzlich“, so Krzysztof Walczyk SJ, Seelsorger der deutschen Gemeinde in Krakau, „besteht für die katholische Kirche in Polen keine Existenzgefahr.“ Dies hänge vor allem damit zusammen, so fuhr er fort, dass der polnische Katholizismus weniger einer des religiösen Denkens sei, als vielmehr einer der „religiösen Praxis“. Deswegen ist er im Volk so tief verwurzelt. Diese Verwurzelung habe besonders vor 1989 die Kirche stark gemacht, denn „es ist den Kommunisten nie gelungen, den Kampf um die Seelen zu gewinnen!“ Die Frage, so Walczyk, wird sein, ob die Kirche nach dem Tod des Papstes in der Lage sein werde, mit einer eigenen Stimme zu sprechen. Auf jeden Fall müsse sie es schaffen, sich von „der fordernden Kirche“ der Vergangenheit zur „einladenden Kirche der Zukunft“ zu wandeln.

Einen ungewöhnlichen Vortragssaum hatte Ewa Bojenko-Izdebska, Germanistin und Politologin an der Jagiellonen-Universität in Krakau gewählt. Sie sprach im Kellergewölbe eines Klezmer-Hauses im ehemaligen jüdischen Viertel Kasmierz über die jüngste Ent-

wicklung der deutsch-polnischen Beziehungen. Schon der Ort demonstrierte atmosphärisch, dass sich dabei die historischen Erfahrungen, die beide Seiten miteinander gemacht hatten, nicht ausschließen lassen.

Auf der einen Seite, so Bojenko-Izdebska, existierten auf polnischer Seite vor allem historisch fundierte Ängste vor dem großen Nachbarn im Westen; Ängste vor dem Ausverkauf der pol-

sondere gemeinsame „Noterlebnisse“ wie die Hochwasserkatastrophen der letzten Jahre hätten eine enorme Verbesserung der Beziehungen bewirkt. Entgegen vieler Vorurteile seien die Deutschen bei den Polen sehr beliebt, auch wenn sie als wenig humorvoll und manchmal als zu laut beschrieben würden. Im Gegenzug hielten die Deutschen ihre polnischen Nachbarn für sehr gastfreudlich. Auf jeden Fall, so Bojenko-Izdebska, sei man inzwischen weit weg von der aus dem 16. Jahrhundert stammenden ehrernen Formel: „Solange die Welt besteht, wird ein Deutscher nie Bruder eines Polen sein.“

Den Abschluss der Reise bildete ein Programmpunkt, der für Deutsche wohl nie „normal“ sein wird: Auschwitz. Nachdem wir schon in Krakau auf den Spuren von „Schindlers Liste“ im jüdischen Viertel unterwegs waren, war der Gang durch das „Stammlager“ und durch das Vernichtungslager Birkenau ein bedrückendes Erlebnis. Die-



Der etwas andere Seminarraum, Ewa Bojenko-Izdebska: „Gemeinsame Noterlebnisse wie die Flut bringen uns näher.“

nischen Ressourcen, vor der deutschen ökonomischen Dominanz. Aber auch die Deutschen hätten Angst, z. B. vor den billigen polnischen Arbeitskräften. Auf der anderen Seite sei in den letzten 14 Jahren eine Fülle guter Kontakte zwischen beiden Ländern entstanden. Als Beispiele nannte sie die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, besonders in den Euregionen, sowie Städtepartnerschaften. Insbe-

se Zeugnisse der Vernichtung von Menschen aus rassistischen Gründen, die Umkehrung der Moral in ihr grausames Gegenteil, stehen als Mahnung für jeden Mitarbeiter der Akademie, in unseren Anstrengungen für die demokratische Grundordnung mit ihrem freiheitlichen Menschenbild nicht nachzulassen. ■

Manfred Schwarzmeier

Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft?

Achtstundentag, Fünftagewoche, Dauerarbeitsvertrag, Vollzeitbeschäftigung – nur einige Merkmale des industriege-sellschaftlichen Normalarbeitsverhältnisses. In vielen Be-reichen gehört es jedoch endgültig der Vergangenheit an; heute ist von Wissensgesellschaft, von Flexibilisierung und Mobilität die Rede. Wie aber sieht Arbeit aus in einer Gesellschaft, die von technischen Fortschritten geprägt ist? Welche Anforderungen stellt die Wissensgesellschaft an Arbeitnehmer und Arbeitgeber? Wie wirkt sich der Wandel der Arbeit auf unser Verhältnis zu Zeit aus? Wie kann man unter verschärften Wettbewerbsbedingungen ethischen Maßstäben folgen? Und welche Bedeutung hat Arbeit überhaupt für unser Leben? Fragen, die bei Mitgliedern der Gewerkschaft ver.di auf großes Interesse stießen. Gemeinsam mit dem Bildungswerk der Dienstleistungsgewerkschaft widmete sich die Akademie diesen Fragen in der Tagung „Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft“.

Arbeit dient nicht nur der sozialen Sicherung, sondern wirkt in hohem Maße auch identitäts- und sinnstiftend. Dabei beschränkt sich die Diskussion über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft viel zu oft auf die entlohnte Erwerbsarbeit. Neben dieser vom Markt regulierten entlohnnten Arbeit gebe es, so Gerd Mutz vom Munich Institute for Social Science (miss), jedoch auch noch die wichtigen „privaten“ Bereiche der Hausarbeit, der Freiwilligenarbeit und der sog. Eigenarbeit. Doch im Gegensatz zu weniger entwickelten Gesellschaften, in denen viele Arbeiten (noch) im privaten Bereich erledigt würden, hat sich in modernen Gesellschaften der zentrale Bereich der Erwerbsarbeit immer weiter ausgedehnt. Die Krise der Arbeitsgesellschaft entstehe nun dadurch, so der Sozialwissenschaftler, dass die Transformation von unbezahlter in bezahlte Arbeit nicht mehr reibungslos gelinge. Betrachtet man allein das Volumen der Erwerbsarbeit, so sei das Verhältnis von bezahlter zu unbezahlter Arbeit relativ ausgewogen. Aber die Eigenschaften der Arbeitsverhältnisse verändern sich: Nur noch zwei Drittel der Beschäftigten stünden in einem Normalarbeitsverhältnis, die anderen müssten mit häufigen Betriebs- und Berufswechseln zurecht kommen. Im Grunde, so Gerd Mutz, muss man sich bewusst entscheiden, ob man Technik

oder menschlicher Arbeitskraft den Vorzug gebe und welchen Wert man Arbeiten wie Hausarbeit oder Bürgerarbeit beimesse.

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und -bewertung

Dass es nicht nur bei der Bewertung der Hausarbeit ungerecht zugehe, sondern sich auch die außerhäuslichen Arbeitswelten von Männern und Frauen erheblich unterscheiden, zeigte Dagmar Fries, ver.di-Referentin für Frauen- und Gleichstellungspolitik. Noch immer sei das Familiennährermodell – bezahlte Erwerbsarbeit für Männer, unbezahlte Haus- und Familienarbeit für Frauen – das Leitbild unserer Arbeits- und Wohlfahrtsgesellschaft. Auch Politik und Programmatik der Gewerkschaften seien lange Jahre davon geprägt gewesen. Politische Regelungen zu geringfügigen Beschäftigungen, Ehegattensplitting, Kinderbetreuung, Schulzeiten und Arbeitszeiten tragen erheblich dazu bei, dass das Leitbild unverändert bleibe. Dadurch, so die Gewerkschafterin, würden Frauen, die sich selbst auch noch auf wenige Berufsgruppen beschränkten, immer mehr in prekäre, nicht-existenzsichernde Teilzeitstellen verwiesen, während für vollzeitbeschäftigte Männer eine Arbeitszeit von

40 oder mehr Stunden pro Woche wieder in Mode zu kommen scheine. Mittlerweile jedoch stellten nicht nur die wachsende Erwerbsbeteiligung von Frauen, sondern auch neue Lebensentwürfe von Männern diese Strukturen, die immer noch auf einem überkommenen Normalarbeitsverhältnis beruhen, in Frage.

Wissensgesellschaft Deutschland?

Das Normalarbeitsverhältnis verabschiedete auch Martin Heidenreich, Sozialwissenschaftler an der Universität Bamberg. Seiner Ansicht nach ist aber Deutschland bei dem notwendigen Wandel zur Wissensgesellschaft ins Hintertreffen geraten. In der post-



Dagmar Fries: Frauen werden in nicht-existenzsichernde Teilzeitstellen gedrängt. Fotos: Winckler

industriellen Wissensgesellschaft, die sich durch die Bereitschaft auszeichnet, tradierte und eingelebte Anschauungen und Erwartungen ständig auf den Prüfstand zu stellen, haben Dynamik, Innovation, Fragilität und Risiken einen zentralen Stellenwert. In Deutschland seien, korrespondierend mit der Analyse Mutz', aber nur rund 35 Prozent aller Beschäftigten Wissensarbeiter, d.h. Beschäftigte, deren

Tätigkeit mit größeren Entscheidungsmöglichkeiten, hoher Eigenverantwortlichkeit, organisatorischer Transparenz und Selbststeuerungsfähigkeit verbunden ist. War früher Disziplin und Pünktlichkeit ausschlaggebend, so zählten heute postkonventionelle Arbeitseinstellungen. Doch immer noch klammerten viele Unternehmen (und Arbeitnehmer) an technische, bürokrati-



Diethard Linck betonte die Bedeutung des Wissenmanagements

tische Strukturen und drohten so, den Anschluss an internationale Entwicklungen hin zur lernenden Organisation zu verpassen.

Die praktische Umsetzung von Prinzipien des Wissensmanagements erläuterte Diethard Linck, ehemaliges Siemens-Betriebsratsmitglied. Ihm gelang es, die unterschiedlichen Bedürfnisse und Perspektiven von Unternehmen und Arbeitnehmern zu berücksichtigen. Der Arbeitgeber suche sich auf dem Markt das benötigte Wissen. Der Wissensaufbau und -erhalt sei dann Sache des Arbeitnehmers. Ohne angewandtes Wissensmanagement im persönlichen Bereich drohe die Gefahr des Beschäftigungsverlustes, denn Wissen, das nicht aktualisiert wird, verliert an Wert.

Spielregeln für Wirtschaft und Arbeitswelt

Der Werterhaltung ganz anderer Art widmete sich Daniel Dietzfelbinger, Vorstandsmitglied des Deutschen

Netzwerks Wirtschaftsethik. Um die besondere Lage von Unternehmen zwischen Eigennutzinteressen und ethischen Ansprüchen zu erläutern, berief er sich auf den Vergleich von Karl Homann, wonach das Problem des ethischen Wirtschaftens einem Fußballspiel ähnele: Die Spielzüge sind frei und orientieren sich am Eigennutz, müssen aber bestimmten, von außen gesetzten Regeln folgen. Wer mehr moralische Standards von Unternehmen fordere, die ja als Markakteure zunächst am Gewinn interessiert seien, mutet ihnen politische Kompetenz zu, die gar nicht wünschenswert, weil nicht legitimiert sei. Deshalb, so Dietzfelbinger, müssen Forderungen nach strengen, moralischen Regeln mit entsprechenden Sanktionsmaßnahmen an die Politik gestellt werden, nicht an „die Unternehmen“. Wer aber weltweit die Einhaltung ethischer und sozialer Standards fordere, um eine gerechte Wirtschaftsordnung umzusetzen, der müsse zugleich bereit sein, die damit verbundenen Kosten zu tragen. ■

Miriam Wolf



Karikatur: Liebermann

Gewalt und Tod – ein Trauma für die Polizei

Fachleute und Personalräte diskutieren psychische Probleme des Berufsalltags

Wie kann ein Polizist, der tagtäglich mit Gewalt und Tod konfrontiert ist, noch professionell arbeiten, ohne dabei Schaden an Leib und Seele zu nehmen? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Tagung in Kooperation mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Polizeigewerkschaft unter der Leitung von Jürgen Weber.

Die innere Sicherheit eines Staates wird durch die Arbeit der Polizei gewährleistet. Bei ihrem gefährlichen und anstrengenden Dienst werden die Polizeibeamtinnen und –beamten alltäglich mit Gewalt und Tod konfrontiert. Sie kommen dabei häufig in physisch und psychisch belastende Situationen. Gleichzeitig steigen die beruflichen Anforderungen und Stellen und Mittel werden gekürzt. Die Folgen dieser Entwicklung sind vielfältig: Psychosomatische Störungen, suchtartiger Alkohol- und Zigarettenkonsum, Neigung zu Gewaltausbrüchen und Mobbing. Am Ende steht als letzter Ausweg immer häufiger der Selbstmord.

Wie ist es eigentlich um die „innere Sicherheit“ bei den Polizisten bestellt? Der „Freund und Helfer“ benötigt nun seinerseits dringend Hilfe. Und welche Risiken drohen dem Staat durch diese Entwicklung?

Familienfeindlicher Beruf

Der Beruf des Polizisten ist ein Job, der die Seele fordert, so der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Bayern der Deutschen Polizeigewerkschaft Siegfried Burger. Diese Sicht der Dinge teilte der für die Polizei zuständige Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium Georg

Schmid. Demnach liegen die Hauptprobleme des Polizeidienstes in seiner starken hierarchischen Ordnung, einem ausgeprägten Konkurrenzdenken, den mitunter gefährlichen Einsätzen und nicht zuletzt den familienfeindlichen Dienstzeiten. Daraus ergeben sich, so der Staatssekretär, für den einzelnen



Staatssekretär Georg Schmid (2. v.l.) stellte sich den kritischen Fragen der Personalräte. Links Tagungsleiter Jürgen Weber, von rechts Vize-Gewerkschaftschef Siegfried Burger, daneben GdP-Landesvorsitzender Hermann Benker.

Fotos: Winckler

Beamten spezifische Probleme: es gibt kaum jemand, der nicht einmal in seiner Karriere in einen inneren oder äußeren Konflikt im Zusammenhang mit seiner Arbeit gekommen ist.

Durch den Nachtdienst kann es zu familiären Problemen kommen: wenig Zeit für Partner und Kinder, dazu ein Partner mit wenig Verständnis für den Polizeiberuf, führen nicht selten zu Eheproblemen und im schlimmsten Fall zur Scheidung. Und besonders dramatisch: der Tod von Kollegen, sei es durch einen Einsatz oder Selbstmord. Selbstvorwürfe bleiben in solchen Situationen kaum aus. Was hätte man anders machen können? Bin ich selbst als Kollege Schuld daran? Für manche werden diese Fragen zur täg-

lichen Qual. Ihr Selbstwertgefühl und ihr Vertrauen in sich selbst sinken von Tag zu Tag. Für einen Teil der Betroffenen steht am Ende nur der Wechsel in einen anderen Beruf oder sogar die Arbeitsunfähigkeit.

Die Ursache dafür ist das Krankheitsbild des Traumas. Auf diese zentralen Fragen des Seminars ging die Fachärztin für Psychosomatik, Olivia Manz, ausführlich in ihrem Vortrag ein.

Lange Zeit wurde ein Zusammenhang zwischen den vermehrt auftretenden psychischen Problemen bei Polizeibeamten und ihrem Beruf verleugnet. Erst

in den letzten Jahren beschäftigte sich auch das Fachgebiet der Psychotherapie/ Psychiatrie mit den traumatischen Konsequenzen des Polizeialtags.

Einer der Hauptgründe, warum es nach belastenden Einsätzen überhaupt zum Trauma kommt, ist nach Meinung von Olivia Manz zum einen ein falsches, von Selbstüberschätzung geprägtes Bild von sich selbst, gepaart mit der Überzeugung, „so was“ (psychische Probleme) passiert doch nur den anderen. Auf der anderen Seite steht der falsche Umgang mit schwierigen Einsätzen, die nicht aufgearbeitet werden. Viele, vor allem männliche Kollegen, sprechen nicht mit Kollegen oder der Partnerin über ihre Erlebnisse, Eindrücke und persönlichen Empfindungen.

Psychische Störungen

Die häufigsten Störungen, die dabei auftreten, sind depressive Störungen mit unterschiedlich ausgeprägter Selbstmordgefährdung, Burn-out-Syndrom, Belastungsreaktionen wie verstärkte Aggressivität oder erhöhte Sensibilität, Angststörungen, Suchtentwicklung und das Auslösen einer psychotischen Episode.

Es gilt daher, Warnsignale frühzeitig zu erkennen und Probleme nicht zu tabuisieren. Auch durch den Vorgesetzten muss ein Klima des offenen Gesprächs gefördert und geschaffen werden.

Doch wie kommt es zu solchen Störungen? Manz unterscheidet dabei zwischen primären und sekundären psychischen Belastungen, kumulativen psychischen Belastungen, traumatisierenden Ereignissen, negativem Stress und akuten Belastungsreaktionen.

Eine primäre psychische Belastung ist „das direkte, persönliche Erleben einer Situation, die mit dem Tod oder der Androhung des Todes, einer schweren Verletzung oder einer anderen Bedrohung der körperlichen Unversehrtheit zu tun hat.“ Dieser Fall tritt dann ein, wenn der Polizeibeamte selbst zum Betroffenen wird.

Anders im Fall der sekundären psychischen Belastung, bei der die „Beobachtung eines Ereignisses, das mit dem Tod, der Verletzung oder der Bedrohung der körperlichen Unversehrtheit einer anderen Person zu tun hat oder das Miterleben eines unerwarteten oder gewaltsamen Todes, schweren Leids oder Androhung des Todes oder einer Verletzung eines Familienmitgliedes oder nahe stehender Person“ in Zusammenhang steht. Auch dafür gibt es genügend Beispiele aus dem Polizeialtag, wie besondere Eindrücke von Verletzten und Toten, die Gefährdung, Verletzung oder der Tod eines Kollegen. Ebenso Einsätze, bei denen Kinder beteiligt sind oder wenn man das Opfer persönlich kannte.

Eine andere Ursache, so die Medizinerin Manz, stellt die kumulative Belastung dar, wobei sich viele unverar-

beitete Einsatzerlebnisse über Jahre hinweg angestaut haben und dann scheinbar unerwartet zum Ausbruch von Gefühlen und Erinnerungen oder zum Zusammenbruch führen können. Jedes dieser Erlebnisse einzeln für sich betrachtet, würde den Polizisten nicht aus der Bahn werfen, doch wenn sich die Belastung über Jahre hinweg summiert, kann dies zu einem Trauma führen.

Stress und Alpträume

Potentiell traumatisierende Ereignisse sind nach Feststellung der Referentin als Ursache für Traumata oder trauma-



Medizinerin Olivia Manz: Belastungen und psychische Probleme im Polizeidienst

tische Belastungsstörungen schwer zu erfassen, da hierbei ausschließlich die subjektive (Selbst-) Wahrnehmung und Empfindung des Einzelnen entscheidend ist. Ähnlich verhält es sich mit negativem Stress. Was für den Einen noch erträglich oder vielleicht sogar als positiver Stress empfunden wird, kann für einen anderen schon zuviel sein. Bei ihm wirkt sich der Stress nicht mehr leistungsfördernd und anspornend, sondern leistungshemmend aus. Etwas anders verhält es sich mit den akuten Belastungsstörungen: auch sie können sich natürlich von Person zu Person in ihrer Ausprägung unterscheiden, aber es handelt sich immer um direkte Reaktionen auf psychisch belastende Situationen. Sie können beispielsweise mit Übelkeit, Schlafstörungen, Alpträumen und plötzlichem Wiedererinnern, Übererregung oder

depressiven Verstimmungen einhergehen. Aber es handelt sich dabei immer noch um normale Reaktionen auf ein unnormales Ereignis. Darunter zählen auch Stressreaktionen in Extremsituationen, wie zum Beispiel psychischer Schock, automatische Verhaltensabläufe, sowie die Flucht und vermehrte Aggressivität.

Doch so schlimm und belastend die soeben genannten Reaktionen für den Einzelnen sein können, sie bewegen sich immer noch im Rahmen des Normalen. Für eine posttraumatische Belastungsstörung sind daher verschiedene Kriterien ausschlaggebend: Trauma, Symptome, Dauer und Beeinträchtigung.

Das Traumakriterium trifft dann zu, wenn die Person Opfer einer Gewalttat, eines Unfalls oder einer Naturkatastrophe war, oder solches beobachtet hat. Die Symptomkriterien beinhalten das Wiedererleben eines Ereignisses, die Vermeidung der Konfrontation mit dem Ereignis und eine anhaltende erhöhte Erregbarkeit. Für das Kriterium der Beeinträchtigung ist entscheidend, dass diese Symptome auch noch zu Leiden und Beeinträchtigungen im sozialen, beruflichen und privaten Bereich führen. Für das Zeitkriterium ist dann nur noch wichtig, ob die genannten Symptome länger als drei Monate anhalten. Erst ab diesem Zeitraum kann man von einer chronischen posttraumatischen Störung sprechen.

Doch die Polizeibeamtinnen und -beamten sind nicht nur den Gefahren einer posttraumatischen Störung ausgesetzt. Der hohe Druck, der täglich auf ihnen lastet, kann auch andere Ausprägungen wie Burn-out oder die Suchtentwicklung zur Folge haben.

Gerade im Beruf des Polizeibeamten, dem man keine Fehler verzeiht, weil Fehler fatale Folgen für jeden Einzelnen und die gesamte innere Sicherheit haben können, ist es wichtig, hinter jeder grünen Uniform den Menschen nicht zu vergessen. Wir sollten es auch einem Polizeibeamten zugestehen, Schwäche zu zeigen anstatt negative Gefühle zu tabuisieren. Nur so kann er oder sie mit gestärktem Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl seinen bzw. ihren Dienst ausüben.

Mobbing nicht leugnen

Doch neben dem posttraumatischen Syndrom stellt auch das Mobbing ein Indiz dar für eine psychisch aufreibende Arbeit wie den Polizeidienst. Dabei muss zwischen Mobbing und Mobbinghandlungen unterschieden werden. Mobbing bezeichnet gezielte und destruktive Handlungen, die wiederholt und über einen Zeitraum von sechs Monaten und länger auftreten. Es ist ferner gekennzeichnet durch systematisches und gesteuertes Vorgehen mit physischen und psychischen Folgehandlungen gegen einzelne, welche von Kollegen und/oder Vorgesetzten ausgehen kann. Im Unterschied dazu haben Mobbinghandlungen keine erkennbare Systematik und finden nicht über einen längeren Zeitraum statt, aber es sind ebenfalls Angriffe auf die Mitteilungsmöglichkeit, soziale Beziehungen, soziales Ansehen, die Qualität der Berufs- und Lebenssituation und die Gesundheit. Die Übergänge können, müssen jedoch nicht zwangsläufig fließend sein.

Nach dem neuesten Mobbingreport Deutschland, den Rainer Stoiber vom Zentralen Psychologischen Dienst (ZPD) der Bayerischen Polizei vorstellte, ist die Gefahr des Mobbings im Polizeiberuf geringer als beispielsweise in sozialen Berufen. Aber dies

dürfe, so Stoiber, nicht dazu führen, dieses Problem im Polizeidienst zu negieren. Doch nicht nur der ZPD leistet Beratung. Auch die Seelsorge der Bayerischen Polizei bietet Unterstützung in schwierigen, scheinbar ausweglosen Situationen. Über die Möglichkeiten und Grenzen der Polizeiseelsorge bei posttraumatischen Belastungsstörungen sprach Pfarrerin Hilda Schneider. Sie umschrieb ihre Aufgabe mit drei Stichworten: hinsehen und da sein, aber auch wieder loslassen können. Dies sollte nicht nur eine Leitlinie für die Seelsorge sein, sondern auch für die im Seminar versammelten Personalräte. Hermann Benker, Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft referierte zum Abschluss der Tagung über den Umgang der Personalvertretungen mit den Folgen von traumatischen Belastungsstörungen im Polizeidienst. ■



Pfarrerin Hilda Schneider: „Hinsehen und da sein, aber auch wieder loslassen können.“

*Jürgen Weber
Dorothea Winckler*

Gedok Vernissage:

Kontroverse Lebendigkeit

Neuer Wandschmuck in der Akademie von den GEDOK-Damen

In regelmäßigen Abständen schmücken die Damen der Künstlerinnenvereinigung GEDOK die kahlen Akademiewände mit ihren neuesten Werken. Im Mai war es wieder soweit. 14 Malerinnen brachten ihre – auch verkäuflichen – Produkte mit und Dozent Jürgen Weber eröffnete in Vertretung des Direktors die Ausstellung mit über 100 Bildern und Photographien. Seit über 15 Jahren gibt es die Zusammenarbeit mit der Akademie und Mitarbeiter und Gäste freuen sich immer wieder an den wechselnden Kunstwerken. Er betonte, die Freiheit und Unabhängigkeit der Frauen bei der Auswahl korrespondiere auf wunderbare Art mit der Freiheit und Unabhängigkeit der Akademie. Immer wieder seien die Bilder Anlass zu Gesprächen auch kontroverser Art: „Die Exponate lassen niemanden gleichgültig und tragen damit zur Lebendigkeit der Akademie bei.“ ■



Der neue Wandschmuck im Clubraum umrahmt das Gruppenbild mit Herr: Dozent Jürgen Weber (hinten, 2. von rechts) mit einigen der ausstellenden Künstlerinnen von der GEDOK

Foto: Winckler

Sparen und Strukturen reformieren

Zur Zukunft der Politikwissenschaft und der politischen Bildung in Bayern

Die bayerischen Hochschulen müssen sich derzeit zwei Herausforderungen stellen. Zum einen sind im Gefolge der Sparmaßnahmen der Staatsregierung Strukturreformen geboten, die bis zur Aufgabe ganzer Fächer an einzelnen Hochschulen führen werden. Zum anderen erfordert der „Bologna-Prozess“ die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen, die an die Stelle der traditionellen Diplom- und Magisterstudiengänge treten sollen. Vor diesem Hintergrund hatte die bayerische Landesgruppe der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) die bayerischen Politikwissenschaftler zu einer Tagung nach Tutzing eingeladen.

Im ersten Teil wurde die Situation der Politikwissenschaft in Bayern thematisiert. Dabei zeigte sich überdeutlich, dass die personelle Ausstattung der meisten politikwissenschaftlichen Institute nicht ausreicht, um eigene BA- oder MA-Studiengänge anbieten zu können.

Welche Konsequenzen der Bologna-Prozess für die deutschen Hochschulen im allgemeinen und für die Politikwissenschaft im besonderen hat, machte Michael Th. Greven von der Universität Hamburg in seinem Vortrag „Beobachtungen und Reflexionen zur Situation der Politikwissenschaft in Deutschland“ deutlich (siehe folgender Text).

Die bayerischen Politikwissenschaftler verabschiedeten daraufhin eine **gemeinsame Erklärung**, in der sie die Bedeutung des Faches für die demokratische politische Kultur in Deutschland hervorheben, seine hohe profes-

sionelle Ausbildungsleistung (große Studenten- und Absolventenzahlen!) unterstreichen und ihre Bereitschaft deutlich machen, an der Entwicklung eines „landesweiten Gesamtkonzepts mitzuwirken, das über Profilierungen, eventuelle Schwerpunktgebungen und interuniversitäre Kooperationsstrukturen entscheiden muss.“

Der zweite, fachwissenschaftliche Teil der Veranstaltung thematisierte „Neue Formen des Regierens in der nationalen und internationalen Politik“. Zunächst sprach Roland Sturm (Universität Erlangen-Nürnberg) über „Europäisiertes Regieren in der Wettbewerbspolitik“. Nicolai Dose (TU München) stellte „neue Formen des Regierens aus steuerungstheoretischer Perspektive“ dar und Doris Fuchs (LMU München) analysierte die „politische Rolle der Wirtschaft“ im Kontext der Globalisierung. ph

Ungeschminkte Bestandsaufnahme

Reflexionen über die Situation
der Politikwissenschaft in Deutschland

Von Prof. Dr. Michael Th. Greven, Universität Hamburg*

Die Kollegen Arendes und Buchstein haben m.E. zurecht den Bologna-Prozess als den tiefgreifendsten Eingriff seit langem in die Strukturen der deutschen Universitäten bewertet, mit dem wir es im Moment zu tun haben. Die hier bereits laufenden dramatischen Veränderungen, die sich nicht nur in Studiengängen, sondern auch im Studierverhalten niederschlagen werden – in Bremen sprach Stephan Leibfried im Zuge der Akkreditierung vor Ort von einem gänzlich neuen Studierentypus im BA-Studiengang – stellen das Fach – zusammen mit allen anderen Fächern zugleich, was die Sache nicht erleichtert – unter den größten externen Veränderungsdruck in seiner bisherigen Geschichte. ...

Man darf in der gegenwärtigen Situation auch nicht den Eindruck erwecken, als ließe sich wissenschaftliche Forschung und die Lehre auf der College-Stufe der demnächst umgewandelten Universitäten nicht in einer Person vereinbaren. Viel eher scheint es mir an der Zeit, mit der Lebensläufe der deutschen Universitäten aufzuhören, in ihnen fände selbst im Grundstudium der Massenfächer noch die mit Humboldt idealisierte Verknüpfung von Forschung und Lehre tatsächlich statt. Was im Einzelfall gelingen mag, wird im Regelfall als bloße Abwehrformel die interessensbedingte Ideologie unserer Kollegen sein, sich in verbindliche und verifizierbare Curricula mit entsprechenden Ausbildungszielen nicht

einbinden zu lassen. Das ist aber selbst für die bedeutendsten Fachvertreter unserer Disziplin in Nordamerika eine Selbstverständlichkeit und hindert sie nicht zu forschen und zu publizieren. Die Bedrohung, von der Arendes und Buchstein sprechen, geht m.E. also nicht vom Bologna-Prozess als solchem aus, der, richtig verstanden und umgesetzt, gerade im Graduierten-Studium von weniger und besonders leistungswilligen und interessierten Studierenden eine Chance zur forschungsbasierten Lehre erst wieder eröffnen wird, sondern von einigen anderen externen wie fachimmanenten Entwicklungen.

* gekürzte Fassung des Vortrags

Unter den externen Bedrohungen halte ich die politische und gesellschaftliche Frage nach der Nützlichkeit und Verwertbarkeit für die gefährlichste, weil mir das Fach hier am wenigsten aufgestellt erscheint, um eine wirksame und erfolgreiche Antwort zu geben. Das Fach und seine prominentesten Vertreter haben sich hier seit den siebziger Jahren zu einseitig darauf ausgeruht, im Zuge der sozialwissenschaftlichen Forschungsausrichtung recht erfolgreich und auch zunehmend anerkannt zu sein.

Nicht erst der Bologna-Prozess macht aber aus unseren Universitäten in erster Linie höhere Lehranstalten. ...

So sehr die Gleichrangigkeit von Forschung und Lehre normativ attraktiv sein mag, so sehr sie dem Individualinteresse vieler, wenn nicht der meisten Kollegen entspricht, so selten dürfen doch in der deutschen Universität Professuren des Faches vorwiegend aus Forschungsgründen etabliert worden sein. Gerade der Bologna-Prozess verschärft aber zusammen mit anderen Entwicklungen, wie der Budgetisierung und externen Steuerung über Ziel- und Leistungsvereinbarungen, meiner Beobachtung nach die Durch rationalisierung der Lehre und Kapazitätsberechnungen, so dass man angesichts der Achteldeputate einzelner Kollegen, die sie im Extremfall in der Akkreditierung dauerhaft einzelnen Modulen zuordnen werden müssen, schon von einer Art nachholenden 'Taylorisierung des Professorenamtes' sprechen könnte.

Aber womit will das Fach gegenüber der Öffentlichkeit und den Geld gebenden Instanzen seine Lehre und die Notwendigkeit seiner Existenz eigentlich rechtfertigen?

Katastrophaler Zustand

Ohne rechthaberisch wirken zu wollen, muss ich hier als ständiger Mahner in dieser Frage seit mehr als zwanzig Jahren und als Initiator des Darmstädter Appells zur Rettung der Politischen Bildung aus den neunziger Jahren sagen: das Fach und seine dominierenden Vertreter haben spätestens seit den siebziger Jahren vergessen oder sträflich vernachlässigt, welchem Lehran-

gebote sie ihre Existenz und ihren Ausbau wesentlich verdanken – nämlich der Lehrerausbildung und der Politischen Bildung. Um beide ist es, schlicht gesagt, bundesweit in unserem Fach wie außerhalb katastrophal bestellt. Überall wo sie nicht in Sonderinstitutionen installiert ist, gilt die Lehrerausbildung als nachrangige und lästige Pflicht, viele der daran interessierten Kollegen sind in die Erziehungswissenschaften abgewandert. Man zeige mir auch nur eine Veröffentlichung jüngerer so genannter Spitzenvertreter des Faches, die sich auf Schule oder

Öffentlichkeit als Lobbyisten für die entsprechenden Schulfächer und ihren Ausbau versagt. ...

Es ist nicht dem Bologna-Prozess anzulasten, wenn – aus welchen Gründen auch immer – mehr und mehr Institute dazu übergehen, rein disziplinäre Studiengänge... durch multi- oder so genannte transdisziplinäre Studiengänge zu ersetzen. Hier fehlt uns noch der genaue empirische Überblick; die meisten größeren politikwissenschaftlichen Institute in Deutschland sind gerade erst dabei, ihre Umstellung zu erarbeiten und die Akkreditierung ihrer BAs und MAs vorzubereiten. ...

Ich halte gegenüber einer Prognose des mehr oder weniger vollen Verschwindens unseres Faches für viel wahrscheinlicher, dass wir in absehbarer Zeit an wenigen, sagen wir zehn Orten in Deutschland, eine hochkonzentrierte, forschungsnahen und wissenschaftsorientierten Graduiertenausbildung von Politikwissenschaftlern vorfinden werden, in denen sich die Reproduktion des Faches konzentriert. Der Wettbewerb einiger Institute, zu diesen Orten zu gehören, hat längst begonnen. Für das Fach insgesamt wäre es wichtig, das Bewusstsein dafür zu wecken, dass, um wenigstens an diesen Orten in eine europäische Konkurrenz, mit bereits heute bestehenden mindestens 10-15 Professuren umfassende



Michael Th. Greven: „Unser Fach Politikwissenschaft ist schlecht aufgestellt, wenn es um die Frage des Nutzens geht.“

Foto: Winckler

Lehrerausbildung bezieht. Die Situation an den Schulen sieht korrespondierend schlecht aus. Fast überall hat die Geschichtswissenschaft ihre Stellung behauptet, wenn nicht ausgebaut; gerade in sozialdemokratisch regierten Ländern scheint man seit längerem so genannte wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse zur staatbürgerlichen Bildung für vorrangig zu erachten ... und neuerdings profitiert die Philosophie auf Kosten der Politikwissenschaft in den entsprechenden Schulfächern von dem sog. Ethikboom.

Kurz: das organisierte Fach und seine bekanntesten Fachvertreter haben hier straflich eine Existenz begründende Dimension universitärer Lehre gering geschätzt und vernachlässigt und in der

Departments in den Niederlanden oder in Großbritannien eintreten zu können, hier auch eine quantitative Ausweitung der Lehr- und Forschungskapazitäten bei gleichzeitig streng qualitätsbezogener Auswahl der Studierenden notwendig wäre. In den großen Flächenstaaten böte dafür eventuell die Konzentration der Stellen und Studiengänge an einigen Universitäten eine Chance – während die heute üblichen Verhältnisse der Allokation von Professuren, zwei bis drei Professuren jeweils in der Provinz verstreut, eigentlich nur zu einer qualifizierten Mitwirkung in fachübergreifenden BAs und in den sich abzeichnenden 'professional MAs', etwa der Lehrerbildung, geeignet sind.

Hier gilt es aber auch Eines zu bedenken, das wir uns nach den Jahren der sog. Untertunnelung des Studentenberges, des sog. Babybooms, immer noch nicht so recht vorstellen können: in nicht mehr allzu ferner Zukunft werden Studienorte und Studiengänge um Studierende konkurrieren und, wenn sie dabei nicht erfolgreich sind, die Studiengänge einstellen müssen. Es werden im Übrigen bei vielen MAs schon in kurzer Frist Studierende sein, die nicht nur mit ihren Präferenzen über den Erfolg von Studiengängen entscheiden, sondern die auch einen erheblichen Teil des benötigten Geldes in Form von Gebühren mitbringen werden. ... Hier könnte ein echtes Spannungsverhältnis zwischen den keineswegs immer disziplinär ausgerichteten Interessen der Studierenden und den Notwendigkeiten der wissenschaftlichen Reproduktion des Faches entstehen. ... Also die studentische Nachfrage muss sich nicht notwendig am Erhalt der Disziplin und ihrer Kernbereiche orientieren. In den USA, in Kanada und auch in Großbritannien haben wir in den neunziger Jahren eine Welle von Gründungen von sog. „Centers for... (Conflict Resolution, various Regional Studies, Environmental Studies, last not least Gender Studies)“ mit jeweils eigenen Studiengängen beobachten können, die sich reger studentischer Nachfrage bei teils hohen Studiengebühren erfreuen. ...

Diese kurzen Überlegungen sind nur Hinweise auf eine viel größere und m.E. dramatischere Veränderung der geistigen und kulturellen Entwicklung unserer Gegenwartsgesellschaft. ... Die Demokratie ist nämlich, wie G. Sartori unnachahmlich lapidar festgestellt hat, die einzige Herrschaftsform, die aus normativen und funktionalen Gründen auf das Bildungsniveau und Verständnis jedenfalls einer relevanten Zahl ihrer „Durchschnittsbürger“ angewiesen ist. Das ist keine normative Forderung unter anderen, sondern eine theoretisch begründete Feststellung über die funktionsnotwendigen Qualifikationen in einer demokratischen politischen Gesellschaft. Um deren Reproduktion steht es aber schlecht, woran die Politikwissenschaft mit ihrer Ausrichtung einen Anteil hat. ■

Wie Film zum Politikum wird

Ex-DEFA-Chefdramaturg Jürschik erzählt die Geschichte der „Kaninchenfilme“

Spannende Informationen aus dem Innenleben der staatlichen Filmproduktion in der DDR lieferte der ehemalige Chefdramaturg der DEFA, Rudolf Jürschik. Er war von 1977 bis zur Abwicklung im Jahre 1991 in dieser Position und sprach im Rahmen einer Lehrerfortbildung über den politischen Film in Deutschland. Das DEFA-Monopol stand ganz im Dienst der Partei und die gesamte Filmproduktion in der DDR war unter dem Aspekt der „Volksbildung“ zu sehen. Nach Jürschik hatten er und seine Drehbuchautoren und Regisseure unter der Aufsicht des Kulturregierungsministeriums mehr Freiräume als die Massenmedien Presse und Rundfunk, die direkt der Abteilung „Agitation und Propaganda“ beim ZK der SED unterstanden. Es galt der Primat der Politik aber auch der Kunst gegenüber der Ökonomie: „Wir brauchten nicht zu rechnen,“ sagte Jürschik. Das kam vor allem der hoch angesehenen Kinderfilmproduktion zugute.

würfe lauteten „Nihilismus, Liberalismus und Skeptizismus“. Ein anderer Streifen aus dieser Epoche („Spur der Steine“ mit Manfred Krug) durfte gezeigt werden, wurde jedoch nach vier



Rudolf Jürschik lieferte interessante Details aus dem Innenleben der DEFA.

Foto: ms

Abbildung der Realität und Wahrhaftigkeit waren nach den Worten des früheren Dozenten an der Babelsberger Filmhochschule das Ziel der Filmschaffenden in der DDR: „Unsere Filme waren nah dran an der Realität.“ Die dabei unausweichlich kritische Haltung wurde aber oft als Störfaktor von den Herrschenden im real existierenden Sozialismus betrachtet. Als Autoren und Regisseure die Theorien der SED wörtlich nahmen und in Filme umsetzten, schlug das Imperium erbarmungslos zurück: Auf dem 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 wurden insgesamt 11 Filme verboten und verschwanden bis zur Wende in den Tresoren der SED. Diese „Kaninchenfilme“ (benannt nach einem der Streifen „Das Kaninchen bin ich“) waren zum Teil fertig, andere in der Endphase der Produktion. Die Vor-

Wochen unter organisierten Protesten aus den Kinos genommen. Jürschik selbst hatte in seiner DEFA-Zeit keine Gelegenheit, diese Filme zu sehen. Erst nach der Wende wurden sie in den Kinos und im Fernsehen der DDR ausgestrahlt. Einen aus dieser historischen Sammlung hatte Jürschik mitgebracht: „Karla“ aus dem Jahr 1965 zeigt die Geschichte einer unangepassten Lehrerin, die in Konflikt mit den Mächtigen gerät. Die Resonanz der versammelten Lehrer nach der Vorführung: „So ein Film wäre im Westen in der Adenauer-Ära auch nicht gedreht worden“. Eine solch kritische Haltung war damals auch in der Bundesrepublik nicht opportun und kein Produzent hätte Geld in ein so offensichtliches Millionengrab geworfen. ■

Michael Schröder

Alltag im „Osmanischen Reich“

Satiren aus dem deutsch-türkischen Alltag bot der Bremer Autor Osman Engin mit einer Lesung aus seinem neuen Roman „GötterRatte“. Engin spießte wie schon in seinen früheren Büchern „Deutschling“, „Alles getürkt“ oder „Dütschlünd, Dütschlünd, übür üllüs“ das Zusammenleben von Deutschen und Türken mit spitzer Feder auf. Es gelangen ihm spöttische und politisch völlig unkorrekte Einblicke in die multikulturelle Gegenwart des Einwanderungslandes Deutschland. Engin stammt aus der Türkei und kam 1973 als Zwölfjähriger nach Deutschland. Der gelernte Sozialpädagoge schreibt seit 1983 satirische Kurzgeschichten und Romane für Stadtmagazine, die Frankfurter Rundschau, die taz und das Magazin Titanic. Der Träger diverser Literaturpreise präsentierte seit 2002 beim WDR-Funkhaus Europa seine Kurzgeschichten im Rahmen der wöchentlichen Rubrik „Alltag im Osmanischen Reich“. Sein erster Roman „Kanaken-Gandhi“ wird zur Zeit verfilmt. ms

(siehe Presseschau Seite 46)



Mit spitzer Feder spießt Osman Engin Begebenheiten aus dem deutsch-türkischen Alltag auf.

Foto: privat

Ausländer-Mitbenutzungszentrale

„Hier, bitte schön, Herr Engin. Ich habe heute mal wieder echte türkische Frikadellen gebraten. Sie sind besonders gut geworden, probieren Sie mal“, ruft Oma Fischkopf von oben. Ich bleibe im Treppenhaus stehen.

„Vielen Dank, Frau Fischkopf, wir haben gerade erst gefrühstückt.“

„Aber Herr Engin, wie können Sie mein türkisches Essen zurückweisen?! Ich habe mir solche Mühe gegeben. Millionen von Ausländern sterben vor Hunger in Afrika, und Sie wollen nichts essen.“

„Frau Fischkopf, ich lebe seit 30 Jahren in Bremen und nicht in Afrika. Und die meisten Afrikaner in Afrika sind dort keine Ausländer. Abgesehen davon habe ich wirklich keinen Hunger.“

„Herr Engin, bitte essen Sie! Tun Sie mir doch den Gefallen. Ich kenne sonst keine Ausländer.“

„Vielen Dank, Frau Fischkopf, vielleicht heute Abend.“

„Aber Ihr armes Kind will bestimmt was zu essen, es ist doch so abgemagert“, sagt sie und zeigt auf Hatice.

Meine Tochter soll ein armes Kind sein? Sie weiß wohl nicht, was Hatice für ein Teufel ist! Und schon stopft Oma Fischkopf meiner Tochter die selbstgemachten Frikadellen in den Mund.

„Ögh!! Papi, Papi, ich kriege diese ekelhaften Dinger nicht runter“, schreit Hatice auf türkisch. Das Problem ist, sie möchte noch nie Frikadellen. Ihre Grundnahrungsmittel sind Pommes mit Ketchup, Chips und Schokolade.

„Hatice, mein Kind, sei tapfer! Zeig der Oma, dass du sie lieb hast. Wo soll die arme Frau denn sonst Ausländer zum Füttern herholen“, flehe ich meine Tochter auf türkisch an.

„Hatice, tue so, als wenn du kaust. Gleich kannst du ja alles ausspucken“, gibt meine Frau ihren mütterlichen Rat.

„Hatice, meine geliebte Tochter, die Situation ist von nationaler Bedeutung. Du darfst das Mitleid der Deutschen nicht enttäuschen. Iß es um Himmels willen, iß es! Du bist doch das einzige Ausländerkind, das sie kennt.“

Hatice macht dicke Augen und würgt mit viel Mühe zwei Frikadellen runter.

„Frau Fischkopf, wir danken Ihnen von ganzem Herzen für diese leckeren Frikadellen“ sagt meine Frau.

„Von heute an wird Ihr Kind jeden Tag etwas von mir zu essen bekommen“, sagt sie, bevor wir uns verabschieden.

„Papa, Papa, lass uns sofort hier ausziehen. Ich werde auch immer artig sein“, bettelt Hatice mit grünem Gesicht.

In letzter Zeit haben sich die Deutschen in zwei Lager aufgeteilt. Die eine Hälfte will uns mit Messer, Pistolen und Molotowcocktails umbringen und die andere mit ihrer übersteigerten Liebe.

„Guten Tag, Herr Engin“, ruft von weitem Herr Nöllemeier, der Besitzer des Zeitungskiosks an der Ecke. „Wie fühlen Sie sich eigentlich in unserer Straße?“

„Eigentlich müssten wir Sie das fragen“, knurrt meine Frau, „wir wohnen hier nämlich schon ein paar Jahre länger als Sie.“

„Herr Engin, Sie wollen doch sicher irgendwann in Ihre Heimat zurück, oder?“

„Mein ältester Sohn Recep ist der einzige, der wieder zurück in seine Heimat will. Er ist wohl der patriotischste von uns allen.“

„Und wird die Familie folgen?“

„Nein, unsere Wohnung wird nicht frei. Mein Sohn ist alt genug; wenn er unbedingt weg will, dann kann er auch alleine in Hamburg wohnen.“

„Wieso Hamburg?“ fragt er verständnislos.

„Weil Recep in Hamburg geboren wurde, will er unbedingt dorthin zurück. Er behauptet, Bremen sei ein Dorf dagegen.“

„Herr Engin, Herr Engin“, ruft Herr Sievers von der Mitfahrzentrale gegenüber, „passen die Kleider für Ihre Kinder, die ich mitgebracht habe?“

„Keine Ahnung, was für Kleider, Herr Sievers?“ frage ich.

„Er meint den Müll, den er letzte Woche bei uns abgeladen hat“, klärt mich meine Tochter auf türkisch auf.

„Davon weiß ich überhaupt nichts. Was hast du damit gemacht?“

„Die habe ich zum Flohmarkt gebracht“, flüstert Hatice.

„Du hast Geschenke verkauft?“ frage ich empört.

„Nein, nicht mal dort bin ich den Kram losgeworden. Deshalb habe ich die Sachen beim Roten Kreuz abgegeben“, sagt sie.

„Meinen Kindern passten die Sachen nicht mehr“, klärt Herr Sievers mich auf. „Und da Sie der einzige Ausländer in unserer Straße sind, da dachte ich mir, warum soll ich die Sachen nach Russland schicken!“

„Danke, Herr Sievers, Sie sind ja auch ein so guter Mensch“, sage ich und schimpfe leise mit meiner Tochter: „Hatice, wenn du jetzt eins von seinen Kleidungsstücken angehabt hättest, es hätte einen so guten Eindruck bei unseren Deutschen gemacht.“

„Warum muss ich eigentlich immer unter diesem Schwachsinn leiden? Zieh doch selber seine alten Klamotten an“, entgegnet Hatice.

Herr Sievers fragt neugierig: „Was meinte Ihre liebe Tochter, Herr Engin?“

„Sie sagt, sie hat diese schönen Kleider für ihren Geburtstag aufgehoben, und sie fragt, ob sie ihrem Onkel Sievers zum Dank die Hände küssen darf.“

Meine Frau flüstert: „Osman, Hatice fragt, ob sie dich nachher umbringen darf?“

Herr Sievers dreht sich zu Herrn Nöllemeier um und meint: „Diese Sorte von Ausländern habe ich besonders gerne: Die Dankbaren. Als mein Schwager Hubertus letztens seinem Ausländer Kleider schenken wollte, da hat ihm dieser Kerl doch wahrhaftig die Sachen zurück an den Kopf geworfen. „Behalt deinen Scheiß doch selber“ hat er gesagt.“

Osmans Bücher:

Deutschling

1985 Express-Edition

Alle Dackel umsonst gebissen

1989 TÜ-DE Kultur GmbH

Der Sperrmüll-Efendi

1991 Rowohlt

Alles getürkt

1992 Rowohlt

Der Deutschling

1994 Rowohlt, Neuauflage

Dütschlünd, Dütschlünd übür üllüs

1994 Dietz-Verlag

Kanaken-Gandhi

2001 dtv, Neuauflage

Oberkanakengeil

2003 dtv, Neuauflage

GötterRatte

2004 dtv

„Sie freut sich, dass Sie sich so viele Gedanken wegen uns machen. Zum Dank möchte sie auch Onkel Nöllemeier die Hände küssen dürfen“, übersetze ich wörtlich.

„Um noch mal auf das Problem zurückzukommen, sagt Herr Sievers zu Herrn Nöllemeier, „ich habe da eine Idee. Wenn wir bei Leuten, die ihren ersten Wohnsitz nicht in unserer Straße haben, eine Ausländer-Mitbenutzungsgebühr erheben, dann können wir die Sache in den Griff bekommen.“

„Das ist eine glänzende Idee, um unsere eigenen Ausländer vor fremden Deutschen zu schützen“, begeistert sich Nöllemeier.

„Wir sollten einen Preiskatalog aufstellen, in dem alles geregelt ist und die Preise festgelegt sind: zum Beispiel für Füttern, Kleiden, Ausführen usw.“

„Genau. Wenn das Geschäft gut läuft, dann können wir vielleicht auch in anderen Stadtteilen Zweigstellen gründen. Und somit weitere „Ausländer-Mitbenutzungszentralen“ eröffnen!“

„Wenn die beiden Idioten noch einen Ton sagen, hau ich denen persönlich eins auf den Kopf“, sagt meine Frau wütend auf türkisch.

„Meine Gattin ist von Ihrer Geschäftsidee total begeistert. Sie ist tief gerührt. Soviel Zuwendung hätten wir Ausländer gar nicht verdient. Sie möchte ihren beiden Gönnern auch die Hände küssen dürfen“, übersetze ich wieder gekonnt ins Deutsche.

Meine Übersetzungskünste werden aber leider von meiner eigenen Familie nicht entsprechend gewürdigt. Meine Tochter sagt: „Papa, mit dir gehe ich nie wieder auf die Straße. Erst muss ich zwei scheußliche Frikadellen essen und dann zwei alten Säcken die Hände küssen.“

Und meine Frau schimpft: „Osman, lass dich zu Hause nicht mehr blicken. Du kannst gleich in deine „Ausländer-Mitbenutzungszentrale“ einziehen!“

Ich schüttle entsetzt den Kopf: „Bei Allah, diese Ausländer sind wirklich sooo undankbar!“ ■

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors

Hans Waldenfels / Heinrich Oberreuter (Hrsg.)

Der Islam – Religion und Politik

Schöningh, Paderborn, 2004, 116 S.

ISBN 3-506-71768-5, Euro 14,90



Hans Waldenfels /
Heinrich Oberreuter (Hrsg.)

**Der Islam –
Religion und Politik**



Schöningh

Mit Beiträgen von:

**Heiner Bielefeldt
Horst Bürkle
Adel Theodor Khoury
Wolfgang Kluxen
Thomas Lemmen
Hans Maier
Hans Waldenfels
Rotraud Wielandt**

Bei der Jahresversammlung der Görres-Gesellschaft, die 2002 in Erfurt stattfand, befassten sich die beiden Sektionen für Religionswissenschaft, Religionsgeschichte und Ethnologie (Leitung: Prof. DDr. Dr. h.c. Hans Waldenfels SJ) und für Politische Wissenschaft und Kommunikationswissenschaft (Leitung: Prof. Dr. Dr.h.c. Heinrich Oberreuter) im Blick auf den 11. September 2001 in ihren Veranstaltungen mit dem Islam. Rahmenthema in der Religionswissenschaft war „Der Islam – Religion und Politik“, Rahmenthema in der Politischen Wissenschaft „Sterben für den Glauben“. In beiden Sektionen ging es nicht zuletzt um die brisante Frage nach der Bedeutung der Gewalt in der Religion. Nachdem in der Neuzeit die Religion lange unter dem Gesichtspunkt der Privatisierung gesehen wurde, rufen die schrecklichen Gewalttaten islamisch-fundamentalistischer Kreise in den Vereinigten Staaten und anderswo in der Welt inzwischen nach einer Neuorientierung. Entsprechend ist die Religion heute auf ihre gesellschafts-politische Wirksamkeit zu prüfen.

Die beiden Sektionssitzungen machten zugleich ein anderes deutlich. Die Religion kann inzwischen nicht mehr allein aus religionswissenschaftlicher oder gar theologischer Sicht behandelt werden. Auch andere geisteswissenschaftliche Disziplinen wie die Politikwissenschaft kommen nicht umhin, sich mit der gesellschaftlichen Rolle und Bedeutung der Religion zu befassen. Für den Islam bedeutet das zugleich, dass er sich nicht mehr allein von seinen Anfängen her, in einer Beschäftigung mit dem Koran, dem Gründer und seinen ersten Nachfolgern verstehen lässt. Vielmehr muss man ihn in seinen gegenwärtigen Ausgestaltungen wahrnehmen und erkennen, dass auch er – wie das Christentum und andere Weltreligionen – sich in den verschiedenen Ländern der Erde in vielfältigen Formen präsentiert.

Diese Einsichten dokumentiert die Arbeit der beiden Sektionen ohne vorher getroffene Absprachen auf eindrucksvolle Weise. So werden denn auch die verschiedenen Beiträge sinnvollerweise nachträglich in einer gemeinsamen Publikation einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht, wobei sie nicht nach Sektionen getrennt, nacheinander, sondern in der inhaltlich sich ergebenden Verzahnung vorgelegt werden. ■

Manfred Schwarzmeier:

Parlamentarische Mitsteuerung

Strukturen und Prozesse informalen Einflusses im Deutschen Bundestag

Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2001, 449 Seiten, 34,90 Euro

Eckhard Jesse schreibt in der Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 2/2004

Standardwerk zur parlamentarischen Mitsteuerung

Die mit dem Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages 2001 ausgezeichnete politikwissenschaftliche Passauer Diskussion befasst sich mit einem bisher vernachlässigten Thema: der informalen Mitsteuerung durch die Regierungsfraktionen. In der parlamentarischen Demokratie arbeiten die Regierung und die Mehrheitsfraktionen eng zusammen, während die parlamentarische Opposition als Gegenspieler auftritt. Für *Hans Herbert von Arnim* kann die Mehrheit des Parlaments zwar die Regierung kontrollieren, aber sie will dies nicht; hingegen will nach *Arnims* Auffassung die parlamentarische Opposition die Regierung kontrollieren, kann dies aber nicht. Für *Manfred Schwarzmeier* handelt es sich hier um ein reduktionistisch-statistisches Kontrollverständnis. Er geht akribisch dem informalen Einfluss der Mehrheitsfraktionen nach, und zwar in einer Weise, wie dies vorher nicht annähernd geschehen war. Die systematisch gestaltete Studie besticht durch ein klares Forschungsdesign. Nach der Einleitung, die besonders die Defizite des Forschungsstandes präsentiert, folgt ein umfassender theoretischer, stark organisationssoziologisch ausgerichteter Ansatz zu den Analyseebenen informalen Handelns, den Determinanten informaler parlamentarischer Mitsteuerung, der intergouvernementalen Steuerung und informaler parlamentarischer Mitsteuerung sowie dem Prozess der informalen parlamentarischen Mitsteuerung. Es schließt sich ein empirischer Teil an, der zweigeteilt ist. Zunächst geht es um die Aussagen politischer Akteure, die der Autor befragt hat: unter anderem zum Kontrollverständnis, zum Entstehungskontext, zu den Ebenen der informale Mitsteuerung, zu ihrer Bewertung und zum Mitsteuerungsprozess insgesamt. Schließlich unternimmt *Schwarzmeier* den Versuch, im Einzelnen den Grad der Mitsteuerung durch die Abgeordneten der Mehrheitsfraktionen zu klären. Er bezieht sich auf zwei Legislaturperioden, in denen einmal die SPD (1980 – 1983) und einmal die Union (1987 – 1990) die Regierung stellte. Die jeweiligen Koalitionsverhandlungen und bestimmte Gesetzesvorhaben (unter anderem den Versorgungsausgleich oder die Erdölbevorratung) werden in die Fallstudien mit einbezogen. Die Arbeit endet mit einer Zusammenfassung, Desiderata der Forschung und einem kurzen Ausblick. Im Vordergrund steht die Klärung der Fragen nach den Gründen für die Mitsteuerungstätigkeit der Regierungsparteien, nach den Rahmenbedingungen, den Entschei-

dungsformen und den Funktionen. *Schwarzmeier* gelangt zu den folgenden Befunden: Die Ursachen für die Mitsteuerungstätigkeit gingen auf spezifische Defizite der Regierung zurück. Kompetenzen, Normen und Kommunikation seien entscheidende Faktoren. „Kein Abgeordneter einer Mehrheitsfraktion wolle – in der Regel – der Regierung schaden. Die Erscheinungsformen der Einflussnahme ließen entweder indirekt über die Fraktions-, Koalitions- und Parlaments- oder direkt über die Regierungsebene. Abgeordnete versprachen sich mehr Erfolg vom „kleinen Dienstweg“ als von öffentlicher Medienstrategie. Insbesondere Experten konnten mit ihren Interventionen erfolgreich sein. Zu den Funktionen der informalen Mitsteuerung gehöre die Binnenintegration ebenso wie die Integration von Widerspruch. Die Mitsteuerung der Mehrheitsfraktionen stärke die Regierung und trage zur Legitimation des Gesamtsystems bei. Der Kernsatz der Studie lautet: „Die Fraktionen der Parlamentsmehrheit [...] leisten auf dem Wege der informalen Mitsteuerung einen substanziellem Beitrag zur Formulierung und Reformierung der Regierungspolitik.“ (S. 385) Der Verfasser hat ein anspruchsvolles, methodisch abgesichertes und inhaltlich umfassendes Werk vorgelegt, das die große Rolle der informalen parlamentarischen Mitsteuerung herausarbeitet. Allerdings entzieht sich die empirische Aufhellung der informalen Mitsteuerung dem Blick des Analytikers doch zum Teil, wie die Fallstudien zeigen. Nicht aus allen Kommunikationskanälen, durch die Insiderwissen fließt, sprudeln Informationen. Immer wieder betont der Autor die positive Wirkung des informalen Einflusses durch Mitglieder der Regierungsparteien auf den Entscheidungsprozess. Rationalitätsdefizite verringern sich, die Innovationsfähigkeit werde gesteigert, die Entscheidungsfindung optimiert. Gewiss mag sich ungetacht mancher „Querschüsse“ die Effizienz und Partizipation erhöhen, aber wie ist es mit der Transparenz bestellt, um an *Winfried Steffanis* bekannten Katalog anzuknüpfen? Diese Frage kommt ebenso zu kurz wie die nach der sekundären Rolle der parlamentarischen Opposition bei der parlamentarischen Mitsteuerung. Der Autor, der gut die theoretische mit der empirischen Ebene verknüpft, hat sich um die Aufklärung einer sogenannten Materie verdient gemacht. Ein solches Werk, das die These von der Allmacht der Regierung relativiert, konnte nur ein Politikwissenschaftler schreiben, kein Jurist, der den formalen Prozess der Willensbildung analysiert. ■

Michael Piazolo / Jürgen Weber (Hrsg.)

Föderalismus. Leitbild für die Europäische Union?

Akademiebeiträge zur politischen Bildung, Bd. 34, 336 S., Olzog, 2004, 24,- Euro

ISBN 3-7892-8126-3

Joachim Amm, Dresden schreibt in: Forum Politikunterricht 1/04 S. 70/71

Die im Titel des von Michael Piazolo und Jürgen Weber herausgegebenen Sammelbandes aufgeworfene Frage: „Föderalismus: Leitbild für die Europäische Union?“ mutet im ersten Moment beinahe rhetorisch an, denn niemand – auch keiner der Autoren – bestreitet, dass die EU nur föderativ organisierbar ist, zumal angesichts der Erweiterung auf 25 Mitgliedsstaaten, die den äußeren Anlass für die Herausgabe des Bandes bildet. Zu der von den Herausgebern als Relevanzbegründung für die Fragestellung zitierten öffentlichen Kritik an der Effizienz des deutschen Föderalismus ist der modifizierte Hinweis unentbehrlich, dass es sich hierbei ja lediglich um die Kritik an dessen konkreter Ausgestaltung handelt, die wesentlich mit der nationalen parteipolitischen Überwölbung des föderativen Prinzips zusammenhängt und die vor allem dann besonders laut wird, wenn der politische Problemdruck so groß wird (oder als so groß empfunden wird), dass zur Auflösung von Politikblockaden mehr politische Durchsetzungsmacht der Regierung gewünscht wird, während das Ansehen eines „Veto-Spielers“ wie des zu Zeiten oppositioneller Mehrheitsverhältnisse verhinderungsmächtigen Bundesrates entsprechend sinkt. Im Grundsatz jedoch ist das Prinzip des Föderalismus weder in der Bundesrepublik noch in der Europäischen Union umstritten, wobei in letzterer neben den steuerungsbezogenen Effizienzgesichtspunkten ja vor allem die integrativen Potentiale des Föderalismus in noch viel stärkerem Maße benötigt werden als im innerstaatlich relativ homogenen Deutschland. Die eigentlich im Sammelband zu beantworten unternommenen Fragen lauten daher eher: „Welche Ausgestaltungsform des Föderalismus verspricht für die EU erfolgreich zu sein, und welche Chancen und Gefahren lassen sich diesbezüglich aus den Erfahrungen anderer föderativer sowie unitarischer Systeme ableiten?“ In einer Reihe von Einzelländerstudien (USA, Deutschland, Belgien, Kanada, Österreich, Spanien, Südafrika, Großbritannien, Italien, Schweiz, Frankreich) wird den Antworten von renommierten Fachexperten der jeweiligen Systeme nachgegangen. Mit dieser Fragestellung und mit der auf Einzelsystembetrachtungen basierenden Vergleichsstrategie vermeidet der Sammelband das Problem vieler anderer europapolitischer Publikationen, deren Aktualität aufgrund der fortschreitenden politischen Entwicklungen oft nur eine geringe Halbwertszeit auf-

weist. Zudem liegt der latente Nutzen und Gewinn des vorliegenden Bandes gerade auch darin, dass der Leser en passant viel Wissenswertes über die zum Vergleichszweck herangezogenen Einzelsysteme erfährt (z.B. über die de-facto-Föderalisierungs- bzw. Devolutionstendenzen in Italien und Großbritannien). Die Lehren, die sich aus den Einzelsystembetrachtungen für die EU ableiten lassen, bleiben eher begrenzt, was aber angesichts der großen systematischen Heterogenitäten weder verwundern noch dem Sammelband als Defizit zur Last gelegt werden darf. Einsteils lassen sich die spezifischen Kontexte der Einzelsysteme (historische Entwicklung und gesellschaftlich-kulturelle Verwurzelung des Föderalismus, Integrationsbedarf, Rolle der politischen Parteien etc.) nur schwerlich auf die EU übertragen, andererseits ist innerhalb jedes einzelnen Systems ohnehin kein fester „föderaler Optimalzustand“ zu definieren, sondern beim föderalen Gleichgewicht zwischen Einheit/Zentralismus und Vielfalt/Autonomie handelt es sich allerorten um ein dynamisches Konzept, das aufgrund vielfältiger Wandlungen der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stets nach neuer Austarierung verlangt (Dennoch würde sich der Leser in den abschließenden Theorie- und EU-bezogenen Kapiteln des Bandes wünschen, etwas mehr Grundsätzliches zur Theorie institutioneller Lerntransfers zu erfahren.) Festgehalten wird abschließend, dass es keinen Prototyp für einen idealen EU-Föderalismus gibt, dass die EU aber schon heute eine „Tendenz hin zum Föderalismus“ aufweist (Piazolo/Weber, S. 305) bzw. bereits durch eine Reihe föderativer Definitionselemente gekennzeichnet ist (Hrbek, S. 326 ff.). Ansonsten enthalten die Einzelsystembetrachtungen vor allem Warnungen, wie sich der EU-Föderalismus auf keinen Fall entwickeln dürfe (verwiesen sei auf Bußjägers Darstellung der österreichischen „Zentralisierungsfalle“ oder Schneiders Appell, sich statt am Immobilität bewirkenden politikverflochtenen deutschen Verbundföderalismus eher am Modell des amerikanischen Trenn- bzw. Dualföderalismus zu orientieren). Wer sich über die Entfaltungschancen des Föderalismus in der Europäischen Union informieren möchte, wird den Sammelband mit Gewinn lesen. Schon der jüngst im ersten Anlauf gescheiterte Versuch, eine europäische Verfassung zu verabschieden, zeigt, dass es sich dabei um einen schwierigen und langwierigen Prozess handelt. ■

Reinhold Michels in der RHEINISCHEN POST vom 25. Mai 2004

Europa sehen, hören, schmecken und riechen

Käme ein Deutscher, ein Franzose, ein Österreicher auf die Idee, sich beispielsweise in New York als „Europäer“ vorzustellen? Wohl kaum, er wird seinen Namen nennen und sagen, er komme aus Deutschland, Frankreich, Österreich. Es fehle, meinte Hartmut Marhold, der Generaldirektor des Internationalen Zentrums der Europäischen Bewegung in Nizza (CIFE), eine europäische Identität. Wenn derselbe Deutsche, Franzose, Österreicher jedoch als Vertreter von Airbus mit Boeing in den USA verhandele, werde er schon eher und mit Stolz in der Stimme sagen, er sei Europäer. Denn das Erfolgs-Beispiel Airbus erzeugt nach Ansicht Marholds europäisches Wirkungsgefühl: Da hat Europa etwas Exzellentes, Wettbewerbstaugliches, etwas Eigenes auf die Beine gestellt, mit dem sich viel Geld verdienen lässt, mit dem sogar einem Flugzeugbau-Giganten wie Boeing weltweit Konkurrenz gemacht werden kann.

Marhold sprach wenige Wochen vor den Europawahlen in der Politischen Akademie Tutzing. Der Gast aus Nizza zeichnete das Bild vom erlebbaren Europa, das man überall auf dem alten Kontinent sehen, hören, riechen und schmecken könne – einem Europa für die Sinne also. Missmutig, auch desinteressiert vernähmen die Deutschen oft Nachrichten aus Brüssel, schwer verständliche Richtlinien über dies und jenes. Das sinnliche Vergnügen an dem, was Europa ausmache, könne über manchen Verdruss am EU-Richtlinien-Wust hinweghelfen. Europa sei mittlerweile ein fast grenzenloser Erlebnisraum: Europa werde sichtbar an seiner Architektur (Romanik, Gotik), in seinem Musik- und Theaterleben, seinen Restaurants, seinen Bieren, seinen Weinen und seinen Düften.

Akademiedozent Michael Piazolo übernahm den Part, der in der deutschen Debatte populärer ist: Er goss viel Wasser in den Europa-Wein, indem er die demokratische Legitimation europäischer Einrichtungen in Frage stellte. So habe jedes EU-Land sein eigenes Wahlsystem, nicht einmal werde in allen EU-Staaten gleichzeitig, das heißt am 13. Juni, das Straßburger Parlament gewählt. Auch wählten die Europäer letztlich nach nationalen Gesichtspunkten. In Deutschland vertrete ein EU-Parlamentarier 800 000 Bürger, in Luxemburg sei das Verhältnis 1:70 000.

Das EU-Parlament habe selbst beim Haushalt, dem so genannten Königsrecht der Parlamente, keine Letztentscheidungs-Befugnis. Ministerrat sowie Europäischer Rat der Staats- und Regierungschefs als Exekutivorgane besäßen die eigentliche Macht. Das ureigene parlamentarische Recht, Rechtsakte zu initiieren, habe die Brüssler Kommission mit Kommissaren, die ihren nationalen Gremien gegenüber weisungsunabhängig entscheiden.

Piazolo bilanzierte: „Europa sind im Laufe der letzten Jahre zwar immer mehr Rechte zugewachsen ohne dass demokratische Strukturen im gleichen Maße mit gewachsen sind.“ Einig waren sich Piazolo und Marhold darin, dass man sich die Debatte über mehr Demokratie in der EU sparen könne, wenn sie sich nur als Wirtschaftsgemeinschaft begreife. Für Marhold ist Europa mehr als nur ein wirtschaftliches Großprojekt: „Europa ist der Versuch der Versöhnung der Völker.“ Die politische Schicksalsgemeinschaft Europa sei aus guten und schlechten historischen Erfahrungen, aus Epochen kultureller Hochleistung und Phasen furchtbare Kriege gewachsen. Proble-

matisch sei das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit, bedingt durch die Vielzahl von Sprachen in den nunmehr 25 EU-Ländern. Demokratie lebe von Argumentation; diese wiederum sei ohne Kommunikationsgemeinschaft schwierig. Dennoch bleibe Vielfalt Europas Stärke. Vereinheitlichung hieße, Europa Zwang anzutun; ebenso erzwungen wäre es, den europäischen Anteil an unserer jeweiligen nationalen Kultur zu leugnen oder klein zu reden.

(siehe Bericht Seite 7-10)

epd-medien vom 24. Mai 2004

Lokalzeitungen müssen lokaler werden

Angesichts zurückgehender Anzeigen und Leserzahlen müssen Zeitungen auf neue Rezepte setzen. Lokalzeitungen beispielsweise sollten lokaler werden, sagte der Chefredakteur der „Neuen Westfälischen“ (NW), Uwe Zimmer, in einer Tagung zur Zukunft der Zeitung in der Politischen Akademie Tutzing. Die NW habe daher ihre Berichterstattung aus den Stadtteilen ausgebaut. Ein so genanntes Kreativitätsteam aus 30 NW-Mitarbeitern habe seit November 2002 nach Möglichkeiten gesucht, die Zeitung besser zu machen, berichtete Zimmer. Bei der Leserschaft seien diese Veränderungen gut angekommen, daher gehe die NW „erfolgreich in eine ungewisse Zukunft“. Grundsätzlich sei ihm um die Zukunft der Zeitung nicht bange, sagte Zimmer: „Solange sich Menschen zu selbstbestimmten Zeiten an selbstbestimmten Orten informieren wollen, ist die Zeitung unersetzlich“.

Gerald Pietsch in **oha** – Zeitung aus dem Pfaffenwinkel, Juli 2004

Zeitungszukunft – Zukunftszeitung

Die Akademie für politische Bildung und die Evangelische Akademie riefen gemeinsam zu einer Tagung nach Tutzing. Angesichts rückläufiger Leserzahlen und drastischer Einbrüche im Anzeigenverkauf sollten Wege aus dem „Tal der Tränen“ gesucht werden....

Was also tun?

Als Weg zu neuen Einnahmen wurde die „Promotionsseite“ vorgestellt. Hier schreibt die Redaktion einen positiven Artikel z. B. über den örtlichen Zoo. Dieser schaltet dann auf der gleichen Seite eine größere Anzeige. Das gleiche funktioniert natürlich auch mit dem örtlichen Baumarkt.

Der einsamen Anmerkung, dass hier doch eherne journalistische Grundwerte mit Füßen getreten werden, wird selbstbewusst widersprochen. Diese Promotionsseiten erscheinen „nur in der Beilage. Und die Beilage zieht ihre Glaubwürdigkeit daraus, dass die Veranstaltungsdaten richtig sind“. Das heißt im Klartext: Von der ganzen Veröffentlichung ist objektiv richtig, dass die Einweihung des neuen Baumarktes auch wirklich am 15. Juli stattfindet. Sonst nichts.

Wen wundert es, dass „ehrliche Motorseiten heute nicht mehr möglich sind.“ Und: „Vom objektiven Autotest haben wir uns verabschiedet.“ Dabei

ist dies nur die Spitze des Eisberges. Neben den Anzeigenkunden beeinflussen auch noch allerhand politische und persönliche Interessen den Inhalt der Nachrichten.

Hat die Manipulation die Information beiseite gedrückt? Wo ist ein Podium für eine offene Diskussion? Gibt es ehrliche Versuche der Wahrheitsfindung? Vielleicht liegt hier die Ursache dafür, dass die Zeitungen heute so langweilig sind. Könnten die Zeitungen wieder Leser gewinnen, wenn sie ein wenig unabhängiger und überparteilicher wären?

Aber dieser Gedanke hatte in der Runde keinen Platz. ...

Dietmut Roether in **epd medien** Nr. 41 vom 29. Mai 2004

Wenig Zukunftschancen für E-Paper

Der Chefredakteur von „Computer-Bild“, Harald Kuppek, sieht für den Verkauf von Zeitungen als E-Paper im Internet wenig Zukunftschancen. Die Versuche seien „nicht sehr ermutigend“, sagte Kuppek während einer Tagung zur Zukunft der Zeitung in Tutzing. Die „Rhein-Zeitung“, die als eine der ersten Tageszeitungen seit 2001 ihre gedruckte Ausgabe als digitale Zeitung im Netz anbietet, verkaufe zur Zeit etwas mehr als 200 Exemplare.

Kuppek sagte, es genüge nicht, die Print-Ausgabe im Bildschirm zu simulieren. Das E-Paper sei nicht „mediengerecht“. Internetnutzer zahlten am ehesten Geld für exklusive Informationen wie beispielsweise die Testberichte der Stiftung Warentest. Für Tageszeitungsverlage könne er jedoch in den nächsten Jahren „kein lukratives Geschäft erkennen“. Gegen die großen Unternehmen im Internet wie AOL

oder T-Online hätten die deutschen Zeitungsverleger keine Chance.

Kuppek gab zu Bedenken, wenn sich die jungen Leser der Tageszeitung verweigerten, würden sie auch nicht im Netz nach ihnen suchen. Im Internet erreichten die Angebote von T-Online, E-Bay oder AOL eine viel größere Reichweite als die Angebote deutscher Tageszeitungen. Unter den meistgenutzten deutschen Internetangeboten komme „bild.de“ auf Platz 16. Auf den Plätzen 22 und 23 folgten die Online-Angebote von „Spiegel“ und „Focus“.

Der Chefredakteur der „Augsburger Allgemeinen“ (AA), Rainer Bonhorst, widersprach der Einschätzung Kuppeks. E-Paper sei für seine Zeitung „ein Vertriebsweg von vielen“, sagte er. Die Zahl der elektronischen Abonnements bewege sich bei der AA derzeit „im dreistelligen Bereich“. Laut IVW verkaufte die AA im ersten Quartal 2004

258 Exemplare des E-Papers. Der Bezug der Zeitung im Online-Abonnement ist um 4,10 Euro günstiger als der gedruckten....

Die Geschäftsmodelle für Online seien noch nicht voll entwickelt, sagte Bonhorst, der davor warnte, einen künstlichen Widerspruch zwischen Online- und Printprodukt herzustellen: Im Internet könne eine Redaktion Inhalte anbieten, die die gedruckte Ausgabe ergänzen. Das sei eine Chance, die auch die Regionalzeitungen nutzen sollten. Mit ihren „bescheidenen Mitteln“ könnten sie zwar nicht „Spiegel Online“ imitieren, sie hätten jedoch viel Information aus der Region, die sie den Lesern anbieten könnten. ...

(siehe Bericht Seite 14-16)

DER TAGESSPIEGEL vom 27. Mai 2004

Vorbild Tchibo

Süddeutscher Verlag setzt auf Nebengeschäfte
New-York-Times-Beilage erhöht montags die Auflage

22 Minuten nimmt sich der Durchschnittsdeutsche Zeit zum Lesen seiner Zeitung. Hat die „Süddeutsche“ da nicht Angst, noch weniger gelesen zu werden, wenn sie ihre Leser dazu bringt, Bücher zu kaufen?, lautete eine Frage an Klaus Josef Lutz, Geschäftsführer des Süddeutschen Verlags. Seine Antwort war sehr ehrlich: „Haupt- sache, die Leute kaufen die Bücher von uns, und wir verdienen das Geld, um den Qualitätsjournalismus der Zeitung zu finanzieren. Ob die Bücher gelesen werden, ist mir egal.“ Seit zwei Monaten verkauft die „SZ“ Bücher – 50 Titel insgesamt. Wird die gesamte „SZ-Bibliothek“ bestellt, bekommt der Kunde Bücher, die im Regal 1 Meter 30 Platz brauchen. Lutz sagte das mit dem Lächeln, das jeder Buchhändler kennt, der einmal den Kundenwunsch erfüllen musste, „einen Meter Bücher“ zusammenzustellen, „egal was, gut aussehen sollte es aber“. Lutz ist seit einem Jahr Geschäftsführer der „SZ“. Zwei Tage nach seinem Antritt erfuhr er, dass das Geld nur noch für vier Wochen reicht, erzählte er bei der Tagung in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Es sei ihm daher nichts anderes übrig geblieben, als „ganz brutal“ vorzugehen. Sympathie erwarb er sich weder mit dem massiven Stellenabbau, noch mit der Kürzung des Redaktionsetats von 63 auf 48 Millionen Euro bei noch 311 festen Redakteuren, noch mit der Strafung und dem nahezu kompletten personellen Austausch des Anzeigenverkaufs. Immerhin erwirtschaftete der Verlag, der mit der Südwestdeutschen Medien Holding einen neuen Gesellschafter bekam, 2003 einen kleinen Jahresüberschuss von 600 000 Euro (nach einem Fehlbetrag von 77 Milli-

onen Euro im Vorjahr). Trotz aller Brutalität seines Vorgehens, sagte Lutz: Wenn es nach ihm gegangen wäre, hätte er die Jugendbeilage „Jetzt“ nicht eingestellt. Montags liegt der „SZ“ neuerdings etwas anderes kostenlos bei: ein englischsprachiges Tabloid der „New York Times“, auf das Lutz den montäglichen Auflagensprung um 7000 Exemplare zurückführt. Neben neuen Lesern möchte Lutz mit der Beilage internationale Werbekunden für den Marktführer unter den überregionalen deutschen Tageszeitungen gewinnen. Lutz will noch weiter gehen und spricht von der „Tchiboisierung“ des Verlagsgeschäfts. So wie bei Tchi-

bo der Kaffeeverkauf neben den anderen Produkten, die dort vertrieben werden, nur noch einen kleinen Anteil hat, will Lutz „die Marke „Süddeutsche“ kapitalisieren“, das heißt, als Vertriebskanal für „zeitungsaffine“ Produkte nutzen. Die Bücher sind der Anfang. 56 000 Gesamtbibliotheken wurden bisher verkauft, bis Weihnachten könnten es 100 000 werden – kalkuliert worden sei mit 10 000. Von einzelnen Ausgaben würden bis zu 200 000 Exemplare bestellt. Dem Management, so Lutz, habe er zur Vorgabe gemacht, binnen drei Jahren 50 Millionen Umsatz durch Sondergeschäfte zu erwirtschaften. Zudem kündigte er an, vor Weihnachten ein weiteres Projekt zu starten, das besonders potente Zielgruppen anspricht. Ziel sei, von diesem Potential aus acht Millionen Menschen 36 000 zu neuen „SZ“-Lesern zu machen.

Rudolf Stumberger in **journalist** 7/2004

Klartext in der Herrenrunde

Die Tutzinger Tagung zur Zukunft der Tageszeitung hatte zumindest ein fassbares Ergebnis: Journalisten sollen „gut und preiswert“ sein. Meinen jedenfalls Chefredakteure und Verlagsleiter.

... Für zwei Podiumsdiskussionen versammelten sich knapp ein Dutzend Chefredakteure und Verlagsleiter zum Gedankenaustausch – und die ausschließlich mit Herren besetzte Runde aus den Cheftagen nahm dabei kein Blatt vor den Mund, was die künftigen Arbeitsbedingungen von Redakteuren anbelangt.

Ausgangspunkt der Diskussion war die wirtschaftliche Situation der Zeitungsverlage, das „Tal der Tränen“, wie ein Podiumsmotto lautete. Nach den fetten Jahren und den gewagten Expansionen während des New-Economy-Booms kam die Krise: Vor allem den großen überregionalen Tageszeitungen brach der Anzeigenmarkt weg, der Stellenmarkt der „Süddeutschen Zei-

tung“ (SZ) etwa schrumpfte auf wenige Seiten zusammen. Das Münchener Verlagshaus habe vor zwei Jahren vor der Zahlungsunfähigkeit gestanden, gestand Krisenmanager Klaus Josef Lutz.

Auch die weniger vom Stellenmarkt abhängigen Regionalzeitungen spüren, wenn auch nicht ganz so deutlich, die wirtschaftliche Fläche: Rückgang der Umsätze, Rückgang der Gesamtauflage, mangelndes Interesse der Jungen und die Konkurrenz der elektronischen Medien – dies waren weitere bekannte Befunde der Tutzinger Runde. Dabei schwang in der Diagnose mitunter ein Endzeit-Ton mit, wie er gerne für die Begründung des Sozialabbaus angestimmt wird: Vom „aussterbenden Le-

ser“ war da die Rede und von „dramatischen Veränderungen“.

Wie bei Tchibo

Die Lösungsstrategien der einzelnen Verlage, ihre „Wege aus dem Tal der Tränen“, unterscheiden sich in der Radikalität, sind aber in ihrer Tendenz insgesamt dazu angetan, das journalistische Ethos und die redaktionellen Arbeitsbedingungen zu beeinflussen. Einer dieser Wege ist das Beackern neuer Geschäftsfelder durch die Verlagshäuser, von der Einrichtung von Call-Centern über das Verteilen von Briefen bis hin zum Verkauf von Telefonkarten...

Dass man in manchen Chefetagen mittlerweile völlig auf Sonntagsreden zum besonderen Status der Presse nach Artikel 5 des Grundgesetzes („Freiheit der Presse“) verzichtet und keinen Unterschied mehr zwischen einer Zeitungsausgabe und einer Waschmaschine sieht, machte Günther Kamissek, Geschäftsführer der „Frankfurter Rundschau“, deutlich. Er wunderte sich, dass man Tageszeitungen nicht schon längst wie andere Industrien vermarktet habe, und verlangte eine „Neuausrichtung der Häuser“. Diese „Neuausrichtung“ bedeute für die Mitarbeiter „Personalreduzierung“, ein „anderes Arbeiten“, ein „flexibleres Arbeiten“, „zusätzlichen Leistungsdruck“ und „Arbeitsverdichtung“. Und endlich eine Neuausrichtung an dem, „was den Leser wirklich interessiert“. Dass Chefredakteure sich nicht mehr gegen derartige Zumutungen wehren, sondern vielmehr ins gleiche Horn blasen, machte auf der Tutzinger Tagung der Chefredakteur der „Passauer Neuen Presse“, Michael Backhaus, deutlich: Für ihn müsse der Journalist der Zukunft schlicht „gut und preiswert“ sein. Überhaupt müssten die Verleger „von tariflichen Fesseln weitgehend befreit werden“; den Arbeitnehmern sei eine „Anpassungsfähigkeit an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen“ abzuverlangen...

Nicola Seipp in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 6. Mai 2004

Alles fast so wie im wirklichen Leben

Osman Engin in der Politischen Akademie Tutzing

„Ihr könnt mich nicht aus dem Konzept bringen, ich hab' nämlich gar keins“, grinste der Bremer Satiriker Osman Engin in die dicht besetzten Zuschauerreihen im großen Saal der Akademie für politische Bildung. Deshalb zeigte sich der gebürtige Türke, der seit dreißig Jahren in Deutschland lebt, am Dienstagabend auch gespannt, was „heute noch so alles passiert“, denn die ganz originellen Dinge „geschehen nur in Bayern“, weiß er. So habe er vor einigen Jahren ein „Lese-Verbot“ in Geretsried erhalten: Lehrer des dortigen Gymnasiums hatten den Schriftsteller und diplomierten Sozialpädagogen eingeladen, um aus seinem Buch „Kanaken-Gandhi“ zu lesen, das die Schüler zuvor im Rahmen des Unterrichts besprochen hatten. Der damalige Schuldirektor habe ihn zuvor allerdings wieder ausgeladen.

Nun tourt der 43-Jährige, der seit mehr als zwanzig Jahren satirische Kurzgeschichten und Romane verfasst, wieder mal durch bayerische Gefilde, um aus seinem soeben erschienenen Roman „Götterratte“ und aus früheren Werken wie „Oberkanakengel“ oder „Dütschlünd, Dütschlünd, übür üllüs“ zu lesen. Boshart, ironisch und witzig macht er sich über deutsch-türkische Begebenheiten ebenso her wie über die Kapses, die über türkische Gastarbeiter herrschen. So blieb kein Auge trocken, als er von einem Besuch im Amt liest, bei dem sein Ich-Erzähler Osman gefragt wird: „Was du wollen?“ Um die bemühte Behördendame nicht zu enttäuschen, stellt sich Osman, besser

deutsch als türkisch sprechend, auf deren sprachliches Niveau ein und antwortet in „Tarzan-Deutsch“: „Du schicken Brief, ich kommen. Jane und Chita warten draußen vor der Tür.“ Oder wenn er vom kleinen Ali erzählt, der so brav und fleißig ist in der Schule, dass er von der Lehrerin zum „Deutschen“ ernannt wird und nur noch „Klaus“ gerufen wird. Von der Mutter daraufhin verprügelt, stellt er fest: „Kaum ist man Deutscher, hat man Ärger mit den Türken.“

Seine Geschichten seien meist wahre Begebenheiten, sagt Engin, die Ideen dafür hole er sich nirgendwo anders als in der Realität. Nur mache er sie meist ein wenig lustiger. Und das gelingt ihm bestens. Gleich welchen Themas er sich annimmt, ob Bürokratie, Ausländerbehörde oder Beamte, Talkshow oder Flugangst, Engin schont nichts und niemanden in seinen pointenreichen, bitterbösen, meist politischen Satiren, die bereits in viele Sprachen übersetzt wurden. Mit „Götterratte“ hat er nun einen „satirischen Beziehungsroman“ geschrieben, der damit beginnt, dass Osman von seiner Ehefrau, der „größten Nervensäge des mittleren Orients“, vor die Tür gesetzt wird. Der mit reichlich Machosprüchen gewürzte Roman – „Hätte ich eine Frau, bräuchte ich doch keine Putzfrau“ – erzählt, wie Osman versucht, seinen Alltag zu meistern. Und der unverheiratete Autor Engin grinst wieder in die Runde und meint, dass ihn nach diesem Buch „sowieso keine mehr heiraten will“. ■

(siehe Bericht Seite 38-39)

STARNBERGER MERKUR vom 7. Juni 2004

„Kläglich, wie wir schon wieder wegschauen“

... Schäuble sollte die Europäische Union als „internationaler Machtfaktor“ beschreiben. Geschickt vermied er Einseitigkeit, nannte sowohl Probleme wie Ängste wegen der EU-Erweiterung oder den Streit um einen europäischen Verfassungsvertrag als auch die „unglaubliche Erfolgsgeschichte“, die in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg zustande gebracht worden sei. Darauf führte er auch Stabilität auf den Weltmärkten trotz der Ölpreisentwicklung zurück. Nachdrücklich plädierte Schäuble dafür, Spaltungen Europas

zu vermeiden – auch unter Hinweis auf die Irak-Politik von Bundeskanzler Schröder: „Nur ein einiges Europa ist hinreichend relevant, um in der Welt und auch in Washington DC gehört zu werden.“ Die Amerikaner schafften es allein nicht, der Welt im Zeitalter der Globalisierung ein hinreichendes Maß an Stabilität zu verschaffen: „Europa wird gebraucht.“ Scharf kritisierte Schäuble, wie „kläglich“ die Europäer bei Katastrophen und Völkermorden wie im Kongo und im Sudan „schon wieder nicht reagieren“. Oft, so nach

dem Bürgerkrieg auf dem Balkan, sei beteuert worden, man werde nicht mehr wegschauen: „Es ist ein Maß an Heuchelei erreicht worden – wenn wir Europäer nicht ernster nehmen, was wir immer sagen, nehmen wir Schaden an unserer Seele.“ Denn, betonte Schäuble: „Wir Deutsche sind mit dem Rest der Welt in solchem Maß verflochten, dass wir existenzielles Interesse daran haben, wie der Gang der Dinge in der Welt ist.“

(siehe Bericht Seite 5-6)



Diskutierten kontrovers: Prof. Paul Michael Zulehner (r.) und Prof. Obiora Francis Ike, Generalvikar der Diözese Enugu in Nigeria.

Paul Michael Zulehner, feinsinniger wie scharfschießender Pastoraltheologe, empfand es als unverzichtbar für „die Kirche“, „sich nicht abzusetzen von der Auseinandersetzung mit der Säkularität“, sich aber abzusetzen von einer Kirche, die einen Gott verkündet, den es Gott sei Dank nicht gibt“. Zulehner, der dafür plädierte, dass der Mensch nicht an ethischen Appellen, vielmehr am Bewusstsein seiner Würde gesunden müsse, nahm die Kirche im Hinblick auf das „Freimachen von Angst“ in die Pflicht. Dies erst ermög-

Maria Pletter in: PASSAUER NEUE PRESSE vom 21. Juni 2004

„Keinen Gott verkünden, den es Gott sei Dank nicht gibt“

liche den Menschen, miteinander „in Liebe leben zu können, wozu viele bereit sind“. Und wenn auch Prof. Oberreuter befand, dass „wir uns alle hier viel zu einig sind“, so hinderte dieser „Grundkonsens“ den streitbaren und nigerianischen Priester und Wissenschaftler Ike dennoch nicht, ein temperament-sprühendes Plädoyer für die naturverwobene Gottes-Kultur seiner afrikanischen Heimat zu halten, wo niemand unterscheide zwischen „profaner und religiöser Welt“, sondern ein alles umfassender mystischer „Wir-Glaube“, der Gott überall und in jedem Wesen sehe, das Zusammenleben der Menschen Afrikas präge.

Während Ike die hybris- und gönnerhafte Missionsmentalität der Europäer gegenüber den „schwarzen Heiden“ nicht ungegeißelt ließ, so sprach er gleichwohl euphorisch von der Emp-

fänglichkeit des afrikanischen Menschen für die frohe Botschaft des Christentums im Hinblick auf die sinnlich fassbare Menschwerdung Gottes: „Gott findet man, wo der Arme Sakrament wird.“

Diesen christlichen Glaubensinhalt, von einem Afrikaner auf den Punkt gebracht, müsse hingegen sie vor den Studenten in Dresden unter 80 Prozent Agnostikern erst „alphabetisieren“, meinte deprimiert Hanna-Barbara Gerl-Falkowitz. Da man im Hinblick auf religiöse Erziehung während des Kommunismus alles „leergeräumt“ habe, gebe es im Osten noch nicht einmal Aggression gegenüber Kirche und Glauben. Von „erkrankter Vernunft“ und missbrauchter Religion“ in Systemen, die sich selbst genügen, sprach auch Hans Maier, der vor einer „augenlosen Verschließung der Welt in sich selbst“ warnte.

(siehe Bericht Seite 12-13)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

September

36-1 31. August – 3. September

Wege aus der Sackgasse: Wirtschafts- und Sozialreform in Deutschland Ferienseminar 2
Leitung: Peter Hampe
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

36-2 31. August – 2. September

Sommerakademie ASIEN: Politik und Wirtschaft
Drachen, Tiger und lahme Enten im pazifischen Spannungsbogen
Leitung: Saskia Hieber
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

37-1 6. – 9. September

Demokratien auf dem Prüfstand Ferienseminar 3
Leitung: Michael Piazolo
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

37-2 6. – 10. September

Mehr Mut zur Meinung
Kommentar- und Glossenwerkstatt mit Peter Linden
Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

38-1 17. – 18. September

(K)ein Grund zum Feiern: 20 Jahre dualer Rundfunk
In Zusammenarbeit mit dem Münchener Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk (MAR)
Leitung: Michael Schröder/Walter Hömberg
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

39-1* 20. – 24. September

Migration und Schulerfolg
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Karl-Heinz Willenborg/Siglinde Schweizer
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

39-4* 21. – 23. September

Europa erleben
Planspiel zum kennen lernen der EU / Munich European Forum
Leitung: Michael Piazolo
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

39-3 24. – 26. September

Energieträger und Versorgungssicherheit im Internationalen System
Leitung: Peter Hampe/Saskia Hieber/Eva Post
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

40-1* 27. September – 1. Oktober

Internationale Friedenssicherung und Konfliktprävention
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Peter Hampe/Saskia Hieber
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

40-2 27. September – 1. Oktober

Europa im Umbruch – Europäische Politik vor Ort erleben
Seminar mit Informationsreise für Politikredakteure
in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in München und dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Tagungsorte: Tutzing und Brüssel – ausgebucht!
Leitung: Michael Schröder/Michael Piazolo/Jürgen Gmelch
Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Oktober

40-3 1. – 2. Oktober

„Operationsgebiet BRD“

Bundesbürger im Dienst der Staatssicherheit und die Westspionage des MfS

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

41-1* 4. – 8. Oktober

Westliche und antiwestliche Diskurse in den Balkanländern und Südosteuropa

43. Internationale Hochschulwoche mit der Südosteuropa-Gesellschaft München

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

41-4* 5. – 7. Oktober

Der israelisch-palästinensische Konflikt

Schülerforum Politik in Kooperation mit dem Gymnasium Tutzing

Leitung: Manfred Schwarzmeier/Beatrice Rösch-Wanner

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

41-3 8. – 9. Oktober

Viererkoalition – eine Episode? Rückblick nach 50 Jahren

Leitung: Heinrich Oberreuter/Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

42-5 12. – 14. Oktober

Verteidigungspolitik und Militärreform

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

42-6 13. Oktober

Dialog der Generationen (1)

im Bayerischen Landtag (Kooperationspartner)

Informationen: Bayerischer Landtag, München

43-2 21. Oktober

Dialog der Generationen (2)

im Bayerischen Landtag (Kooperationspartner)

Informationen: Bayerischer Landtag, München

43-1 22. – 24. Oktober

Interkulturelle Praxis: deutsch-polnische Annäherung im Zeichen der EU

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

44-1* 25. – 29. Oktober

Ethik und Politik: Recht und Gerechtigkeit

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

44-2* 25. – 29. Oktober

Die „mitgenommene Generation“ – Junge Spätaussiedler in Schule, Beruf und Gesellschaft

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach/Siglinde Schweizer

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

44-3 27. Oktober

Dialog der Generationen (3)

im Bayerischen Landtag (Kooperationspartner)

Informationen: Bayerischer Landtag, München

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

November

45-3 2. – 4. November

Supermarkt und Wirtschaftsblock: Probleme und Entwicklungen zwischen den USA und Europa

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

45-2 4. – 5. November

„Den Kompass suchen, nach dem zu segeln ist“ –

Waldemar von Knoeringen. Visionär und Reformer der Sozialdemokratie

Leitung: Heinrich Oberreuter/Helga Grebing/Dietmar Suess

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

46-1 8. – 12. November

Recht verfänglich

Medienrecht und Gerichtsbericht

Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/ 256-46

46-7 9. November

Dialog der Generationen (4)

im Bayerischen Landtag (Kooperationspartner)

Informationen: Bayerischer Landtag, München

46-4 10. November

Der Euro – Erfahrungen und Herausforderungen

Akademiegespräch im Landtag

Vortrag: Prof. Dr. Dr. h.c. Otmar Issing, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

46-2* 10. – 12. November

Aktuelle Probleme der Verbraucherpolitik

Tagung mit dem VerbraucherService Bayern

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

46-3 12. – 14. November

Europäisches Informations- und Presserecht

Fachhochschule München

Leitung: Michael Piazolo/Klaus Köhler/Marie-Theres Tinnefeld

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/ 256-46

46-6 12. – 13. November

Denn sie wissen, was sie tun ... Was treibt Menschen aus Politik und Wirtschaft?

Kooperationstagung mit dem Bayernforum der Friedrich-Ebert-Stiftung, München

und dem Institut Ethik und Persönlichkeit, Neuendettelsau

Leitung: Peter Hampe/Horst Schmidt

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

47-1* 15. – 19. November

Deutschland im demografischen Umbruch –

Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg/Claudia Reichmann

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

47-2* 15. – 17. November

Schule und Wirtschaft Hand in Hand?

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Peter Hampe/Heinz Lehmeier

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

47-3* 17. – 19. November

Filmpädagogik

Lehrerfortbildung in Zusammenarbeit mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder/Jutta Gruber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

48-1 22. – 25. November

Nahostkonflikt

Schülerforum Politik in Kooperation mit dem Gymnasium Tutzing

Leitung: Manfred Schwarzmeier/Saskia Hieber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

48-2 26. – 27. November

Wirtschaftswachstum – Ziel und Bedrohung?

Das schwierige Verhältnis von Ökonomie und Ökologie

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

48-4 24. - 26. November

Forum Politische Bildung

Leitung: Michael Schröder/Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

49-1* 29. November – 3. Dezember

Widerstand und widerständisches Verhalten in der NS-Zeit

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

49-2 29. November – 1. Dezember

Wissen – werten – weiterdenken

Wege zur Medienkompetenz

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Medienkompetenz

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle: Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Heike Bäuerle

H.Baeuerle@apb-tutzing.de

Renate Heinz

R.Heinz@apb-tutzing.de

Sybille Haug

Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Ina Rauš

I.Raus@apb-tutzing.de

Karin Sittkus

K.Sittkus@apb-tutzing.de

Namen und Nachrichten aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter moderierte in Berlin bei der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen das Forum „Jagdfieber? Journalisten und Politiker in der Berliner Republik“. Zur aktuellen Föderalismusreform referierte er bei der Adenauer-Stiftung in Berlin, bei der Seidel-Stiftung in München und im Bayerischen Landtag. Zur Verknüpfung von EU-Erweiterung und 55. Grundgesetzjubiläum sprach er auf einer großen BGS-Veranstaltung in Deggendorf, über „Wertmaßstäbe in der Politik“ in Kaufbeuren und über die Reformfähigkeit der Bundesrepublik bei einem Kongress in Feldafing. Er wurde ins Kuratorium der neu gegründeten Griechischen Akademie in Bayern berufen.

KURATORIUM



Prof. Dr. Gerhard Fuchs, Fernsehdirektor des Bayerischen Rundfunks und Rektor der Hochschule für Fernsehen und Film, ist mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet worden.

KOLLEGIUM

Prof. Dr. Peter Hampe hielt auf Einladung des Bildungswerkes für Kommunalpolitik in Hoyerswerda einen Vortrag über „Blühende Landschaften im Osten?“; im Rahmen des „Altenburger Gesprächs“ und des „Ilmenauer Hochschulgesprächs“ sprach er über die „Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft“. Auf einer Podiumsdiskussion des Zentralverbandes Elektrotechnik (ZVEI) zum Thema „Standortpolitik im Zeichen fortschreitender Globalisierung“ erläuterte er „Indikatoren, Triebkräfte und Auswirkungen der Globalisierung“. Auf der Mitgliederversammlung des Münchner ifo-Instituts wurde Hampe erneut in das Kuratorium des Instituts gewählt.

Dr. Michael Piazzolo hielt auf Einladung der Internationalen Studentenvereinigung AEGEE einen Vortrag über die „Zukunft der EU“. Er moderierte in der Europa-Woche ein Diskussionsforum „Perspektiven und Grenzen der Europäischen Erweiterung“ und organisierte den Europatag auf dem Münchner Marienplatz. Anlässlich der anstehenden Europawahl war er als Gesprächsteilnehmer in der Sendung „Cafe Europa“ im Bayerischen Fernsehen zu sehen. Im Rahmen seines Lehrauftrages an der Universität Augsburg bot er im Sommersemester ein Hauptseminar zum Thema „Gefährdungen der Demokratie“ an.

Dr. Michael Schröder leitete im Kloster Wennigsen bei Hannover ein Medien- und Interviewtraining für Presserreferenten. Er hielt im Goethe-Institut München einen Vortrag über „15 Jahre Deutsche Einheit – Bilanz und Ausblick“.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing